

Objektyp: **Issue**

Zeitschrift: **Das Konzept : die Monatszeitung**

Band (Jahr): **1 (1972)**

Heft 6

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Konzept

Auflage 36 000 Preis Fr. 1.-

Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüst, Beat Schweingruber (Red. »zürcher student«) - in Zusammenarbeit mit dem Verband Schweizerischer Studentenschaften (VSS)

Abonnemente: Jahresabonnement Fr. 8.-, auf Postcheckkonto 80-35 598, »zürcher student«, 8001 Zürich

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. (01) 47 34 00, Telex 55 235

Jetzt am Kiosk
Neu: Mit Kontakt-
inseraten

»Heer und Haus« gegen Subversion: Wie soll der Kompaniekommandant mit oppositionellen Soldaten umgehen? Seite 3

»Noch sind einige knifflige Fragen zu lösen.« - Gespräch mit einem Mitarbeiter der Hochschulpflicht Luzern. Seite 5

Die Politik der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Seite 7

Peru: Beispiel für den »Dritten Weg«? Seite 11/12

Das Lernen verlernt? - Essay von W. M. Diggelmann. Seite 15

Die Herren der Welt

Die Machenschaften der »International Telephon & Telegraph Corporation« (ITT) in Chile

Zweimal innerhalb weniger Wochen machte die »International Telephon & Telegraph Corporation« dieses Frühjahr von sich reden. Sie soll, um ein Antitrustverfahren zu verhindern, den Wahlkampf der Republikaner mit einem Betrag zwischen 200 000 und 400 000 Dollar gefördert haben und alles unternommen haben, um im September und Oktober 1970 den Machtantritt des gewählten Präsidenten Allende in Chile zu verhindern.

Dies geht aus umfangreichen Dokumenten hervor, die der Kolumnist Jack Anderson vor dreiviertel Jahren in der »Washington Post« veröffentlichte, und deren Authentizität nicht bestritten werden konnte. Die wichtigsten Stellen daraus sollen hier - rückübersetzt aus chilenischen Zeitungen und im Wortlaut veröffentlicht in der DDR-Wochenschrift »Horizont« - vorgestellt werden.

Die ITT steht heute an 10. Stelle in der Rangliste der weltgrössten Unternehmen. Nach ihrer Gründung im Jahr 1920 entwickelte sie sich lange im eher bescheiden Rahmen grösserer Mittel- und Grossfirmen. Erst nach 1959, als Harold Sidney Genes an ihre Spitze trat, entfachte sie eine atemberaubende Dynamik. Allein von 1960 bis 1968 kaufte die ITT 54 amerikanische und 56 ausländische Betriebe auf. Dazu bediente sie sich des einfachen Mittels der Aktienausgabe: Sie druckte eigene

Lie, der frühere belgische Ministerpräsident Spaak und der ehemalige CIA-Direktor John McCone (vgl. Peter Bischoff, »Weltwoche« vom 22. März 1972).

Der Konzern verfügt über eine eigene Spionageabwehr, über spezielle Informationskanäle und über eine Garnitur von Diplomaten und Staatsmännern, welche die Allgegenwart des Konzerns in der Produktion auch in der Sphäre der Gesetzgebung, der Aussenpolitik und der Verwaltungen absichern können.

doch die veröffentlichten Andersonsdokumente darauf schliessen, dass ITT um den Preis der Wahlkampfspende und des Verkaufs einiger kleinerer Gesellschaften, darunter der Avis rent-a-car, der wahlaktivistisch motivierten Antitrustpolitik der Nixon-Administration Genüge tun konnte.

Die Problematik der Multinationalität solcher Riesenkonzerne wie der ITT kam hingegen in der zweiten, gewichtigeren Affäre klar zum Vorschein. In Chile verfügte die ITT über Investitionen von etwa 200 Mio. \$, worunter sich auch die chilenische Telefongesellschaft befand. Nach der knappen Volkswahl Allendes versuchte das ITT-Management fieberhaft, entweder in den Wochen bis zur endgültigen Wahl des Präsidenten durch das chilenische Parlament die Aussichten des erfolgreichsten Kandidaten, nämlich Allendes von der United Popular, zu sabotieren oder Zustände herbeizuführen, die nach seiner voraussichtlichen Wahl das Rad des Volkswillens zurückdrehen könnten. Zur Illustration dienen die folgenden Auszüge aus den Dokumenten der »Washington Post«.

ITT in der Schweiz

Der in der Schweiz abgewickelte Jahresumsatz des Konzerns dürfte zwischen 250 und 300 Millionen Franken liegen, womit sich die ITT an die 37. bis 40. Stelle der grössten Schweizer Firmen aufgeschwungen hat. Sie übertrefft damit die Produktion von bekannten Firmen wie SIG Neuhäusern, Maschinenfabrik Rieter, Autophon, Zellweger, Stug. Wichtigste Beteiligung (2600 Arbeiter) ist die Standard Telephon und Radio AG mit Betriebsstätten in Zürich-Wollishofen und Au-Wädenswil. Dazu kommen die Steiner AG, Bern, die Bronet e Pamblanc in Genf, beides Radio- und TV-Geschäfte, und die Müller-Barbieri AG, Wettswil, ein Hersteller von Kontroll- und Steuergeräten für die Papierindustrie. Weiter sind zu erwähnen die Novelectric AG in Zürich, zu welcher auch die Firma Armbruster in Basel gehört. Vorläufig gehört auch die Schweizer Avis-Tochter, die Avis-Autovermietung, dazu (nach Peter Bischoff, »Weltwoche« vom 22. März 1972).

Aktien und zahlte damit die Aktionäre der übernommenen Gesellschaften aus. Im grössten Übernahmeverfahren der US-Fusionsgeschichte erwarb sie derart die Hartford-Versicherungsgesellschaft, welche einen Wert von 2 Milliarden \$ aufwies.

Die Politiker tanzen

Die Firma ITT hat weit über ihren ursprünglichen Tätigkeitsbereich hinausgegriffen, denn die Telefonie macht nur noch ein Fünftel ihres Umsatzes aus. Ihre 200 Tochtergesellschaften betreiben Hotelgeschäfte (Sheraton-Kette), den Autoverleih (Avis rent-a-car) und die Nahrungsmittelherstellung. Auf der Liste der wichtigsten Vertragspartner des Pentagons hält die ITT den 29. Rang. Haushalt, Radio- und Fernsehapparate, aber auch Beleuchtungs-Heizungs- und Klimaanlage zählen zum Produktionsinteresse der Gesellschaft. Auf ihrem Stammgebiet, der Übermittlung, ist die ITT aber noch immer am Ball, wie der Auftrag für die Ausführung von Satellitensystemen oder für die Verlegung und Artung des Atlantikkabels unterstreicht. Gerade im letzterwähnten Geschäft gelang der ITT ihre mittlerweile bekannte »Verkaufsmethoden«, denn sie spannte den Premierminister Macmillan, den kanadischen Premier Lester Pearson und den damaligen Ausussenminister John Foster Dulles vor ihren geiltten Karren. In führenden Positionen sassen bei ITT der ehemalige Uno-Generalsekretär Trygve

nen. Da die Nixon-Regierung vor den Wahlen ihr negatives Bild als echt republikanischer Interessenwahrer des Big Business in der Öffentlichkeit abstreifen wollte, strengte sie gegen ITT (und auch gegen IBM) Antitrustklagen an. Damit hängt der erste der zwei erwähnten Skandale zusammen, sassen



Chile - Präsident Allende: Demokratischer Weg zum Sozialismus.

Finanzielle Hilfe als Basis

Zwei Public-Relations-Beauftragte (H. Hendrix und R. Berellez, ein ehemaliger sehr bekannter Journalist) schreiben an den ITT-Vizepräsidenten:

(17. Sept. 1970) »Das Vorgehen gegen Allende wird höchstwahrscheinlich der finanziellen Hilfe aus dem Ausland bedürfen. Das genaue Ausmass dieser Unterstützung wird man in der Zeit um den 1. Oktober herum kennen. Wir haben unsere Hilfe versprochen, wenn es notwendig ist. (...) Uns wurde der Umfang der Hilfe mitgeteilt, mit der wir zur Entwicklung der gegenwärtigen Aktivitäten ab jetzt bis Anfang Oktober beitragen können.«

Manipulation der Presse und des Radios

Die gleichen zwei ITT-Beauftragten schrieben im obenerwähnten Dokument:

»Die Zeitungen von »El Mercurio« sind ein anderer Schlüsselfaktor. Es ist ausserordentlich wichtig, wenn sie von jetzt bis zum 24. Oktober (Präsidentenwahl, die Red.) wirksam sind und erscheinen. Sie sind die einzige offene antikommunistische Stimme, die in Chile verbleibt. (...) Wir haben ausser der direkten Hilfe folgendes empfohlen: 1. dass wir und andere nordamerikanische Firmen in Chile einige Inserate im »Mercurio« veröffentlichen (damit wurde bereits begonnen); 2. dass wir mithilfe, noch einmal einige Propagandisten in den Rundfunk und in das Fernsehen zu schleusen. Es sind ungefähr 20 Personen, die die Gruppen Matte (Grossindustrieller und Schwager des zweitplatzierten Präsidentschaftskandidaten, die Red.) und Edwards

Die Sozialforschung - im speziellen die Soziologie - ist in der Schweiz nicht auf Rosen gebettet. Abgesehen von den relativ geringen finanziellen Aufwendungen für die soziologische Forschung, der personellen Unterdotierung der meisten Universitätsinstitute mangelt es - wohl zu einem grossen Teil als Folge der mangelnden Verankerung dieser Wissenschaft in der Schweiz zu verstehen - überhaupt an gesichertem soziologischem Wissen über die Schweiz.

»Man kann die Schweiz als eine soziologische »black box« bezeichnen. Wir wissen hier nur äusserst wenig über die zentralen Variablen, mit denen man Gesellschaften zu vergleichen pflegt. Wir wissen deshalb auch nicht, welcher Entscheidungsspielraum der schweizerischen Gesellschaft und ihren einzelnen Gruppen heute und in der Zukunft offensteht.« (Heintz)

Gerade zu der hier implizit geforderten Erhellung der »black box« Schweiz dürfte die Ernennung von W. H. Riegg zum Ordinarius für Soziologie an der Universität Bern und zum Direktor des dortigen Soziologischen Instituts nicht gerade viel beitragen - eher im Gegenteil. Riegg - studierter Althilologe (!) und jahrelang Manager verschiedener Industrieverbände - trat nach der Inkrustation des relativ fortschrittlichen hessischen Hochschulgesetztes von seinem Amt als »haltungsbehalter« (Berner Tagblatt) Rektor der Universität Frankfurt, wo er zugleich dem »Seminar für Gesellschaftslehre« vorstand, aus Protest gegen das die selbstverantwortliche Forschung und Lehre in starkem Masse gefährdende (...) Universitätsgesetz (Riegg) zurück.

Erste Station auf der Suche nach einem neuen Posten bildete die Bewerbung für das Amt des SRG-Generaldirektors. Trotz starkem Lobbying blieb Riegg in diesem Rennen auf der Strecke. In der Folge erinnerte man sich plötzlich, dass Riegg ja nicht nur ein »Lehrstuhlinhaber«, sondern auch noch »Soziologe« war: Der Stiftungsrat des Schweizerischen Nationalfonds wählte ihn als »Fachvertreter« für Soziologie in den Forschungsrat - in dasjenige Gremium, das über die Gewährung beantragter Forschungskredite zu beschliessen hat - obwohl man in seiner Publikationsliste ausser einem Nekrolog in einer soziologischen Fachzeitschrift und einem populärwissenschaftlichen Einführungsband (Funkkolleg) keine einzige soziologische Fachpublikation finden kann. Diese Ernennung bewirkte denn auch in den schweizerischen Fachkreisen eine gewisse Aufregung. In seiner Antwort auf zwei parlamentarische Anfragen zu dieser Ernennung bemerkte der Bundesrat lapidar, dass das Wahlverfahren so angelegt sei, dass die »für eine aktive Mitwirkung im Forschungsrat geeigneten qualifizierten Persönlichkeiten gefunden werden - es stellt sich nun nebenso lapidar die Frage, wo denn in diesem Fall die »fachliche Qualifikation« zu suchen ist.

In Bern, wo sich nach dem Abgang der Professoren Mayer, Lüscher und Atteslander die Berufungsverhandlungen im halbdunkeln abspielten - wie es ja an unseren Universitäten so üblich ist - und wo die Soziologie zum Unmut der Studenten »adhärent« hat, hat nun wieder einmal die Stunde für den Hobbysoziologen W. H. Riegg geschlagen.

Zweifacher Reifall

Diese unselige Berufung wird hochschul- und wissenschaftspolitisch nicht ohne Konsequenzen bleiben:

● Riegg ist für den Posten eines Ordinarius an einem sozialwissenschaftlichen Institut, an dem nicht schlechte soziologische Studien, sondern gehaltvolle empirisch-theoretische Studien zur Erhellung der »black box« Schweiz betrieben werden sollen, wissenschaftlich überhaupt nicht qualifiziert. Gegenwärtig wird nun in Bern ein zweiter Ordinarius gesucht, der im Gegensatz zum Theoretiker Riegg eher die empirische Sozialforschung vertreten soll (TA). Abgesehen davon, dass man sich fragen kann, was denn Riegg an soziologischer Theorie überhaupt Neues anzubieten habe, stimmt eine Aufteilung der Lehre in »schlechtere« Theorie und »empirische« Sozialforschung nachdenklich. Notwendig ist heute wieder theoretische Empirie noch Theorie ohne Empirie - vor allem wenn die Theorie zu allem Elend noch schlecht ist - sondern eine Verschmelzung von empirischer und theoretischer Arbeit auch während des Studiums.

Es ist nun anzunehmen, dass die am wissenschaftlichen Studium der modernen Soziologie interessierten Studenten Bern verlassen respektive sich nicht mehr in Bern immatrikulieren werden. Damit wird der »Auszerungsprozess« der Berner Soziologie ihren Fortgang nehmen und es wird wohl nur ein »Lehrstuhlinstitut« übrigbleiben, das den wissenschaftlichen Standards der Gegenwart nicht mehr gerecht wird und zudem durch W. H. Riegg auf resolutem Status-quo-Kurs gehalten wird.

● Daneben ist Riegg bekannt als Vertreter einer repressiven »Ruhe- und Ordnung«-Politik an den Hochschulen. Die Polizeieinsätze in der Frankfurter Universität während der Periode seines Rektorats sind dem Betrachter der deutschen Hochschulzenerie noch gut in Erinnerung. Zudem ist Riegg Vorstandsmittglied des »Bundes Freier der Wissenschaften«, in welchem »Persönlichkeiten innerhalb und ausserhalb der Hochschulen zur politischen Durchsetzung eines modernen leistungsorientierten Hochschulwesens in einer freiheitlich demokratischen Gesellschaftsordnung vereinigt« (Riegg) sind - der jedoch in Tat und Wahrheit unter dem Dachmantel der »Freiheit der Wissenschaft« professorale Privilegien und den Einfluss gewisser mächtiger ausseruniversitären Gruppen um jeden Preis bewahren will.

Sein hochschulpolitisches Comeback in der Schweiz bereitet Riegg, auch hierzulande als rechter Streiter für »Recht und Ordnung« vielfach gern gesehen, unter anderem mit einer dreiteiligen Artikelserie in der Berner Zeitschrift »Bündel« vor: Bejammert wurde der angeblich drohende »Untergang der Universität und die angeblich drohende wrote Gefahr«. Zur »roten Gefahr« müssen wohl alle gezählt werden, die sich für eine fortschrittliche Reform unserer Hochschulen einsetzen. Die Berufung Riegg's bedeutet also eine Stärkung des konservativen Flügels der Professorenschaft, der Gegner einer fortschrittlichen Hochschulreform überhaupt.

Also ein zweifacher Reifall: Ein inkompetenter Sozialwissenschaftler mehr, ein konservativer Hochschulpolitiker mehr.

Herbert Kraus

(Chef des Zeitungskonzerns »El Mercurio«, die Red.) unterhalten, und wir müssen uns dessen versichern, dass sie wieder aktiviert werden. (...) 4. dass wir soviel Druck wie möglich auf die USIS in Washington ausüben werden, damit sie der USIS in Santiago dahingehend Instruktionen erteilt, mit der Verlagerung der Verlage von »El Mercurio« in andere Länder Lateinamerikas und nach Europa zu beginnen. (...) 5. dass wir auf die entscheidende europäische Presse durch unsere dortigen Verbindungen einwirken, damit sie die Version von einer Katastrophe verbreitet, die über Chile hereinbricht, wenn Allende und Co. dieses Land gewinnen sollten.«

Bearbeitung der Christdemokraten

Immer noch im erwähnten Dokument, das einen umfassenden Bericht an die ITT-Zentrale darstellt, liest man: »Matte sagte, dass Frei ein Plan unterbreitet wurde, der die Bildung eines Militärkabinetts einschliesst. Das wäre eine Form extremer Provokation, da das ja die Organisation eines Putsches bedeuten würde. Es hätte eine eindeutige psychologische Wirkung auf die abstimmenen Parlamentarier, die dadurch unschlüssig sein könnten, wenn sie ihre Stimme geben sollen. Trotzdem, fügte Matte hinzu, weigert sich Frei, es ohne irgendeinen Grund zu tun, der das in den Augen der Öffentlichkeit rechtfertigen könnte.«

Und der Vizepräsident W. R. Merriam, Leiter des ITT-Büros in Washington, hielt mit seiner Meinung über Frei nicht zurück: Am 7. Oktober 1970 schrieb er an den Vizepräsidenten Ger-

many: »Das State Department ist der Meinung, dass ein Faktor, der Allende den Weg ebnet hat, Präsident Frei ist, weil er gegenüber Frei, Allende keine feste Position bezogen hat. Sie denken, dass man ihn aufhalten kann, wenn Frei fest für sein Land eintritt und aufhört zu versuchen, den Hamlet zu spielen und in die Geschichte als grosser Demokrat eingehen zu wollen.«

Aber auch im formaldemokratischen Schleichweg erwiesen sich die beiden ersterwähnten ITT-Vertreter als Kenner: »In Chile wurde mit dem Druck begonnen, damit Jorge Alessandri (zweitplatziertes Präsidentschaftskandidat in der Volksabstimmung, äusserste Rechte, die Red.) am 24. Oktober den Sieg im Kongress als Teil dessen erringt, was als »Alessandri-Formel« bezeichnet worden ist. Entsprechend diesem Plan würde Alessandri nach seiner Wahl durch den Kongress zurücktreten, wie er angekündigt hatte. Der Präsident des Senats würde die Präsidentschaftsgewalt übernehmen, und innerhalb eines Zeitraums von 60 Tagen würde zu Neuwahlen aufgerufen werden. In dieser Wahl würde mit aller Wahrscheinlichkeit der erneut wählbare Präsident Eduardo Frei gegen Allende kandidieren. Und in diesem Wahlkampf würde Frei leicht Sieger sein.«

Doch die wirklichen Waffen suchte und fand die ITT auf ihrem ureigenen Gebiet, in der Wirtschaft.

Planung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs

Hendrix, der PR-Mann der ITT für Lateinamerika, erhielt vom ITT-Beobachter Berellez aus Buenos Aires am 29. September die ersten Vorschläge

zur Schaffung eines wirtschaftlichen Chaos in Chile. Am 9. Oktober leitete Vizepräsident Merriam diese Gedanken an McCone, einen hochgestellten ITT-Chef und früheren CIA-Direktor weiter, und zwar »persönlich und vertraulich«: »Es werden in geheimen Versuchen unternommen, um den Bankrott von einer oder zwei der grössten Spar- und Kreditgesellschaften herbeizuführen. Das würde zu einem Sturz an den Banken und zum Schliessen einiger Fabriken und in der Konsequenz zu grösserer Arbeitslosigkeit führen. Der sich aus einem wirtschaftlichen Zusammenbruch ergebende Druck könnte die Mehrheit der Christdemokratischen Partei dazu veranlassen, ihre Haltung zu Allende bei der Abstimmung im Parlament zu überprüfen. Es würde sich klar ergeben, dass die Finanzwelt kein Vertrauen in die zukünftige Politik Allendes setzt und dass das Wohl der ganzen Nation in Gefahr ist.« Berellez hatte in seinem Memorandum seine Hoffnungen noch weiter gesponnen: »Eine reale Hoffnung derjenigen, die Allende aufzuhalten wünschen, stützt sich darauf, dass eine sich abtue verschlechternde Wirtschaftslage eine Welle von Gewaltaktionen hervorbringen würde, die in einem Militärputsch enden könnte. Der Präsident Eduardo Frei will Allendes Machtantritt verhindern; das hat er zu seinen engsten Freunden gesagt. Aber er möchte es im Rahmen der Verfassung tun. Entweder bereits durch einen Stimmungswechsel im Kongress oder durch eine innere Krise, die die militärische Intervention erfordert.«

Um einen entsprechenden Plan zu verwirklichen, bedurfte es aber der Abstimmung und der Mobilisierung der

Solidarität aller ausländischen Grossfirmen

Der Vizepräsident Gerrity schrieb am 29. September an den obersten Chef, an H. S. Geneen: »Wir können uns mit Schlüsselunternehmen in Verbindung setzen, ihre Reaktionen feststellen und Vorschläge in der Hoffnung unterbreiten, dass sie mit uns zusammenarbeiten.« Eine Woche später, am 7. Okt. 1970, gab Gerrity den Erfolg seiner Bemühungen an den Vizepräsidenten Merriam weiter: »Wiederholte Telefongespräche mit Firmen wie General Motors, Ford und Banken in Kalifornien und New York haben keine Hilfsangebote zur Folge gehabt. Alle bringen irgendwelche Arten von Entschuldigungen vor.« Merriam wiederum setzte sich mit dem ehemaligen CIA-Direktor McCone am 9. Oktober 1970 in Verbindung und klagte: »Praktisch wurden in dem Bestreben, irgendeine Mitarbeiter der nordamerikanischen Unternehmer zur Schaffung eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs zu errei-

chen, keine Fortschritte erzielt. General Motors und Ford z. B. sagen, sie hätten in Chile zuviel zu verlieren, um irgendein Risiko einzugehen, und hielten die Hoffnung aufrecht, dass alles gut gehen würde. Auch die Bank of America ist damit einverstanden, ihre Pforten in Santiago zu schliessen, aber jeden Tag zögert sie, das Unvermeidliche zu tun.«

Provozierung eines Staatsstreichs?

Das von der ITT so dringend herbeigewünschte wirtschaftliche Chaos verknüpfte sich also mit ihren Bestrebungen, auf die Christdemokraten einzuwirken. Aber das Chaos sollte auch die Ausgangslage für einen weitem Akt des Dramas liefern, wie Merriam an McCone, ebenfalls am 9. Oktober 1970, schrieb: »Wichtig ist, eine massive Arbeitslosigkeit und Unruhe könnten zu genügend Gewaltaktionen führen, um die Militärs zur Intervention zu veranlassen. Der Erfolg dieses Manövers hängt in hohem Masse von der Reaktion der extremen und gewalttätigen Linken im Lager Allendes ab. Bis jetzt ist Allende in der Lage gewesen, diese Elemente unter Kontrolle zu halten.«

Der PR-Chef Hendrix meldete am 16. Oktober 1970 in erfreulicher Vollständigkeit an den Vizepräsidenten Gerrity: »Eine Schlüsselfigur bei dieser Möglichkeit (eines Staatsstreichs, die Red.) ist der ehemalige Brigadegeneral Roberto Viaux, der im Oktober vergangenen Jahres eine Erhebung von Angehörigen des Artillerieregimentes Nr. 1 anführte, in der höherer Sold und Verbesserung der Dienstbedingungen gefordert wurden. Viaux wurde sofort aus dem Armeedienst entlassen, aber durch seine Tat wurde er für eine grosse Anzahl der Offiziere sowie des dienenden Personals über Nacht zum Helden. Zweifellos hatte sich Viaux darauf vorbereitet, in der vergangenen Woche eine Aktion zu starten. (...) Tatsächlich aber hatte Washington Viaux in der vergangenen Woche Instruktionen erteilt, sich zurückzuziehen. Man hatte den Eindruck, dass er nicht genügend vorbereitet war, dass sein Zeitplan nicht stimmte und sein Vorhaben für ein späteres, nicht bestimmtes Datum eingefroren werden sollte. (...) Um ihn zu überzeugen, dass er warten sollte, wurden Viaux verbale Versprechungen gemacht, er würde auch zu einem späteren Zeitpunkt materielle Hilfe und Unterstützung von den USA erhalten. (...) Inzwischen hat Viaux mit Offizieren höherer und niedrigeren Ranges über einige notwendige Massnahmen beraten, um zu verhindern, dass Allende Präsident wird.«

Die beiden PR-Männer Hendrix und Berellez hatten aber schon am 17. September 1970 an den gleichen

Vizepräsidenten Gerrity melden können, dass die demokratische Heerespitze auf der Hut war: »Der Chef der bewaffneten Streitkräfte, René Schneider, ist sich vollkommener der Gefahr des Machtantritts Allendes bewusst. Aber er wird auch nicht eine Daumenbewegung ohne die Zustimmung Freis machen. Ein pensionierter General, Viaux, ist dazu ausersehen, sofort zu handeln - und zwar mit oder ohne Grund -, aber Matte (der erwähnte Grossindustrielle, die Red.) sagte, dass Schneider gedroht hatte, Viaux erschossen zu lassen, falls er von sich aus etwas unternähme.«

Es bleibt nur noch nachzutragen, dass sich der Ex-General Viaux heute im Gefängnis befindet und sich vor Gericht der Anklage stellen muss, auf der Ermordung General Schneiders auf offener Strasse zwei Tage vor der Kongresswahl Allendes beteiligt gewesen zu sein.

Die Regierung der USA wird eingeschaltet

Ueber sehr bezeichnende Aeusserungen in den Dokumenten lässt sich auch der vermutliche Gang der Einflussnahme der ITT auf die Regierung der Vereinigten Staaten verfolgen. Kurz nach dem 11. September 1970 meldete ein Angestellter der ITT an den Vizepräsidenten, was er am Wochenende alles an Aktivitäten entwickelt habe. »Am späten Freitagmorgen telephonierte ich mit dem Büro von Mr. Kissinger und sprach mit Peter Vaky, der für Kissinger Berater in lateinamerikanischen Angelegenheiten des State Department ist. (...) Ich sagte zu Mr. Vaky, er solle Mr. Kissinger mitteilen, dass Mr. Geneen nach Washington zu kommen wünscht, um über die Interessen der ITT zu diskutieren, und dass wir darauf vorbereitet sind, wirtschaftlich mit Summen bis zu sieben Ziffern zu helfen. (...) Mr. Vaky erwiderte, er danke Mr. Geneen für sein Interesse und werde das alles Mr. Kissinger übermitteln. Er bot uns an, uns auf dem laufenden zu halten.«

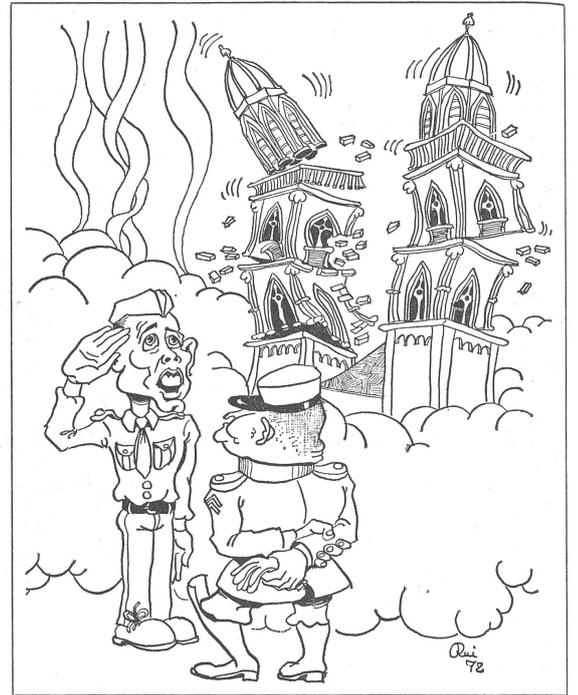
»Am frühen Samstagmorgen telephonierte ich mit dem Unterstaatssekretär für lateinamerikanische Angelegenheiten, Charles A. Meyer, in dessen Büro. Er sagte, er verstehe Mr. Geneens Besorgnis und wisse dessen Hilfsangebot zu schätzen.« Der Verfasser des Berichts suchte am gleichen Abend noch eine Hochzeitsparty auf, wo er den Ausseimstrich Rogers zu treffen hoffte. Er fand aber nur dessen Gattin vor und trug sein Anliegen dem anwesenden Justizminister Mitchell vor, damit er das Thema in irgendeiner Kabinettsitzung oder anderweitig berührt.

Die Folgen blieben nicht aus. Denn nach dem Bericht der beiden PR-Männer der ITT vom 17. September, Hendrix und Berellez, erfolgten die nötigen Instruktionen an den US-Botschafter in Santiago: »Am späten Abend des Dienstags (15. Sept. 1970) erhielt der Botschafter Eduard Korry abschliessend eine Botschaft des State Department, in der im Namen von Präsident Nixon grünes Licht zum Handeln gegeben wurde. Die Botschaft gab ihm die Vollmacht, alles nur Mögliche zu unternehmen - ausgenommen eine Aktion vom Typ der Dominikanischen Republik -, um zu verhindern, dass Allende die Macht übernimmt.« Korry war allerdings schon vorher nicht unangenehm gewesen, wie die folgende Stelle aus dem gleichen Bericht belegt: »... muss auch gesagt werden, dass er mit den Christdemokraten, der Radikalen Partei und der Nationalen Partei sowie andern Chilenen - ohne Genehmigung des State Department - sofort zu manövrieren begann, als die Ergebnisse der Wahlen bekanntgegeben worden waren. Er liess Frei keine Ruhe und ging sogar so weit, ihm zu sagen, er solle sich endlich seiner Würde bewusst sein.« Dieses Vorwollen, das im Gegensatz zur doch etwas vorsichtigeren Haltung des State Department und auch jener Stellen stand, die Viaux gebremst hatten, kostete Korry später den Posten. Dies hatte aber Berellez vorausgesehen, und nach der Wahl, am 13. November, empfahl er Korry, der sich nach einem Posten in der Finanzwelt umzusehen begann, nicht unbedingt für ein solches Arbeitsgebiet, da sein Ansehen ruiniert sei.

Der weitere Rahmen

Die fieberhafte undemokratische und umstürzlerische Tätigkeit der zehntgrössten Gesellschaft der Welt in Chile, wie sie in den vorliegenden Dokumenten zutage tritt, ist nur ein Ausdruck des wirtschaftlichen und politischen Imperialismus der weltbeherrschenden Grosskonzerne. Diesmal wurden wesentliche Teile der Mächte bekannt, meist verlaufen sie geheimer und oft auch weniger brutal, wenn auch ebenso wirkungsvoll. Dies unterstreicht die Reaktion der grossen

Vor etwas mehr als einem Monat ging eine für Sinn und Unsinn militärischer Betätigung recht aufschlussreiche Meldung durch die Presse: Mit überbordender Eifer hatte sich eine Zivilschutztruppe in Wildegg an den Schutz des Vaterlandes gemacht. Statt der vorgesehenen Abbruchgesellschaft rissen die Zivilschutzmannen das unter Denkmalschutz stehende »Modellhäusli« beim Schloss Wildegg, das dem Schweizerischen Landesmuseum gehört, ab. Unser Zeichner Rul liess sich zu sinnvollen Zivilschutzübungen für die Zukunft etwas einfallen. Ist es nicht an der Zeit, unsere Städte von unbrauchbaren Altertümern zu säubern und Raum für zeitgemässe Geschäfts-Buildings zu schaffen?



»Herr Hauptmann, Befehl ausgeführt. Die beiden alten Kamine des Gaswerkes wurden ordnungsgemäss abgerissen.«

Kupferkonzerne, die in Chile - zum Teil schon unter Frei - enteignet wurden. Die Kennecott Copper Corp., welche jahrzehntlang enorme Gewinne aus Chile abgezogen hatte (allein die Anaconda hatte laut NZZ vom 10. Okt. 1972 im letzten Jahrzehnt in Chile Gewinne von etwa 500 Mio. \$ bei Investitionsausgaben von rund 300 Mio. \$ verbucht, erreichte es, von französischen und niederländischen Gerichten den Verkauf des chilenischen Kupfers über die staatliche Handelsgesellschaft unterbinden zu lassen. Schon am 5. März hatte die chilenische Regierung ein Komplott internationaler Schieber aufgedeckt, dessen Fäden auch über eine Zürcher Gesellschaft liefen und welches durch fingierte Angebote zum Verkauf von chilenischem Kupfer die Weltmarktpreise - und damit die Erträge Chiles - zu senken hoffte.

Die General Motors und die Ford hatten im Laufe des Jahres 1971 ihre Automobilproduktion in Chile eingestellt, weil die Zahl der Autohersteller auf drei begrenzt werden sollte und diese drei einen Anteil von 51% an den chilenischen Staat hätten abtreten sollen. Dagegen meldeten sich neun europäische und ein japanisches Automobilunternehmen, um unter diesen Auflagen in Chile die Produktion aufzunehmen.

Schliesslich sanken die kurz- und mittelfristigen Verschlüsse amerikanischer Handelsbanken an Chile vom 31. August 1970 bis zum Juni 1971 von 219,6 Mio. \$ auf nur noch 32,25 Mio. \$. Neue Kredite wurden Chile hingegen von sechs europäischen Ländern, darunter der Schweiz, sowie von Japan und Kanada gewährt.

Es darf daher angenommen werden, dass sich mehr oder weniger alle bedeutenden amerikanischen Konzerne verschworen haben - sei es aus eigener Initiative, von der ITT geschürt oder auf Anregung der Regierung (um das gesellschaftliche Experiment in Chile abzuwürgen).

Die amerikanische Regierung setzt übrigens auch die von ihr dominierten »internationalen« Entwicklungsbanken in dieser Richtung ein. Die Nixon-Administration protestierte letzten August gegen einen Finanzierungsplan der Weltbank an den Irak, weil dieses Land durch seine Verstaatlichungspolitik US-Oelinteressen tangiert hätte. Ebenso erhält Peru von der Weltbank ausser humanitären Geldern keine Kredite mehr, weil dort die International Petroleum Co. 1968 verstaatlicht worden war. Die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) hingegen hatte noch im Dezember 1971 12 Mio. Dollars für Peru bereitgestellt. Der Präsident dieser Bank, Herrera, geriet daher

natürlicherweise ins Schussfeld der ITT, denn ein Glückwunschtelegramm an Allende hatte auf seine zukünftige Geschäftstätigkeit mit Chile einen verdächtigen Schatten vorausgeworfen. Der ITT-Angestellte Neal schrieb deshalb an den Vizepräsidenten Merriam am 15. Oktober 1970: »Korry stimmte mit mir darin überein, dass es gut wäre, Herrera ausserhalb der Bank (IDB) zu haben, und dass er durch jemanden ersetzt werden müsste, der die Leitung der Bank straffer führt.«

Die sich verstärkenden handels- und währungspolitischen Schwierigkeiten Chiles kontrastieren mit dem von Ausländern angeheizten Boom in Brasilien. Die auch in der Schweiz oft hochgepreisene »private Entwicklungshilfe« durch die Investitionen der Grossfirmen ist damit einmal mehr nachgewiesenermassen nicht gesellschaftlich neutral, sondern auf jeden Fall mit einer Einmischung in die gesellschaftliche Situation des Empfängerlandes verbunden. Wird die Einmischung sonst einfach mit Gewähren oder Nichtgewähren von Krediten und Investitionen erreicht, nimmt sie bei Enteignungen sehr schnell die Form direkter und umstürzlerischer Intervention an - je nachdem, ob sich eine grosse multinationale Firma, einheimische Quislinge und eine ausländische Grossmacht zu einer wirksamen Konstellation zusammenfinden. Der Fall ITT zeigt, dass diese - auch wenn im Augenblick der entscheidende Durchbruch fehlgeschlug - die langfristigen Effekte (im Falle Chiles die Isolierung von den Geschäftsbeziehungen mit den USA und die Kupferbeschlagnahme in Europa) dennoch eintreten.

Beat Kappeler

konzept

Herausgegeben von der Redaktion des »Zürcher student«, in Zusammenarbeit mit dem VSS. Erscheint achtmal jährlich, Auflage 35 000. Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telefon (01) 47 75 30. Postcheckkonto 80-35598. Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüst, Beat Schweingruber. Die im »konzept« erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder. Abdruck von Artikeln nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion gestattet. Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. (01) 47 34 00, Telex 55 235. Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich; Telefon (01) 39 30 30.

konzept

Grösste von Studenten herausgegebene Zeitung der Schweiz (Auflage 35 000). 8x jährlich fundierte Analysen und kritische Kommentare.

- zu aktuellen innenpolitischen Problemen (Armee, Staatsschutz, EWG, Raumplanung, Umweltschutz usw.)
- zur Entwicklung und internen Situation anderer Staaten und zu internationalen Problemen (Vergleich von Entwicklungsmodellen der Dritten Welt, Reportagen und Berichte aus verschiedenen Staaten usw.)
- zu bildungs- und wissenschaftspolitischen Fragestellungen (Revision der Bildungsartikel, Probleme der Forschungsförderung, Neuregelung der Finanzierung der Hochschulen, Hochschulneuergründungen und ihre Probleme usw.)

»konzept« - die Zeitung für kritische Leser, die engagierte Auseinandersetzungen nicht scheuen und die bereit sind, sich auch einmal durch fundierte und umfangreiche Analysen »durchzubeissen«.

Abonnement: Pro Jahrgang (8 Nummern) Fr. 8.-. Sonderangebot: Die nächsten 10 Nummern zum Sonderpreis von Fr. 9.-.

✂ -----
 Name, Vorname: _____
 Strasse: _____
 PLZ, Ort: _____
 Abonniert ab sofort »konzept« zum Preis von Fr. 8.- pro Jahrgang. Datum/Ort: _____
 Unterschrift: _____
 Einsenden an:
 Redaktion »Zürcher student«/»konzept«
 Rämistrasse 66
 8001 Zürich

Konzept exklusiv: »Heer und Haus« gegen Subversion

Wie soll der KpKdt mit »oppositionellen Sdt« umgehen?

Unter diesem Titel erhielten die Einheitskommandanten unserer Armee diesen Sommer ein vierseitiges Schreiben, welches sie für den Kampf gegen unbehagliche Fragen in ihrer Kompanie wappnen sollte. Von den »Trümpfen der Milizarmee« über »informative Verbote, Abspelungen, organisierte Aussprachen (Zusammenfassung vorher aufschreiben!) bis zur disziplinarischen Bestrafung werden darin die Hauptthemen an ihre Mittel andersdenkenden Wehrmännern gegenüber erinnert. Verfasst wurde das Schreiben vom Dienstchef Heer und Haus des FAK 4, einem gewissen Oberst

Bieri. Es handelt sich dabei um keinen Geringeren als den freisinnigen Ex-Finanzdirektor der Stadt Zürich. Ernst Bieri hat vor einigen Jahren von sich reden gemacht, als er kurz nach einer glanzvollen Wiederwahl sein Stadtratsmandat gegen einen (noch) lukrativeren Direktorenposten im Bankhaus Bär eintauschte. Im folgenden geben wir seine Anweisungen gegen oppositionelle Sdts vollumfänglich im Wortlaut wieder

(Auszeichnungen stammen aus dem Original, Zwischentitel von der Redaktion):

1. Immer ruhig Blut bewahren. Die detaillierten taktischen Anweisungen von »offensiv« Nr. 1, insbesondere für die Gestaltung von Kp-Aussprachen, werden nie komplett und nie so raffiniert angewendet, wie sie sich lesen.

2. Vergessen Sie nie, wo Sie sind – zu meist sehr jungen – Agitatoren überlegen sind: in allgemeiner Lebens- und Berufserfahrung und in der militärischen Erfahrung. Haben Sie nicht ausserlich einschneidende Wandlungen in den Formen miterlebt? Präsentieren Sie sich den Soldaten als einer, der zwar auch manches im Militär nicht immer geschätzt hat (Schlafmangel, Müdigkeit, Nässe, Kälte, Ausfall von Essen), dass Sie aber all das überstanden haben und eigentlich als wertvolle Bestätigung empfanden, dass auch heutzutage ein Mensch bei Ausfall von gewohntem Komfort nicht nur weierleibt, sondern seine Aufgabe zu erfüllen in der Lage ist.

Spüren Sie den grossen Trumpf der Milizarmee aus: Auch Sie haben wie jeder andere Rekrut angefangen. Sie sind mit Ihren vielen Schulen keinen leichten Weg gegangen. Sie haben etwas geleistet. Wir sind keine Klassenarmee, in der die zukünftigen Offiziere schon als 17jährige in besondere Kadettenschulen kommen.

Dialektik und Praxis

3. Haben Sie keine Angst, wenn ein junger Agitator geschickter spricht als Sie. Es ist gar nicht nötig, dass Sie ihm in der Dialektik überlegen sind. Geben Sie das, bei unbehaglichen oder polemischen Fragen, offen zu, zum Beispiel so:

»Ihre Frage ist gut formuliert. Ich kann Ihnen nicht im gleichen modernen Stil antworten, denn ich hatte in meiner Berufsausbildung keine Zeit, semestertlang Broschüren über Machtstruktur und Gesellschaftstheorien zu lesen. Wichtiger als Worte und allgemeine Anklagen gegen das System usw. ist mir die Praxis, das Erreichen klarer Ziele. Sagen Sie mir bitte, was Sie in der Sache eigentlich wollen – von mir, von Ihren Kameraden!«

»Informationen«: Verbote.

4. Machen Sie ganz am Anfang, wenn der Agitator eine politische Diskussion über die »Herrschaftsstruktur in Gesellschaft und Armee« loslassen will, folgende klare Feststellungen:

»Bevor wir die Diskussion weiterführen, möchte ich Ihnen allen einige Informationen geben:

● In der Armee ist von jeder Parteipolitik jeder Art verboten.

● Es ist ferner verboten, während der Dienstzeit Propaganda gegen die Armee zu betreiben. Dazu gehört die mündliche Agitation so gut wie Flugblätter oder Unterschriftensammlungen.

● Verboten ist auch jede Aktion des passiven Widerstandes (z. B. Hungerstreik, Nichtausrücken, Nichtbefolgung von Befehlen).

● All diese Verbote haben weder Sie noch ich erfunden. Ich habe als Kp Kdt die Pflicht, meine Aufgabe im Rahmen der bestehenden Rechtsordnung zu erfüllen. Wenn ich z. B. eine Aktion des



Statt: »Zu Befehl« neu: »Verstanden«. – Was für eine Aenderung?

passiven Widerstandes dulden würde, würde ich meine Pflicht verletzen. Erwartet das einer von Ihnen im Ernst von seinem Kommandanten?

● Wer mit den genannten Verboten nicht einverstanden ist, kann als Bürger ausserhalb des Dienstes für die Abschaffung der betreffenden Tatbestände eintreten. Im WK hat er aber seine Pflicht genau zu erfüllen wie jeder seiner Kameraden. Ich kenne nicht zweierlei Soldaten in meiner Kompanie – solche, die ihre Aufgabe erfüllen, auch wenn es unangenehm sein sollte, und solche, die im WK die Erfüllung ihrer Aufgabe ablehnen.«

Der »oppositionelle Soldat« wird hier einhaken und sagen: »Wir sind keine willenlosen Automaten, sondern demokratische Bürger. Mindestens in der Theorie dürfen wir doch über Fragen von allgemeiner, von entscheidender Bedeutung sprechen. Für sie ist es sogar interessant, dadurch die Stimmung zu erfahren.«

Was antworten Sie? Sie könnten sagen:

– entweder: »Kommen Sie nachher zu mir; ich will jetzt das vorgesehene Thema besprechen, Sie aber nicht einfach mundtot machen. Es ist zweckmässiger, wenn wir die Frage, die Sie aufgeworfen haben, in Ruhe unter uns besprechen.«

– oder: »Ich mache einen deutlichen Unterschied zwischen einer Aussprache, wo jeder seine eigene, freie Meinung äussert, und der Umfunktionierung unserer Aussprache in eine politische Versammlung, wo der Kp Kdt als Werkzeug eines sogenannten Systems hingestellt und in Gegensatz zu Ihnen allen gebracht wird. Ich bin aus freiem Entschluss Kp Kdt geworden. Ich bin der Meinung, dass wir hier zusammen sind, um eine Aufgabe gemeinsam zu lösen. Gegen Spaltungsabsichten wehre ich mich, im Interesse der ganzen Kompanie.«

Die wohlorganisierte Aussprache . . .

6. Organisation der Aussprache

● Das Thema wird von Ihnen festgelegt. Es gibt keine vorherige Absprache mit einer »Soldatenvertretung«.

● Trennen Sie scharf zwischen Ihren einführenden Worten, der Diskussion der Kp und Ihrer Zusammenfassung. Mit Hilfe der Zusammenfassung, die Sie ankündigen, können Sie auch eine missratene oder von Agitatoren beherrschte Diskussion wieder ins Blei bringen.

● Wenn Sie Agitatoren in Ihrer Kp haben, dann handeln Sie so:

– Aendern Sie zu Beginn der Aussprache die Sitzordnung, indem Sie z. B.



Ernst Bieri

nach Jahrgängen sitzen lassen. Damit haben Sie eine von den Agitatoren eingefädelt Sitzordnung durchkreuzt.

– Bilden Sie Arbeitsgruppen. Damit nehmen Sie den Agitatoren die Chance einer »Vollversammlung« der Kp.

– Wenn konkrete Klagen über den Dienstbetrieb angebracht werden, warnen Sie sie wieder ab noch behandeln Sie sie vor der ganzen Kp in aller Breite. Übergeben Sie die Kritik von der ganzen Kp einem Zuführer, dem Feldweibel, dem Fourier. Versprechen Sie, dass Antwort gegeben wird.

– Wenn Sie Fragen stellen, rufen Sie von sich aus den Antwortenden auf,

Man könnte meinen, das Dokument über den Umgang mit »oppositionellen Sdts« spreche für sich und bedürfte keines weiteren Kommentars. Aber immerhin sollte man versuchen, seinen Zusammenhang mit den (wehr)politischen Ereignissen der letzten Zeit herzustellen:

Immer stärker und in immer weiteren Kreisen mehren sich die Vorbehalte und Widerstände gegen ein politisches und wirtschaftliches System, welches einzelnen Starke erlaubt, sich auf Kosten der Schwächeren und der ganzen Gesellschaft zu bereichern und sich immer mehr Macht anzueignen. Dass diese Vorbehalte und Widerstände auf die Armee übertragen werden, ist nichts als logisch, wird doch die Armee allmählich erkannt als Machtinstrument in den Händen genau derjenigen bürgerlichen Kreise, die das oben charakterisierte System mit allen Mitteln erhalten wollen – weil es sie eben begünstigt. Viktor Schlumpf erklärte im »Tages-Anzeiger« vom 21. 10. 1972 die derzeitige Wehrmüdigkeit mit der Vorstellung, »dass diese Armee die Machtverhältnisse eines Staates verkörpert, mit dem sich viele nicht mehr identifizieren wollen«. Und vergessen wir nicht die Verfassung: »Die Armee ist bestimmt zur Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen aussen und zur Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern.«

Schwarzmalere? Leider nein. Sowohl in hohen Regierungs- wie Armeekreisen greift die Erkenntnis um sich, dass das klassische Feindbild unserer Armee – der böse Feind an der Landesgrenze – nicht mehr lange aufrechterhalten lässt. Die erste Aufgabe der Armee scheint funktionslos zu werden. Also besinnt man sich auf die zweite: Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern. Und dementsprechend wird auch ihr Einsatz geplant und geübt. Da und dort wird das sichtbar. In den Manöversituationen beispielsweise. Hiess es früher etwa »Rot ist vom Osten her im Anmarsch . . .«, so heisst es heute »Bürgerkrieg . . . In den grossen Agglomerationen der Schweiz sind soziale Unruhen ausgebrochen . . . Die Bevölkerung wird von Linkskräften gegen die Regierung aufgehetzt . . . Bewaffnete Zivilisten halten sich im Wald

Kommentar überflüssig?

von X versteckt . . . Die Stadtkantone Genf und Basel haben sich von der Eidgenossenschaft losgesagt. . .« (Die Beispiele sind nicht erfunden.) Sichtbar wurde die neue Tendenz auch an den diesjährigen pädagogischen Rekrutierungsprüfungen, wo den Rekruten u. a. die Fragen gestellt wurden, ob sie bereit wären, mit aufgepflanztem Bajonnet demonstrierende Studenten auseinanderzutreiben oder Schlüsse über die Köpfe erboster Landwirte abzugeben, welche wegen zu niedrigen Milchpreises Strassenbarrikaden errichtet hätten, ob sie bereit wären, Flugblattverteiler festzunehmen usw.

Und da nun schliesslich die Linken, die Studenten, die erbosten Landwirte, die Agglomerationsbewohner und all die andern zugleich auch Angehörige der Armee sind, werden deren Gedanken auch dorthin getragen, wo man sie eben grad bekämpfen möchte. Und da sind sie dann, diese »oppositionellen Sdts«, wollen mit den Offizieren aber mit der ganzen Kompanie über Zweck und Aufgabe der Armee diskutieren, über die Gesellschaftsordnung, oft auch nur über militärische Formen oder über die Notwendigkeit verschiedener Vorschriften. Die jüngsten Vorfälle in den Sanitäts- und Luftschutzrekrutenschulen von Lausanne und Genf sind noch im Gedächtnis.

Solche Situationen sind ziemlich neu. Man müsste von »Emanzipation des Bürgers in Uniform« sprechen, was in einer Demokratie durchaus am Platz, ja sogar notwendig ist. Die hohen Herren aber nennen es »Agitation« und »Subversion«. Die Kommandanten unserer Armee sind darauf nicht vorbereitet. Deshalb also die Bemühungen der Dienstabteilung Heer und Haus, welche allerdings recht plump wirken. Dem Bankmann und Obersten Bieri scheint es zu genügen, den braven Hauptleuten einen Antwortenstrass anzubieten, aus dem sie sich nicht richtig zupfen müssen, um den oppositionellen Sdt »ruhig, aber bestimmte zu entzweifeln. Dass dieser Strass so stereotyp und undifferenziert ausfällt wie das Klichsche vom subversiven Agitator, muss eigentlich nicht weiter verwundern. Verwunderlich ist höchstens, dass man glaubt, mit solch simplen Manövern einen gewissen Schritt aufhalten zu können. B. S.

sonst melden sich immer und sofort die Agitatoren.

– Sie müssen gar nicht alle Fragen sofort und selber beantworten. Sagen Sie:

»Was meinen die Kameraden von Füs X dazu? Sie zum Beispiel?« – »Darauf weiss ich keine Antwort. Uebrigens hat ein französischer Ministerpräsident einem Journalisten einmal gesagt: »Ich bin schon auf ganz andere Fragen die Antwort schuldig geblieben.«

7. Versuchen Sie, Humor in die Sache zu bringen. Nicht sofort revolutionäre Unterminierung wütern, wenn eine polemische Frage kommt. Der Mann gibt vielleicht nur unausgelegene Ideen weiter, die er irgendwo aufgeschnappt hat.

8. Lassen Sie die Diskussion vor allem zwischen den Soldaten führen. Verhindern Sie eine Frontbildung »Hier Kp Kdt, dort Sdt.«

. . . mit vorher abgefasster Zusammenfassung

9. Schreiben Sie sich die Zusammenfassung vorher auf, tragen Sie sie bestimmt oder sogar autoritativ vor. Gerade wenn es Agitatoren hat, macht ein festes Auftreten des Kdt auf die anderen Eindruck. Beharren Sie auf Ihrer Aufgabe, von der Sie sich durch nichts abbringen lassen.

10. Wenn ein Agitator ganz ausfällig wird, gegen Sie persönlich oder gegen die Armee, weisen Sie ihn ruhig, aber bestimmt zurecht. Machen Sie auf mögliche disziplinarische Bestrafung aufmerksam. Sie sind nicht wehrlos!

11. Werden Behauptungen aufgestellt, zu denen Sie nicht dokumentiert sind (z. B. Ordnungsdienst der Armee), geben Sie keine Bla-Bla-Antwort. Sagen Sie: »Diese Frage ist interessant und wichtig. Ich kenne aber die Fälle, die Sie genannt haben, nicht im einzelnen. Ich werde Sie orientieren, sobald ich die genauen Unterlagen studiert habe.«

Und dann erkundigen Sie sich direkt beim Dienstchef Heer und Haus Ihrer Heeresinheit, der Ihnen die Dokumentation liefern wird.

Oberst Bieri, DC HH, Stab FAK 4

Abkürzungen:

- Kp = Kompanie
Kdt = Kommandant
Sdt = Soldat
Füs = Füsilier
FAK = Feldarmekorps

Zitate aus dem Dienstreglement

(Meuterei) Im Aktivdienst ist der Vorgesetzte berechtigt, den Gehorsam mit Waffengewalt zu erzwingen, wenn kein anderes Mittel übrigbleibt. (Ziff. 58, S. 35)

Der Regimentskommandant übt den ausschlaggebenden Einfluss in allen Angelegenheiten seines Offizierskorps aus und wirkt bestimmend ein auf dessen Denkweise und Haltung. (Ziff. 28, S. 23)

Disziplin ist die volle geistige und körperliche Hingabe des Wehrmannes an seine Pflicht. (Ziff. 42, S. 29)

Die Truppe hat die Pflicht, jede Störung des Dienstbetriebes zu verhindern und, wo es die militärischen Interessen erfordern, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Hierzu gehört auch der Schutz der Armee, ihrer Abzeichen und Symbole, des Wehrkleides und einzelner Militärpersonen gegen unmittelbare Angriffe und Beschimpfungen. (Ziff. 266, S. 126)

Die Truppe ist zur vorläufigen Festnahme von Zivilpersonen berechtigt, die absichtlich die militärische Ordnung oder den Dienstbetrieb stören, dabei der Ausführung von Befehlen Widerstand leisten oder die Armee, ihre Symbole und Abzeichen, das Wehrkleid oder auch einzelne Militärpersonen durch Worte, Gebärden oder Tätlichkeiten beschimpfen. (Ziff. 269, S. 127)

Der Waffengebrauch ist das äusserste Mittel der militärischen Polizeigewalt. Er ist aber auch das Mittel, womit der einzelne Wehrmann sich und die Ehre der Armee gegen Angriffe schützen kann. (Ziff. 272, S. 128)

»Es schwören oder geloben die Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten: (...) für die Verteidigung des Vaterlandes und seiner Verfassung Leib und Leben aufzuopfern; (...) den Befehlen der Oberen genaue und pünktliche Gehorsam zu leisten; strenge Mannszucht zu beobachten und alles zu tun, was die Ehre und Freiheit des Vaterlandes erfordert.« (Ziff. 10, Eidesformel, S. 14)

Konzentrationschwäche und Müdigkeit

in Schule, Studium und Beruf können mit Bio-Strath, dem modernen Schweizer Aufbaupräparat, erfolgreich bekämpft werden! Machen auch Sie einen Versuch – Sie werden begeistert sein.

BIO-STRATH®

Aufbaupräparat auf Basis von plasmolyzierter Hefe und Wildpflanzen.



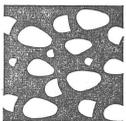
Eigentlich möchte Frau Blum* den SSR kennenlernen

Zwar verteilen wir unsere SSR-Programme nicht in der Frühe des Milchmanns, um vier Uhr morgens. Auch gebucht wird bei uns später. Somit könnte Frau Blum uns eigentlich kennenlernen. Wir fragen uns, was einer Bekanntschaft mit dem SSR im Wege stehe. Teilnahmebedin-

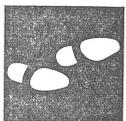
gungen vermutlich. Im SSR-Programm gibt's eine ganze Seite davon. Das riecht nach Numerus clausus, Aufnahmeprüfung etc. – leider gelten auch fürs Reisen Vorschriften, bei den Studentenflügen zum Beispiel. Ausserdem gehört der SSR den Studenten. Sie fragten wir, was sie über eine

Teilnahme von Nichtstudenten an SSR-Reisen denken: Die meisten, nämlich 87%, stört das nicht. Wir können Frau Blum, die uns eigentlich kennenlernen, also mit uns reisen möchte, auf den »Milchzettel« schreiben:

»Liebe Frau Blum,



an allen Gruppenreisen,



Einzelreisen,



Badeferien,



Winterferien,



und Sprachkursen

ist jedermann ab 16 Jahren teilnahmeberechtigt, vom Schüler bis zum Altakademiker, von der Krankenschwester bis zum Milchmann (wir organisieren aber weder Altersausflüge noch Bünzlireisen – und Bünzlis verirren sich auch höchst selten an unsere Schalter). Das ist die Regel. Hier die Ausnahmen:



Auf SSR-Flügen

dürfen nur vollmatrikulierte Studenten bis und mit 30 Jahren und deren Ehepartner und Kinder, Professoren und Lehrer als Gruppenleiter, Mittel- und Ganztagschüler von 16 bis und mit 22 Jahren mitreisen.



Bei SSR-Zügen

gelten dieselben Bestimmungen wie bei den SSR-Flügen. Zusätzlich dürfen aber auch Jugendliche von 16 bis 21 Jahren teilnehmen.



Jedes Schiff,

auf dem der SSR seine Passagen vermittelt, hat seinen eigenen Kapitän. Entsprechend hat auch jede Schiffslinie ihre eigenen Teilnahmebedingungen. Frau Blum, Sie müssen sich darüber direkt beim SSR erkundigen.

Mit freundlichem Gruss

Der Schweizerische Studentenreisedienst
Urs Frey, Milchmann und Präsident«



Peter Bichsel. Eigentlich möchte Frau Blum den Milchmann kennenlernen, Walter-Verlag AG, Olten, 8. Auflage, 1972, S. 25 f.



SSR
Schweizerischer
Studentenreisedienst

Ein Gespräch mit Dr. P. Baccini, Mitarbeiter bei der »Hochschulplanung Luzern«:

Hochschule Luzern: »Noch sind einige knifflige Fragen zu lösen«

Die »Wünsche« der Hochschulkonferenz und des Wissenschaftsrates

rn. Die Schweizerische Hochschulkonferenz und der Wissenschaftsrat haben sich dieses Jahr zum Luzerner Anerkennungs-gesuch geäußert. Dabei haben beide Gremien gewisse Auflagen formuliert: Vornahme qualitativer Abklärungen, Ausarbeitung von Modellen ohne eigene naturwissenschaftliche Abteilung, Gewährleistung der Qualität von Lehre und Forschung, um nur die wichtigsten zu nennen. Wie beurteilt Luzern heute diese Auflagen?

pb. Zuerst muss man davon ausgehen: Was ist positiv beantwortet worden? Abschliessend positiv beantwortet worden ist die Bedürfnisfrage. Was ist Frage nach den Zielsetzungen betrifft, so wird es sicher Probleme bei der Interpretation der verschiedenen Ausbildungs- und Forschungsprogramme geben. Damit verbunden sind einerseits die Auflage der Hochschulkonferenz, den Gedanken der Reformhochschule vermehrt in den Vordergrund zu rücken, andererseits die Auflage des Wissenschaftsrates, das Hochschulniveau müsse gewährleistet sein.

Wir sind jetzt der Meinung, dass die Schwerpunkte, die uns zur Verfügung gestellt worden sind - phil. I, Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften und in besonderen die Mittelschullehrerbildung in den Phil.-I-Fächern -, aufgenommen und weiterverfolgt werden müssen. Allerdings ist die Detailplanung, die Verknüpfung dieser verschiedenen Aspekte heute noch nicht geliebt.

Wie verpflichtet sind die Auflagen?

rn. Nun sind aber - wie man verschiedenen Meinungsäußerungen von Mitgliedern der Luzerner Studienkommission entnehmen kann - nicht alle mit diesen Auflagen einverstanden. Wie und

da wird sogar die Meinung geäußert, diese Auflagen seien gar nicht so ernst zu nehmen und seien letztlich durchaus im Sinn der Luzerner Pläne zu interpretieren. Zudem haben ja Ende Oktober dieses Jahres informelle Gespräche zwischen Luzerner Vertretern und Vertretern der gesamtschweizerischen bildungs- und wissenschaftspolitischen Instanzen stattgefunden. Betrachten Sie diese Auflagen für bindend? Wie schätzen Sie die Möglichkeit ein, diese Auflagen im Lauf der weiteren Arbeit in Luzern zu verändern?

pb. Hier ist zu unterscheiden zwischen kurz- und langfristigen Auflagen. Was die Naturwissenschaften anbetrifft - dies scheint mir das zentrale Problem zu sein -, so handelt es sich hier sicher um eine verbindliche Auflage. Aufgrund der vorliegenden Prognosen ist es nicht möglich, in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre in Luzern eine vollausgebaute naturwissenschaftliche Abteilung nach dem Muster der bestehenden »Grossfakultäten« in Zürich und Basel aufzubauen. Langfristig gesehen jedoch hat man sich darüber noch nicht ausgesprochen. Der Wissenschaftsrat hat ja denn die Frage der Naturwissenschaften in Luzern nicht abschliessend behandelt, sondern nur zurückgestellt.

Inwiefern ist nun aber sinnvoll, diese Auflage so zu interpretieren, dass man auf dem Gebiet der Naturwissenschaften vorläufig überhaupt nichts unternehmen soll? Müsste man nicht sagen - sofern man langfristig den Aufbau einer naturwissenschaftlichen Abteilung in Luzern nicht ausschliessen will - dass in Luzern schon jetzt gewisse kleine Einheiten auf dem Gebiet der Naturwissenschaften geschaffen und ihre Entwicklung durch enge Zusammenarbeit mit den bestehenden vollausgebauten Hochschulen gesichert werden muss? Andernfalls besteht die Gefahr, dass der Schwerpunkt »Lehrerbildung« in Frage gestellt wird. Dies sind die Fragen, die nun in der nächsten Planungsphase beantwortet werden müssen.

dies muss hier nochmals betont werden - geht es nicht darum, einen »Service« der bestehenden naturwissenschaftlichen Fakultäten einzurichten. Denn in diesem Fall bestände die Gefahr, dass das Engagement, das beim Aufbau einer neuen Hochschule so eminent wichtig ist, nicht oder nur in geringem Ausmass vorhanden ist.

rn. Ein Schwerpunkt der jetzigen Arbeiten ist der Aufbau von Ausbildungsgängen in den Naturwissenschaften für Sekundarlehrer. Dies bedingt den Aufbau eines recht umfangreichen naturwissenschaftlichen Stabes. Besteht nun nicht die Gefahr, dass in Luzern eine naturwissenschaftliche Lehrabteilung entsteht, die einerseits das Postulat nach Verknüpfung von Lehre und Forschung - ein Reformpostulat - nicht erfüllt und andererseits zwischen den auf den Lehrerberuf orientierten Studiengängen in Luzern und den auf ein Diplom in den Naturwissenschaften ausgerichteten Studiengängen an deren Hochschulen nur eine beschränkte Durchlässigkeit besteht?



Die Berufsbildung darf nicht vernachlässigt werden...

Wieso keine Ausbildungsgänge für Volks- und Berufsschullehrer?

rn. Neben dem soeben angesprochenen Schwerpunkt Sekundarlehrerbildung sind ja in der ersten Phase noch zwei weitere vorgesehen: Studiengänge in phil. I bis zum Lizentiat und Doktorat, Studiengänge in Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaft sowie eine (reformierte) Gymnasiallehrerausbildung. Wieso ist bis jetzt nicht beabsichtigt, die Ausbildung der Vorschul-, Volksschullehrer- und Berufsschullehrer in der Hochschule aufzunehmen? Wieso sind bis jetzt Modelle der integrierten Lehrerbildung - allen Lehrern eine wissenschaftliche Hochschulausbildung, Verbesserung der erziehungswissenschaftlichen Schulung, Abbau der Standesunterschiede zwischen den einzelnen Lehrerkategorien - nicht ernsthaft geprüft worden?

pb. An derartigen Konzepten ist auch die Diskussion in Luzern nicht vorbeigegangen. Wir haben denn auch Hochschulmodelle, in denen eine derartige Lehrerbildung vorgesehen ist - wie Bremen, Oldenburg, Bielefeld und Kassel -, intensiv studiert. Eine integrierte Lehrerausbildung eröffnet denn auch ganz neue Perspektiven. Allerdings ist es jetzt die Aufgabe derjenigen Gruppen und Personen, die beauftragt werden, den Rahmen für den Beginn hier in Luzern zu erarbeiten, die theo-

Integration der fach- und berufswissenschaftlichen Ausbildung

rn. Im Anerkennungs-gesuch des Kantons Luzern wird ein Aspekt ganz besonders hervorgehoben: die verbesserte Verknüpfung von berufs- und fachwissenschaftlicher Ausbildung des Lehrers. Diesen Fragen sollen ja nun von der Arbeitsgruppe wissenschaftlicher Aufbau konkretisiert werden. Woher wird diese Kommission ihr theoretisches Instrumentarium und ihre Modelle beziehen?

pb. Sicher müssen wir in der Schweiz im allgemeinen und wir hier in Luzern im besonderen die Reformhochschulen nicht neu erfinden. Dies gilt auch für die Beziehung zwischen fach- und berufswissenschaftlicher Ausbildung des Lehrers. Zu diesen Fragen ist in den Nachbarländern - vor allem in der BRD - schon eine ganze Menge theoretisches Material erarbeitet worden. Zudem sind schon praktische Erfahrungen mit neuartigen Modellen gesammelt worden. Die »Arbeitsgruppe wissenschaftlicher Aufbau« hat eigentlich weniger die Aufgabe, neue Modelle zu entwickeln, denn die vorhandenen Modelle in Kenntnis der schweizerischen Realität zu konkretisieren.

pb. Die jetzige Konzeption birgt im Prinzip diese Gefahr in sich, denn es stellt sich ja sofort die Frage, ob man eine naturwissenschaftliche Ausbildung nur bis zu einer gewissen Stufe so gestalten kann, dass das Forschende Lernen im Projektstudium sichergestellt ist. Das setzt einen Kern von Dozenten voraus, der nicht nur mit der Luzerner Situation vertraut ist, sondern auch bereit ist, selbst intensiv an der Erarbeitung und Verbesserung der Studiengänge zu arbeiten und Forschungsprojekte vorzulegen, an denen auch die Studenten mitarbeiten können. Hier wird es noch einige knifflige Fragen zu lösen geben.

Auf alle Fälle muss es möglich sein - in Zusammenhang mit diesem naturwissenschaftlichen Forschungsschwer-

forcht, in Luzern in erster Linie gelehrt werden soll. Meiner Meinung sollte jedoch gerade ein angehender Lehrer - sofern er später fähig sein soll, an der erziehungswissenschaftlichen Forschung als aktiver Aussenposten und vorständiger Partner der Bildungsforscher zu partizipieren - Gelegenheit haben, während des Studiums an Forschungsprojekten mitzuarbeiten, ja sogar selbst Forschungsprojekte zu entwickeln. Müsste unter diesem Gesichtspunkt nicht auch die erziehungs- und gesellschaftswissenschaftliche Abteilung der Hochschule Luzern auf dem Gebiete der Forschung aktiv werden?

pb. Die Vorstellungen, die im »Bericht 1969« und im Anerkennungs-gesuch ihren Niederschlag gefunden haben, müssen als erste Diskussionsvorschläge

BRENNPUNKT

punkt - den Studenten, die ein rein fachwissenschaftliches Studium anvisieren, ausreichend Studienmöglichkeiten zu verschaffen. Gleichzeitig muss der Uebergang dieser Studenten an die Naturwissenschaftlichen Fakultäten der bestehenden Hochschulen durch Absprachen sichergestellt werden.

verstanden werden. Es ist die Aufgabe der Arbeitsgruppe wissenschaftlicher Aufbau, diese Vorstellungen gründlich zu prüfen. Sollte die Arbeitsgruppe z. B. zur Ansicht kommen, es sei sinnvoll, Laborschulen oder ein interdisziplinäres Forschungszentrum auf dem Gebiet der Lehrplanforschung für die Schuljahre 7-11 zu errichten, so bestünde hier natürlich ein grosses Feld für Forschungen gerade auch für zukünftige Lehrer.

Wer erarbeitet den »Hochschulauftrag«?

rn. Dies zeigt einmal mehr, dass die »Arbeitsgruppe wissenschaftlicher Aufbau« einen recht schwierigen Auftrag zu bewältigen hat. Wie werden die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe gesucht? Wer nominiert Leiter und Mitglieder?

pb. Der Ausschuss der Studienkommission war der Meinung, dass zuerst ein Leiter für diese Arbeitsgruppe bestimmt werden müsse. Dieser Leiter soll ein erfahrener Hochschullehrer sein, der mit dem heutigen Stand der Reformdiskussion im In- und Ausland vertraut ist, der durch seine wissenschaftliche Arbeit bewiesen hat, dass er nicht nur seinen Fachbereich überblickt und er gewisse organisatorische Fähigkeiten aufweist. Diese Person soll Gelegenheit erhalten, basierend auf den bestehenden Vorschlägen und den Wünschen der Gremien, ein Problem- und Prioritätenkatalog aufzustellen. Ausgehend von diesem Problem- und Prioritätenkatalog, soll dieser Leiter eine kleine Arbeitsgruppe zusammenstellen, mit der die prinzipiellen Probleme bearbeitet werden sollen. Später sollen dann für Teilprobleme Fachauschüsse gebildet werden und Aufträge an Hochschulen und Institute vergeben werden.

Die Suche nach diesem Arbeitsgruppenleiter gestaltete und gestaltet sich äusserst schwierig. Diejenigen Personen, die bis jetzt in Frage gekommen wären, sind schon durch ihre wissenschaftliche Tätigkeit und ihre Arbeit in den beste-

Im nächsten »konzept«:

BRENNPUNKT

»Das Modell wird den zu stellenden Anforderungen nicht gerecht« Kritische Notizen zum Projekt Luzern

henden bildungs- und wissenschaftspolitischen Gremien überlastet. In diesem Zusammenhang stellt sich nun das Problem der Transparenz. Wenn man derartige Personen gewinnen will, muss man sie zuerst einmal anfragen, ohne dies der breiteren Öffentlichkeit schon mitzuteilen. Denn bewahrt man in solchen Angelegenheiten nicht Diskretion, so können Personen, die man angefragt hat, absagen, nur weil sie sich kompromittiert fühlen durch die Tatsache, dass sie öffentlich zur Diskussion stehen. So versucht denn der Ausschuss zuerst das grundsätzliche Einverständnis einzuholen. Erst nach Vorliegen dieses Einverständnisses werden die vorgeschlagenen Personen der Studienkommission vorgestellt. Gewählt werden die Mitglieder schliesslich vom Regierungsrat auf Antrag des Ausschusses der Studienkommission.

Fortsetzung nächste Nummer

Soeben erschienen: Eingriffe - Materialien zur Hochschulpolitik

Herausgegeben von der Sozialliberalen Gruppe, Universität Bern. Zu beziehen bei: SLG, Postfach 1829, 3000 Bern

Keine erziehungswissenschaftliche Forschung für angehende Lehrer?

rn. Es ist darauf hingewiesen worden, dass im Aargau in erster Linie ge-

Dissertationen

rasch und preiswert wie noch nie, wenn Sie uns ein reproduktionsfähiges Manuskript bringen.

Wir stellen Ihnen für die Reinschrift gratis eine elektrische IBM-Executive mit Plastikfarb-band zur Verfügung.

Unsere freundlichen Sekretärinnen erklären Ihnen den Arbeitsvorgang.

Auf Wunsch nehmen wir Ihnen die Schreib- und Zeichenarbeit aber auch gerne ab.

Für anspruchsvolle Kunden stehen Linotype-Setzmaschinen und eine IBM-Composer-Anlage zur Verfügung.

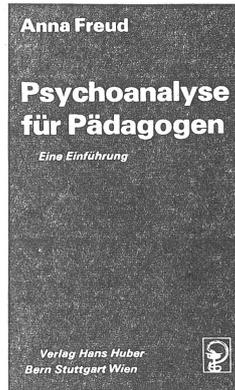
Juris Druck + Verlag, Basteiplatz 5
8001 Zürich, Telefon 27 77 27
(gegründet 1945)

Wissenschaftliches Taschenbuch

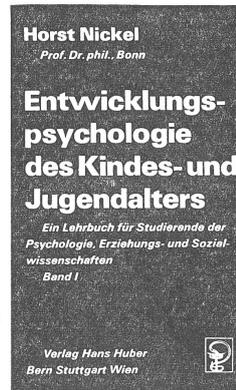
Sieben Titel sind bereits erschienen; jährlich sollen mindestens vier weitere herausgegeben werden.

Der Reihentitel **Wissenschaftliche Taschenbücher** soll auch gleich das Spektrum andeuten: Psychologie und Grenzgebiete (Lehrbücher, Einführungen, Readers, Monografien).

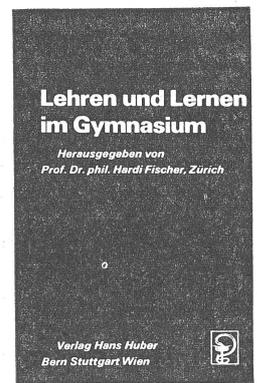
Mit diesen Veröffentlichungen wenden wir uns hauptsächlich an Fachleute und Studierende.



1971, 105 Seiten, Fr. 8.80



1972, 352 Seiten, Fr. 22.—



1971, 263 Seiten, Fr. 15.80

Verlag Hans Huber - Bern Stuttgart Wien

Summer Tours

for Young Teachers and Students in USA, Canada, and Mexico as Guests of American Families

Dauer: 34 Tage

Tour A: Canada-Tour DM 1300.—
Tour B: Florida-Tour DM 1340.—
Tour C: Kalifornien-Tour DM 1780.—
Tour D: Mexiko-Tour DM 1780.—

Alle Touren schliessen Hin- und Rückflug, sämtliche Uebernachtungen sowie zum Teil Verpflegung ein.

INTERNATIONAL COUNSELOR EXCHANGE PROGRAM

Summer openings for men and women, students, young teachers and Social Workers, Ages 20-30, to serve as counselors (mentors) in American children's camps and travel with other international counselors on a 2500 mile hospitality tour in eastern U. S. A.

Period: June 22-Sept. 28 Fee: DM 770.—
USA-Flüge: ab DM 395.—

Veranstalter: Association for World Travel Exchange, New York.

Weitere Informationen durch die Beauftragte für Deutschland und die Schweiz: Uta Menzel, D 5 München 40, Telefon 09 11/30 69 29

- »konzept« -
das engagierte Blatt
für den kritischen Leser

Wer keine Nummer
verpassen will,
abonniert »konzept«

(Talon auf Seite 2)

Die

**Sozialdemokratische Fraktion
der Bundesversammlung**
sucht

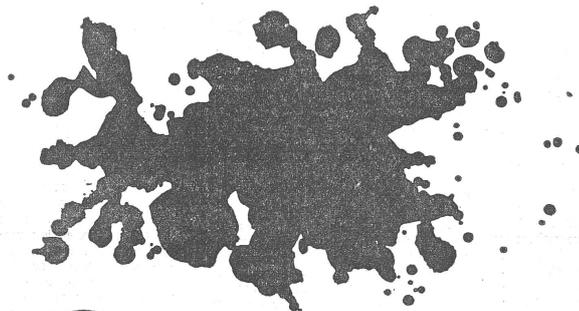
Fraktionssekretär(in)

Aufgaben: Politisch-organisatorische Tätigkeit, insbesondere Aufbau eines Sekretariates, langfristige Planung der Fraktionsarbeit, Dokumentation der Parlamentarier, Öffentlichkeitsarbeit, Administration.

Anforderungen: Politisches Interesse, Selbstständigkeit, Freude an organisatorischen Aufgaben. Sehr gute Deutsch- und Französischkenntnisse. Hochschulabschluss (Lizentiat) von Vorteil, aber nicht Bedingung.

Weitere Auskunft erteilt: Frau B. Steinlin, Telefon (031) 61 38 52 oder (031) 52 29 65.

Bewerbungen sind zu richten an:
Sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung, Bundeshaus, 3003 Bern.



HOPPLA!

Da helfen selbst saftigere Ausdrücke nichts mehr.
Aber vielleicht eine bessere Ausrüstung.

Ein solches Missgeschick macht eine mehrstündige Arbeit plötzlich wertlos. Die ganze Mühe beginnt von vorn. Und es hilft einem nichts, die Schuld auf das Schreibgerät zu schieben. Besser wäre es, einmal grundsätzlich über Schreibgeräte nachzudenken.

Zum Beispiel über das rottring-System. Es umfasst eine breite Skala von Zeichengeräten, wie Röhrchen-Tuschefüller, Zirkel, Schablonen und Tusche. Alles aufeinander abgestimmt. Damit wird der Unterricht im technischen Zeichnen einfacher, und eine präzise und saubere Ausführung bereitet weniger Schwierigkeiten. Dank Patronen fällt das Einfüllen der Tusche weg. Und damit praktisch auch die Möglichkeit von unheilvollen Klecksen und unsauberen Linien.

rottring-Geräte sind äusserst robust und normgerecht im Strich. Verschiedene Linienbreiten erlauben ein vielfältiges Zeich-

nen und Schreiben. Auch mit Zirkel- und Schablone.

Mit rottring-Geräten arbeiten Sie zeitsparend, präzise und sauber. Mit einem Nachteil — der Gewissheit, bei einem Missgeschick selbst schuld zu sein.



Coupon
Einsenden an:
Racher & Co. AG, Marktgasse 12, 8025 Zürich 1
Ich verzichte gerne auf saftige Ausdrücke.
Senden Sie mir bitte genauere Unterlagen über die rottring-Geräte.

Name: _____
Adresse: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Racher

Racher & Co. AG
Marktgasse 12
8025 Zürich 1
Tel. 01 47 92 11

Generalvertretung für die Schweiz:
Kaegi AG, Postfach 268, 5200 Brugg (AG), Tel. 056 42 00 81

Eine kritische Bestandesaufnahme nach dem Parteitag in Interlaken 2. Teil/Schluss

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Im letzten »konzept« wurde versucht, die Sozialdemokratische Partei im Ueberblick in ihrer gegenwärtigen Situation (Geschichte der letzten Jahre, Mitgliederbewegung, Gruppierungen innerhalb der Partei, Partei-

struktur) zu zeigen. Diese allgemeinen Feststellungen sollen nun noch anhand der Politik der SPS in Einzelbereichen spezifiziert werden.

Francesco Thalmann

Die Fremdarbeiterpolitik

Der starke Anstieg der Anzahl ausländischer Arbeiter in den letzten fünfzehn Jahren hat sehr viel zum schweizerischen Malaise der Gegenwart beigetragen. Viele der schweizerischen Arbeiter und Angestellten, unter denen die SP traditioneller Weise ihre Wählerpotential findet, empfinden die Immigranten subjektiv als eine Verschlechterung ihrer Position. Der SP wurde von diesen Leuten daher ihre Fremdarbeiterpolitik vorgeworfen.

Die Führung der Sozialdemokraten rechnete deshalb gemäss ihrem Geschäftsbericht 1970/71 auch vor den Nationalratswahlen 1971 mit »wenn nicht massiven, so doch ins Gewicht fallenden Wählerverlusten, besonders bei älteren Arbeitnehmern« (a.a.O. S. 82). Die Reaktion der Parteileitung bestand in folgendem Wahlkampfkonzept:

»Es muss versucht werden, die befürchtete Abwanderung von früheren SP-Wählern durch den Einbruch in andere Wählerschichten zu kompensieren.« (a.a.O. S. 82f)

Im Wahlkampf machte man sich keine Gedanken darüber, wie man die enttäuschten ehemaligen Wähler zurückgewinnen konnte. Man versuchte vielmehr, neue Wählerschichten zu gewinnen. Dass eine solche Strategie nicht einmal kurzfristig aufgehen konnte, ist weiter nicht verwunderlich. Zwar gelangen der SP vor allem wohl dank der Verkehrspolitik gewisse Gewinne auf Kosten des Landesrings in Städten und Agglomerationen, in andern Gebieten aber fehlten solche Wählerreserven, was dann auch zu den Verlusten führen musste.

Fataler erscheint aber noch, dass dieses Wahlkampfkonzept von der Partei weiterverfolgt wird. Man verzichtet auf den Rückgewinn der ehemaligen Wähler, man macht sich nicht einmal Gedanken darüber, dass diese vor allem zu erzkonservativen, reaktionären Bewegungen abwanderten. Es macht den Anschein, als wolle die SP das Problem so rasch wie möglich vergessen.

Sonderbare Loyalitäten ...

Darauf deutet beispielsweise hin, dass am Parteitag von Interlaken weder die Fremdarbeiter noch James Schwarzenbach mit irgendeinem Wort erwähnt wurden. Von über 100 Anträgen beschäftigten sich gerade drei mit dem wohl brennendsten innenpolitischen Problem. Diese Anträge waren in der Traktandenliste so weit hinten platziert, dass sie nicht behandelt werden konnten. Die SP hat ihre Haltung zur Fremdarbeiterfrage zum letztmal im Wahlmanifest 1971 dargestellt. Danach steht sie loyal zu den Massnahmen des freisinnigen Bundesrates Brug-

ger. Sie fordert im weiteren die Vorbereitung der ausländischen Arbeitskräfte auf den Aufenthalt in der Schweiz und den Ausbau des Rechtsschutzes für die Ausländer.

Im übrigen heisst es da abschliessend: »Wir müssen mit der Ausländerfrage auf würdige Art zurecht kommen.« (Manifest 1971, S. 18)

... als Folge theoretischen Versagens

Klätlicher kann das Fiasko einer Politik kaum kaschiert werden. Neben der loyalen Zusammenarbeit mit einem Zürcher Freisinnigen bleibt nur noch würdiges Vergessen.

Interessanter als das Versagen selbst sind allerdings die Gründe, die zum Versagen führten. Wie den Gewerkschaften ist auch der SP das blosse Regieren in der Fremdarbeiterpolitik äusserst schlecht bekommen. Da man in den fünfziger Jahren die Bedeutung der Immigration nicht analysierte, ihren Zusammenhang mit der damaligen wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz und ihrer Nachbarländer nicht sah, konnte man zu diesem Problem auch keine eigenständige sozialdemokratische Strategie entwickeln. Man liess alles auf sich zukommen im Vertrauen, es werde sich schon irgendwie lösen lassen. Als man das Unheil endlich erkannte, blieben nur noch Appelle zur internationalen Solidarität und ein Wehklagen über die Unternehmer, die ein »allzu kurzfristigen Profiten interessiert« (Manifest, S. 18) seien. Lösungen sah man keine. Also verblieb den Praktikern in der Partei einzig die Möglichkeit, das Thema, so rasch es immer ging, von der Tagesordnung verschwinden zu lassen.

Die Theorielosigkeit der konservativen SP der letzten zwanzig Jahre ist besonders peinlich, weil die Probleme, die Arbeiter verschiedener Sprache und Herkunft am gleichen Arbeitsplatz stellen, schon den Klassikern des Marxismus bekannt gewesen sind. Karl Marx etwa stellte sie anhand des Gegensatzes von Iren und Engländern am gleichen Arbeitsplatz dar. Da die SP aber solche Analysen nicht mehr kannte und auch nicht fähig war, eigene zu erstellen, schlitterte sie blind in die Krise. Sie sah nicht die lohnrückdrückende Funktion der Ausländer, die das Angebot an der Ware Arbeitskraft erhöhen, sie sah nicht die Gefahr für die Solidarität, nicht die Gefahr der Unterschichtung (Vorarbeiter Schweizer, Untergebene Ausländer), die die Gegensätze verstärkt, sie sah auch nicht die verhängnisvolle Entwicklung in Teilen der Schweizer Industrie, da die Rationalisierung verzichteten, da die Gewinne mit den Fremdarbeitern höher waren. Vor allem aber bemerkte die SPS nicht, dass sich die einheimischen Kapitali-

sten mit den Fremdarbeitern ein neues Proletariat zu schaffen wussten, das am Arbeitsplatz weder stimmen noch wählen konnte und das weitgehend rechtlos war. Ein Teil der von den Schweizer Arbeitern in früheren Jahren erkämpften Rechte konnte so umgangen werden. Der Höhepunkt der Rechtslosigkeit und der Macht des Kapitals wurde im Saisonierstatut erreicht.

Die Konsequenz: Zwickmühle

Doch zu alledem hatte die SP nichts zu sagen. Die marxistische Analyse besässe eine Lösung: Aufhebung des Saisonierstatuts, sofortiges Stimm- und Wahlrecht für Fremdarbeiter, die eine bestimmte Zeit in der Schweiz verbracht haben. Doch eine solche antikapitalistische Strategie, die vor allem mit der Reservearmee der Fremdarbeiter durchaus möglich schiene, widerspricht den Grundsätzen des Programms der SP von 1959. Sie widerspricht gewiss auch der Meinung und dem gegenwärtigen Interesse der meisten verbliebenen Wähler. Doch auch das andere Extrem, den sofortigen drastischen Abbau des Bestandes an Fremdarbeitern, kann die SP nicht unterstützen. Denn sie weiss natürlich, dass dies zu einer Rezession führen würde, deren Auswirkungen die Schweizer Arbeiter und Angestellten kaum zufriedenstellen könnte. So bleibt der SP kein Ausweg. Sie hätte die Entwicklung höchstens verhindern können, wenn sie schon den Anfang kontrolliert hätte. Doch damals sah man die Gefahr nicht, weil langfristige Analysen fehlten. Diese gab es zwar bei den Marxisten. Aber von denen wollte man nichts wissen. Es gab sie wohl auch bei der Wirtschaft, aber da erhielt man keine Einsicht. Einzige Auswegmöglichkeit wäre heute noch, wenn man den Mitgliedern der Partei die begangenen Fehler ehrlich zu erklären versuchte. Aber dazu hätte es wahrscheinlich früher einer ausgedehnten Bildungsarbeit bedurft, auf die man jetzt zurückgreifen können müsste. Die Voraussetzungen, ein so komplexes Thema durchzusprechen, fehlen weitgehend. Daher bleiben nur Appelle. Sie aber sind nutzlos. Also vergisst man selbst diese.

Die EWG-Politik: Keine eigene Perspektive

Die Ausweglosigkeit der Fremdarbeiterpolitik wurde vor einem Dutzend und mehr Jahren eingeleitet. Etwas Ähnliches kündigt sich in der Haltung der SP zur EWG erneut an. Wiederum handelt es sich um ein Problem, das die Produktionsphäre und die Stellung der Arbeiter an ihrem Arbeitsplatz betrifft, und wiederum ist es erstaunlich,

wie lässig sich die SP der neuen Entwicklung gegenüber verhält.

Das Wahlmanifest 1971 beschäftigte sich nicht mit der europäischen Integration. Ein Parteitag über dieses Thema wurde meines Wissens vor 1972 nie abgehalten. Erst jetzt, wo die Abstimmung über das Freihandelsabkommen, dessen Bedeutung bemerkenswerterweise in der Partei sehr unterschiedlich bewertet wird, vor der Tür steht, äussert man sich. Schliesslich muss man ja eine Parole ausgeben.

Kurz vor dem Parteitag in Interlaken erschien ein Exposé von Nationalrat Renschler über »Die Schweiz und das EWG-Freihandelsabkommen«. Renschler hielt auch das Hauptreferat dazu am Parteitag. Die Anträge des Parteivorstandes lagen ganz auf der Linie seiner Ausführungen und wurden vom Parteitag mit grossem Mehr gebilligt. Die Haltung der SP scheint also in den Äusserungen Renschlers genau zum Ausdruck zu kommen. Da lohnt sich ein Blick auf die Broschüre.

Renschler stellt zunächst zwei Ziele fest, die seiner Ansicht nach verfolgt werden müssen, soll eine »wünschenswerte gesamteuropäische Integration« erreicht werden. Die Ziele sind:

»1. Die bereits eingeleitete Entspannung zwischen Ost- und Westeuropa muss intensiviert und weiter gefördert werden. Es gilt den Frieden der gegenseitigen Abschreckung... in einen

werden. Anforderungen müssten auch gestellt werden an die Antitrust- und Antikartellpolitik und an die Entwicklungspolitik der EWG.

Mangelnde Bedenken

Renschler streift im folgenden alle diese Punkte. Aber er entwickelt keine grundsätzlichen Ziele. Er sieht ein, dass vieles an der EWG wenig arbeiterfreundlich aussieht, doch wie es geändert werden könnte, wird kaum angedeutet. Am gewichtigsten ist noch ein Hinweis auf einen Kongress der sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft und dessen Forderungen. Nur sind die imposanten Forderungen leider in der EWG in den fünfzehn Jahren, in denen sie besteht, nicht durchgesetzt worden. Die Antwort darauf, weshalb dies so war, fehlt im Exposé. Es scheint, als fehle der SP jedes Misstrauen der EWG gegenüber. Man will sich dem Fortschritt nicht verschliessen, man hängt eben am Europa-Gedanken, man besondert in der Jugend verankert sei (so Renschler am Parteitag), aber man erkennt nicht die Gefahren des Abenteuers, zu dem man da so forsch aufbricht.

Dies geschieht notabene einer Organisation gegenüber, deren Exekutive laut Sico Mansholt entscheiden kann, »ohne dass die Bevölkerung einen direkten Einfluss darauf hat« (»Tages-

ANALYSE

Frieden der gegenseitigen Verständigung zu verwandeln.

2. Die Integrationsbestrebungen müssen die Eigenständigkeit Europas stärken, damit es zu einer ausgleichenden Macht zwischen den Grossmächten werden kann...»

(Die Schweiz und das EWG-Freihandelsabkommen, S. 3)

Das sind gewiss Ziele eines Europa-Politikers, aber wo bleiben die Ziele des Sozialdemokraten Renschler? Von einer Arbeiterpartei müssen Integrationsbestrebungen doch vor allem gemessen werden an den Auswirkungen, die sie auf die Situation der Arbeiter und Angestellten in der Schweiz haben, und an den Änderungen, die diese in ihren demokratischen Rechten und in ihren Rechten im Betrieb erfahren

Anzeiger« vom 11. 10. 72), einer Gemeinschaft, die schlicht »demokratisch ist« (Mansholt a.a.O.). Warnzeichen sind - auch aus Norwegen - genügend vorhanden. Dass sie bei Renschler, der seine Schrift wahrscheinlich ohnehin überlastet verfassen musste, nicht verarbeitet wurden, ist weit weniger bedenklich als die Haltung einer Partei, die ein solches Exposé gleich zur Maxime des eigenen Handelns macht. Aus der Fremdarbeiterpolitik wurde nicht gelernt. Man hat keine klaren Forderungen der Integrationspolitik gegenüber. Man weiss nicht einmal genau, was auf einen zukommt. So fehlen die Beurteilungsgrundlagen. Es wird in Zukunft sehr viel Wendigkeit brauchen, wenn man den Wählern eine solche Politik schmackhaft machen will.

Neue Ansätze: Landesverteidigung ...

Anders als in Wirtschaftsfragen geht man in der Landesverteidigungspolitik vor. Hier liegt nach dem Interlakener Parteitag eine begründete Strategie vor. In einer differenzierten Analyse weist die Partei auf die Bedeutung der Armee als innenpolitisches Machtinstrument hin, sieht aber auch die Möglichkeiten, die das Milizsystem, das jedermann Waffen in die Hände gibt, für die Linken haben kann. So wird davor gewarnt, dem Bürgertum die Armee - sei es als Freiwilligen- oder als Berufsheer - zu überlassen. Der neue Wind wurde besonders deutlich, als der Parteitag den Teil des Berichtes »Innere Führung«, der nichts weiter als eine Vertiefung der Oswald-Reformen verlangte, zurückwies. Gleichzeitig mit der innenpolitischen Analyse wird auch der Ort der Landesverteidigung in einem allgemeinen Konzept der Friedenssicherung gesucht. Das Landesverteidigungspapier, das der Parteitag annahm, ist brauchbar. Es wird die Gegner auf der Linken und besonders auf der Rechten dazu zwingen, zu sagen, wie denn sie die Landesverteidigung sehen. Der Strategie liegt eine Analyse zugrunde, die nicht so leicht widerlegt werden dürfte.

... und Verkehr

Ähnliches kündigt sich auch im Bereich der Reproduktion (Verkehr, Wohnungsbau), an. Als erste der grossen Parteien beschäftigt man sich mit den Nachtteilen des Bodenrechts und des privaten Verkehrs. Doch die Verkehrspolitik hat sich noch nicht durchgesetzt. An der Haltung der Forderung gegenüber, man müsse durch die öffentliche Hand finanzierte Gewinne der Grundbesitzer massiv abschöpfen, wird man die SP in Zukunft beurteilen können. Verzichtet sie auf die Forderung nach Mehrwertabschöpfung, wie das gegenwärtig noch aussieht, dann haben sich die pragmatischen Kreise erneut durchgesetzt. Doch dass dies geschieht, ist nicht gewiss. Denn im Reproduktionssektor ist in letzter Zeit sehr viel ins Rollen gekommen.

Die neuen Ansätze scheinen Erfolg versprechend. Hier beginnt sich die SP zu profilieren. Schuld an den neuen Ansätzen ist gewiss auch die neue Basis der Partei, die sich diesen beiden Problemfeldern besonders zugewandt hat. Wieso aber konnte sie sich im Un-

terschied zur alten Basis in der Fremdarbeiterfrage durchsetzen?

Es mögen dabei viele Dinge mitgespielt haben. Einmal war es den Akademikern wohl eher gegeben, die richtigen Kanäle zu finden, um bis zur Parteiführung durchzudringen, als früher den einfachen Arbeitern. Dann hatte die neue Generation auch gleich das Glück, dass der Unmut im Volk besonders in Wohnungs- und Verkehrsfragen stark im Anwachsen ist, so dass die intellektuellen rasch eine eigene Basis erhielten. Schliesslich stand man in der Landesverteidigung und in Verkehrsfragen einem weniger kompakten Gegner gegenüber als in der Wirtschaftspolitik. Am wichtigsten aber dürfte gewesen sein, dass Landesverteidigungs- und Verkehrspolitik der SPS sehr gelegen kamen, weil beide Betätigungsfelder vom eigenen Versagen in der Fremdarbeiterfrage abzulenken vermochten. Nur so ist die Kehrtwendung in diesen Bereichen verständlich. Man brauchte Erfolge, und hier waren sie zu holen.

Dass eine Partei solche Chancen nutzt, ist richtig. Es ist dies auch ein Fortschritt im Vergleich mit der Politik der letzten zwanzig Jahre. Langfristig aber genügen diese Erfolge nicht. Die SPS besitzt in diesem Staat Macht, weil sie die Partei der Arbeiter und Angestellten ist. Bei diesen aber verliert sie an Wählern. Gelingt es ihr nicht, diese Wähler zurückzugewinnen und sich vor allem auch bei den jungen Arbeitern zu verankern, dann fehlt ihr auf die Dauer die entscheidende Machtbasis, die ihr Studenten und Akademiker nicht geben können. Um Arbeiter und Angestellte für sich zu gewinnen, braucht es Leistungen im Produktionssektor, in der Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik. Dass die SP in diesen Bereichen gegenwärtig so wenig Eigenständiges zu bieten hat, lässt einen für sie schwarz sehen.

Francesco Thalmann

Im nächsten »konzept«:

ANALYSE

Zu kurz gegriffen: Linkliberalisierung

Müssen Reibzeuge so sein wie sie sind?

Nein!

Die neuen Proebster-Reibzeuge werden es Ihnen beweisen. Progressiv im Styling. Schluß mit den frühen Farben. Preisgerecht in strengen Wertmaßstäben und dazu Proebster-Präzision. Bitte fordern Sie unsere Prospekte an, bevor Sie eines kaufen, das so ist wie es schon immer war. Oder lassen Sie sich beim Fachhandel die Originale zeigen.



für die harte Praxis



JOSEF ESCHENBACH KG
85 Nürnberg, Hegelstr. 18-22, Tel. (0911) 533927
C. Proebster jr. Nachf.
Produktionsbetrieb der Josef Eschenbach KG

Generalvertretung und Service für die Schweiz
LINDENMANN AG 4018 BASEL

Aus dem Ausbaubericht II des Schweizerischen Wissenschaftsrates:

Die Naturwissenschaft und die vorklinische Medizin an den Bund...

Die Stimmen mehrten sich, wonach die heutige Belastung, welche den Kantonen aus der Führung von Hochschulen erwächst, an der oberen Grenze des Zumutbaren angelangt ist. Wenn man diese Feststellung mit der soeben dargestellten, wahrscheinlichen künftigen Entwicklung der Hochschulausgaben konfrontiert, ist kein anderer Schluss möglich, als dass die Hochschulkantone bald vermehrter finanzieller Hilfe bedürfen. In wenigen Jahren wird wahrscheinlich die Hälfte des Aufwands für die kantonalen Hochschulen, später ein noch grösserer Teil vom Bund zu tragen sein.

Trotzdem wird, wenn die Kompetenzverteilung nicht geändert wird, stets Ungewissheit bestehen, ob die Kantone ihre Hochschulen so ausbauen werden, wie es technisch möglich und im nationalen Interesse nötig wäre. Die Erfahrungen der letzten Jahre stimmen nur zum Teil optimistisch. Damit ein quantitativ hinreichender und qualitativ befriedigender Ausbau der »Hochschule Schweiz« sichergestellt werden kann, muss das hochschulpolitische Instrumentarium auf gesamtschweizerischer Ebene verstärkt werden.

Redaktion

Der Wissenschaftsrat stellt zwei Modelle ausführend dar und wägt sie gegeneinander ab:

- Ausbau des Subventionssystems, unter grundsätzlicher Beibehaltung der jetzigen Struktur;
- Beteiligung an der Trägerschaft für einzelne Fakultäten (bzw. Fakultätssteile) seitens des Bundes, unter Beibehaltung eines Subventionssystems für die anderen Sektoren.

Ausbau des Subventionssystems

Ein Ausbau des Subventionswesens müsste, damit er eine wesentliche Entlastung der Kantone zur Folge hat, durch folgende Tendenzen gekennzeichnet sein:

- Die Betriebsbeiträge (Grundbeiträge) würden nach wie vor für eine bestimmte Zeitspanne global festgesetzt, aber für die Investitionsbeiträge würde nicht ein fester, sondern ein flexibler Pfandoff in Aussicht genommen.
- Es wären starke Zuschläge bei den Investitionsbeiträgen vorzusehen, bei

nichtklinischen Teil der medizinischen Fakultäten, aber unter Einschluss der klinischen Forschung.

Diese drei Varianten stehen deshalb im Vordergrund, weil die medizinischen und naturwissenschaftlichen Fakultäten heute die bei weitem kostspieligsten Fakultäten sind. Im Jahr 1969 wurden für die medizinischen Fakultäten 50 Prozent, für die naturwissenschaftlichen Fakultäten 20 Prozent der kantonalen Hochschulaufwendungen verwendet, für die Bereiche gemäss Variante c) etwa 30 Prozent.

Mit der Aufwendigkeit dieser Fakultäten hängt es zusammen, dass hier die gesamtschweizerische Zusammenarbeit und Koordination und ein nach nationalen Gesichtspunkten gesteuerter Ausbau besonders wünschenswert sind. Eine Beteiligung des Bundes an der Trägerschaft für die naturwissenschaftlichen und einen Teil der medizinischen Fakultäten würde die Chance für eine optimale Verwendung der hier ganz besonders grossen Mittel erheblich vergrössern.

Nach dem in Bericht dargestellten Modell würde der Bund im Bereich seiner Mitträgerschaft die volle finanzielle Verantwortung übernehmen. Dazu käme eine bestimmte Beteiligung des Bundes an Planung und Verwirklichung des Ausbaus; er hätte für die Koordination der kantonalen Ausbaupläne im betreffenden Bereich zu sorgen und, sofern diese Pläne nicht hinreichen, den Ausbau selber zu planen und gegebenenfalls durchzuführen. Für die Ausübung der neuen Befugnisse und Aufgaben hätte er eine leistungsfähige Organisation zu schaffen. Die Kantone würden, unter dem Vorbehalt dieser Befugnisse, Träger der betreffenden Fakultäten bleiben. Diese wären nach wie vor in die Hochschulen eingegliedert. Entsprechend verbliebe die Verantwortung für die Organisation der Hochschulen im weitesten Sinne bei den Kantonen oder bei den Hochschulen nach Massgabe der kantonalen Hochschulgesetzgebung. Auf diese Weise bliebe für kantonale und universitäre Initiative hinreichender Raum erhalten, und es würde auch die Universität als universitas scientiarum nicht in Frage gestellt. Der Hochschulausbau wird sich im Bereich der eidgenössischen Mitträgerschaft in einem engen Zusammenwirken von Bund, Kantonen und Hochschulen vollziehen müssen.

Die finanziellen Implikationen

Der Ausbau des Subventionswesens würde dazu führen, dass in naher Zukunft wahrscheinlich etwa 40-50 Prozent der gesamten Aufwendungen für die kantonalen Hochschulen vom Bund getragen würden. Wenn dieses Subventionssystem schon für die erste Beitragsperiode 1969-1974 in Kraft wäre, ergäbe es eine Gesamtleistung des Bundes in der Höhe von etwa 1,6-2 Milliarden Franken.

Die finanziellen Konsequenzen einer eidgenössischen Mitträgerschaft sind nicht leicht zu schätzen. Einmal muss unterschieden werden zwischen den drei oben genannten Varianten, wobei b) den grössten, c) den kleinsten Aufwand verlangen würde. Wenn man für die Beitragsperiode 1969-1974 die finanziellen Konsequenzen dieser Regelung für den Bund zu ermitteln versucht, gelangt man ungefähr zu den folgenden Zahlen:

- Variante a) 2,0 Milliarden Franken
- Variante b) 2,8 Milliarden Franken
- Variante c) 1,2 Milliarden Franken

Diese Zahlen gestatten allerdings nur einen teilweisen Hinweis auf die Grösse des Bundesengagements. So dürfen diejenigen kantonalen Hochschulen, welche keine oder nur partiell ausgebaute medizinische und naturwissenschaftliche Fakultäten besitzen, nicht von der Bundeshilfe ausgeschlossen werden. Dasselbe muss für »besondere Hochschulinstitutionen« gelten. Da das aus Variante c) resultierende Bundesengagement die Hochschulkantone nicht ge-

nügend entlasten wird, wird es sich empfehlen, dass der Bund für diejenigen Hochschulbereiche, an deren Trägerschaft er sich nicht beteiligt, weiterhin Investitionsbeiträge ausrichtet und dass er überdies für die medizinisch-klinische Ausbildung Grundbeiträge gewährt. Schliesslich sollten »disponible Summen« bereitstehen, aus denen etwa ausserordentliche Vorkahren des inneren Hochschulausbaus subventioniert werden könnten.

Organisatorische Implikationen

Wählt man das Modell »Ausbau des Subventionssystems«, so kann die bisherige Behördenstruktur grundsätzlich beibehalten werden, wenn sie auch zu verstärken sein wird. Es wäre dies aber eben nur scheinbar ein Vorzug; der Bund bliebe nach wie vor auf eine subventionierende, reaktive, beratende Funktion beschränkt.

Wenn es hingegen zur Mitträgerschaft des Bundes für einzelne Fakultäten kommt, wird eine Organisation geschaffen werden müssen, der die Betreuung der vom Bund finanzierten Fakultäten übergeben wird. Insgesamt wird der Bund im Bereich des Hochschulwesens folgende Aufgaben zu versehen haben:

- a) die Betreuung der technischen Hochschulen,
- b) die Betreuung der vom Bund finanziert zu tragenden Fakultäten,
- c) die administrative Durchführung der verbleibenden eidgenössischen Hochschulförderung,
- d) die Betreuung selbständiger eidgenössischer Hochschul- und Forschungsinstitutionen,
- e) die Beschaffung von Planungs- und Entscheidungsgrundlagen für das gesamte Hochschulwesen.

Politische Implikationen

Wenn man sich darauf beschränkt, das Subventionswesen lediglich auszubauen, wird an der bisherigen Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen im Hochschulwesen prinzipiell nichts verändert. Nur die im neuen Artikel 27 BV vorgesehene Grundgesetzgebungskompetenz müsste in die geltende Konzeption eingebaut werden. Die hochschulpolitischen Hauptentscheidungen lägen nach wie vor bei den Kantonen; sie würden weiterhin bestimmen, in welchem Umfang sie ihre Hochschulen auszubauen und zu verbessern gewillt sind.

Beim Modell »Mitträgerschaft« fallen dem Bund neue Aufgaben zu. Dabei soll nicht vergessen werden, dass in den eidgenössischen technischen Hochschulen schon jetzt bedeutende naturwissenschaftliche Abteilungen vorhanden sind; die Finanzierung der kantonalen naturwissenschaftlichen Fakultäten durch den Bund schuf eine ausgezeichnete Möglichkeit, diese ganzen Lehr- und Forschungsgebiete innerhalb eines nationalen Konzepts zielbewusst und rational auszubauen.

Der Schweizerische Wissenschaftsrat gibt sich Rechenschaft, dass das Modell »Mitträgerschaft für einzelne Fakultäten« mit gewissen föderalistischen Traditionen in Kollision geraten kann.

Es wird nicht an Stimmen fehlen, die einen solchen Schritt als Schmälerung der »nationalen Vielfalt« interpretieren. Der Wissenschaftsrat hat bei seinen breitgelegten Studien nie mit dem Gedanken gespielt, die theologischen, juristischen, philosophisch-historischen und gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten unter die Fittiche des Bundes zu nehmen. Ganz abgesehen davon, dass in diesem Fall die Kantone nur in geringem Mass entlastet würden, sind es tatsächlich diese Fakultäten, in denen sich das »génie propre« der verschiedenen Universitäten und die nationale Vielfalt der Landesteile ausprägt. Umgekehrt wird man im

Ernst nicht behaupten können, dass es eine Physik oder Chemie oder Biologie gebe, die in Genz prinzipiell anders gelehrt werde als in Bern oder Basel. Gerade für die Naturwissenschaften gelten vor allem nicht nur nationale, sondern internationale Anforderungen und Massstäbe.

Möglicherweise wird man gegen die verschiedenen obengenannten Varianten auch die Befürchtung ins Feld führen, es würde in Zukunft an den kantonalen Hochschulen »reiche eidgenössische« und »arme kantonale« Fakultäten geben. Ganz abgesehen davon, dass hier wohl eine kaum begründete Erwartung unbegrenzter eidgenössischer Finanzhilfe im Spiele ist, muss selbstverständlich dafür gesorgt werden, dass durch die Mitträgerschaft für einzelne Hochschulteile es nicht zu Fakultäten zweierlei Rechts und zu »Standunterschieden« zwischen den Angehörigen dieser Fakultäten kommt. Wenn die Dinge ihren richtigen Lauf nehmen, werden gerade auch die geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten von einer Vollfinanzierung anderer Hochschulbereiche durch den Bund profitieren. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, dass die Hochschulkantone, wenn sie von der finanziellen Verantwortung für kostspielige naturwissenschaftlich-medizinische Fachbereiche befreit sind, den Ausbau der übrigen Fakultäten entschiedener werden vorantreiben können, als es ihnen bisher möglich war.

Ausbau des Subventionierungssystems oder Mitträgerschaft des Bundes?

Bei gründlicher Prüfung der beiden prinzipiellen Möglichkeiten wachsen die Vorbehalte gegen den Ausbau des Subventionierungssystems. Wir halten es für notwendig, dass der Bund auf längere Sicht 50 Prozent und mehr der Aufwendungen für die kantonalen Hochschulen übernehmen müssen. Im Rahmen einer Subventionsordnung wird er aber im Durchschnitt nicht

zinschen Studien und Examina ja ohnehin schon weitgehend eidgenössisch geregelt sind. Der Nachteil dieser Lösung liegt aber darin, dass die medizinischen Fakultäten in ihrem klinischen Teil aufs engste und unauf löslich mit dem Spitalwesen der Kantone verflochten sind. Es wäre äusserst schwierig, gerecht zu bestimmen, was als Lehre und Forschung mit der Hochschule und was andererseits mit der Klinik als einem kantonalen Dienstleistungsbetrieb zu tun hat. Der vorklinische Teil der Fakultät seinerseits ist sehr eng verflochten mit der naturwissenschaftlichen Fakultät. Auch hier ergäben sich fast unlösliche Probleme der finanziellen Grenzziehung, wenn die naturwissenschaftlichen Fakultäten von der Mitträgerschaft ausgeschlossen blieben.

- Nach Variante b) würde sich die Mitträgerschaft auf die medizinischen und die naturwissenschaftlichen Fakultäten erstrecken. Was oben gegen Variante a) ins Feld geführt wurde, wäre hier in bezug auf den klinischen Teil zu wiederholen. Vor allem aber fällt diese Lösung deswegen weg, weil diese beiden Fakultäten zusammen den Bund in einem Ausmass belasten würden, dass er in Tat und Wahrheit die finanzielle Verantwortung für den überwiegenden Teil der kantonalen Hochschulen zu tragen hätte.

- Die Variante c) sieht die Mitträgerschaft für die naturwissenschaftlichen Fakultäten sowie für den nichtklinischen Teil der medizinischen Fakultäten, inklusive der klinischen Forschung, vor.

Es handelt sich also, wie dargelegt wurde, um Sachbereiche von beträchtlicher Aufwendigkeit, bei denen ein grosses Koordinationsbedürfnis besteht. Es spricht zweitens für diese Variante, dass man auf diesem Weg zu einer angemessenen Verteilung der finanziellen Belastung zwischen den Hochschulkantonen und dem Bund gelangen kann, sofern zur Mitträgerschaft noch substantielle Leistungen des Bundes für die übrigen Hochschulbereiche hinzutreten. Keine andere Variante erscheint in gleichem Mass wie diese als politisch und finanziell tragbar. Und

MATERIALIEN

über 50 Prozent gehen können. Es darf kein Missverhältnis zwischen Bundesleistung und tatsächlicher eidgenössischer Gestaltungskompetenz entstehen; müsste der Bund einen wesentlichen Teil der Hochschulkosten tragen, so wäre ihm auch substantielle Mitverantwortung für Ausbau und Gestaltung zuzusprechen. Schon eine hälftige Übernahme des Aufwands für die kantonalen Hochschulen würde zu den jetzigen eidgenössischen Gestaltungsmöglichkeiten in keinem vertretbaren Verhältnis stehen.

Da aber bei der Subventionsordnung der Bund auf reaktives Handeln beschränkt ist, kann er nicht tätig werden, wenn die Kantone nicht die Initiative ergreifen. So gelangt man zu dem Schluss, dass der Bund nicht darum herumkommen wird, für gewisse beson-

der schliesslich ist die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen dem Bund und den Kantonen in diesem Fall gut möglich. Der nichtklinische Teil der medizinischen Fakultäten ist, wie oben gesagt wurde, ohnehin mit den naturwissenschaftlichen Fakultäten eng verflochten, und man würde in diesem Fall die Hochschulkantone, bei denen sich besondere Schwierigkeiten der Abgrenzung ergäben, bei den Kantonen belassen.

Der Wissenschaftsrat kommt infolgedessen zum Ergebnis, dass diese Variante c) für die nähere Zukunft sich als weitaus beste Lösung anbietet. Ob damit die Verteilung der Verantwortung zwischen Bund und Kantonen endgültig geregelt sein wird, steht dahin. Es ist nicht ausgeschlossen, dass das Problem der Hochschulträgerschaft später aus finanziellen oder organisatorischen oder allgemein hochschulpolitischen Gründen von neuem überprüft werden muss.

Für die von der Mitträgerschaft nicht erfassten Fakultäten werden auch weiterhin Bundesbeiträge auszurichten sein. Es gilt dies nicht zuletzt für diejenigen Hochschulen und Hochschulinstitutionen, die von der Lösung c) überhaupt nicht berührt würden, ferner für den klinischen Teil des Medizinstudiums.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt, dass der Bundesrat die hier vorgeschlagene Lösung weiterverfolgt und konkretisieren lässt, und zwar so, dass es möglich wird, eine neue Verantwortungsverteilung zwischen Bund und Kantonen im Hochschulwesen auf Ende des Jahres 1974 in Kraft zu setzen. Diese neue Ordnung müsste in einem neuen Gesetz fundiert sein, in welchem die Bestimmungen über die eidgenössische Hochschulförderung, die Regelung der Mitträgerschaft und die Grundsätze für den Ausbau unseres höheren Bildungswesens enthalten sein müssten.

Die gesamten Aufwendungen aller Kantone sind zwischen 1961 und 1968 jährlich um durchschnittlich 12% gestiegen, zwischen 1965 und 1968 nur noch durchschnittlich um 6%, wenn die Gesamtausgaben der Hochschulkantone in den nächsten Jahren um ca. 6-10% jährlich ansteigen sollten, die Hochschulausgaben aber um 14-16%, heisst das, dass der Anteil der Hochschulaufwendungen an den Gesamtaufwendungen der Hochschulkantone sich weiterhin ständig erhöht.

ders kostspielige Teile der kantonalen Hochschulen unmittelbare Verantwortung zu übernehmen. Nur so wird Gewähr geboten, dass unsere Hochschulen auf längere Sicht im erforderlichen Ausmass und unabhängig von Zufällen ausgebaut werden können.

Mitträgerschaft für welche Hochschulteile?

Es wurden drei Varianten genannt. Die Abwägung dieser Möglichkeiten gegeneinander führt zu folgenden Schlüssen:

- Nach der Variante a) würde sich der Bund für die gesamten medizinischen Fakultäten an der Trägerschaft beteiligen. Angesichts des Anteils der medizinischen Fakultäten an den Hochschulkosten würde das eine sehr massive Entlastung der Kantone bedeuten. Auch könnte man zugunsten dieses Vorschlags ins Feld führen, dass die medi-

Im nächsten »konzept«:

MATERIA- LIEN

Die Vorstellungen der GWF und der HRK zur Revision des Hochschulförderungsgesetzes

Wenn man eine durchschnittliche Teuerungsquote von 4% annimmt, ferner eine Quote des jährlichen realen Ausgabenzuwachses von 3,5%, kommt man auf eine jährliche durchschnittliche Zuwachsrate von rund 7,5% der Hochschulausgaben. Nun ist aber zumindest in den siebziger Jahren eine Strukturverbesserungsquote von rund 5,5% hinzuzurechnen, um den »inneren Ausbau« der Hochschulen sicherzustellen. Schliesslich steigt ein wesentlicher Teil der Ausgaben proportional zu den Studentenzahlen an. Das gibt im ganzen eine jährliche durchschnittliche Zuwachsrate der Hochschulausgaben zwischen 1969 und 1985 von 14 bis 16%.

Vorhaben von gesamtschweizerischer Bedeutung bis auf 70-80 Prozent der Investitionskosten.

● Die Grundbeiträge würden grundsätzlich in der bisherigen Höhe belassen, aber es würden grosszügige Zuschläge (bis 100 oder 200 Prozent der jetzigen Ansätze) vorgesehen für Hochschulen, welche bestimmte hochschulpolitische Postulate erfüllen, wie zum Beispiel besonders grosse Leistungen zugunsten ausserkantonaler Studierender oder ausserordentliche Ausweitung der Grundausbildungskapazität gewisser Fakultäten in gesamtschweizerischem Interesse. Auch ein besonders günstiges Verhältnis zwischen Dozenten- und Studentenzahlen könnte Anlass zu einem Zuschlag geben.

● Auf gesamtschweizerischer Ebene würde eine Organisation aufgebaut, welche im Rahmen der zu erwartenden Grundsatzgesetzgebungskompetenz des Bundes gesamtschweizerische Ziele für den Hochschulausbau festzusetzen, Unterrichts- und Forschungsschwerpunkte zu fixieren und allgemein ein hinreichendes Zusammenwirken der Hochschulen sicherzustellen hätte.

Eine grosszügige Ausgestaltung der Bundesbudgetverhältnisse schliesse also keine prinzipielle Neukonzipierung, sondern lediglich eine Verstärkung und Verfeinerung der gegenwärtigen Gestaltungskompetenzen des Bundes ein.

Mitträgerschaft des Bundes

Der Wissenschaftsrat hat eine ganze Reihe von Varianten der Mitträgerschaft geprüft, von denen drei bis ins einzelne studiert worden sind:

- a) Mitträgerschaft für die medizinischen Fakultäten (Human-, Zahn- und Veterinärmedizin);
- b) Mitträgerschaft für die medizinischen und naturwissenschaftlichen Fakultäten;
- c) Mitträgerschaft für die naturwissenschaftlichen Fakultäten sowie für den

Woher kommt die Autolawine?

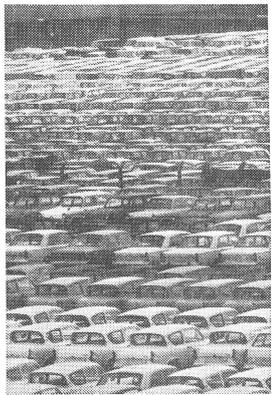
240 Millionen Fahrzeuge bewegen sich gegenwärtig auf der ganzen Welt, wovon 42% allein in den USA. Die dort entstandene Verkehrslawine wälzt sich mit einiger Verzögerung auf Europa über mit den gleichen bedenklichen Folgen für die Gesundheit, das Gesellschaftsleben und die Umwelt wie in ihrem Herkunftsland. Das amerikanische »Vorbild« hat auf diesem Sektor schon lange den Charakter eines Warnzeichens. Es mag daher interessieren, welche Faktoren in den USA die unaufhaltsame Expansion auf dem Sektor Automobil beeinflussen. John Esposito, Leiter einer Studiengruppe der Ralph-Nader-Gesellschaft in Washington, die sich weitgehend mit den von der »Autolawine« heraufbeschwerten Problemen befasst, hielt an einer Tagung über »Auto-Mensch-Umwelt, die im Frühling und im Herbst dieses Jahres im Gottlieb-Duttweiler-Institut in Rüschlikon stattfand, ein Referat mit dem Titel »Das Auto als Wirtschaftsmacht. Renato Dénes wählte der Tagung bei, übersetzte das Referat und fasste es für »konzept« zusammen.

Unsere Städte sind verschmutzt. Die organischen Strukturen, die unsere Umgebung bilden, und ganze Städte werden zerrissen und zerstört von Autobahnen. Mehr als 50 000 Personen werden in den USA jedes Jahr durch Autounfälle getötet. Die Konzentration der Wirtschaft wird gefördert, der Kleinhandel wird durch hochkonzentrierte, unpersönliche Shopping-Centers ersetzt. Gemessen an der verschleuderten Kapazität, dem Energieverbrauch, der für die Reisen aufgewendeten Zeit, der Verschmutzung, den an Toten und Verletzten erlittenen Verlusten, der Zerstörung des sozialen Gefüges, der Entartung des privaten und staatlichen Bestrebungen, würde ich behaupten, das Auto müsse als das ineffizienteste Fortbewegungsmittel bezeichnet werden, das von der Industriegesellschaft je erdacht wurde. In der Tat ist es aber zu einem Massstab für die Gesundheit der Wirtschaft geworden. Ein Sechstel aller Arbeitsplätze hängen mit dem Auto zusammen; mit Herstellung, Verkauf, Reparaturen, Benzinversorgung usw. Von der Gesamtproduktion werden jeweils 11% Aluminium, 20% Stahl, 35% Zink, 50% Blei und 60% Gummi für die Fabrikation der Autos verwendet. 100 Milliarden Dollar werden pro Jahr für neue und gebrauchte Wagen, Reparaturen, Benzin, Pneus, Versicherung, Autobahnbau und andere Güter und Dienstleistungen im Zusammenhang mit den Autos ausgegeben. 45 Gewichtsprozent der Luftverschmutzung stammen von Autoabgasen. In manchen Städten, wie zum Beispiel Los Angeles, sind es 75-85%.

Noch gewichtiger scheint jedoch der Aufwand an Fläche. Ein Drittel der Fläche von Downtown in Los Angeles sind Parkplätze. Sechs-, acht- und zwölfspurige Autobahnen führen die dieser Zustände müden Amerikaner hinaus in die Vororte, was zu einem Zerfall der Stadtzentren führt. Sogar wenn diese erneuert werden, stellen sich Symptome einer Vorselektion der Mischnutzungen durch einseitige Nutzungen verdrängt werden. Bürgern mit kleinem Einkommen wird es verunmöglichlicht, in der Nähe der Arbeitsplätze und der Attraktivität der Stadt zu wohnen. Das vielfältige öffentliche Leben europäischer Städte, das amerikanische Touristen so lieben - die Museen oder über wenige Haltestellen erreichbaren Cafés, Theater, Restaurants und Parks - gibt es in vielen amerikanischen Städten gar nicht. Einen Abend auswärts zu verbringen ist für viele amerikanische Familien eine wohlzuüberlegende und oft teure Angelegenheit.

neurarbeit, kombiniert mit Modemanipulation, wird für die geplante Alterung eingesetzt. Die Wagen mit grossen Hafischlossen zum Beispiel sind heute lächerlich, und automatisch sind das auch ihre Besitzer.

Die Autoproduzenten haben es in der Hand, die Häufigkeit der Erneuerung und die Qualität des Fahrzeugbestandes zu bestimmen. Nehmen wir die Luftverschmutzung als Beispiel: Die Industrie hat sich geweigert, die Möglich-



Automassen auf dem Werkgelände bei Ford.

keit einer Alternative zum Explosionsmotor ernsthaft in Erwägung zu ziehen. General Motors hat vor einigen Jahren einen sogenannten »Elektrolieferwagen« einigen Mitgliedern der US-Legislative vorgestellt. Das Energiesystem war unverhältnismässig gross; es füllte den grössten Teil des Laderaums des Wagens aus. Zudem handelte es sich um ein gefährliches Fahrzeug, denn die gewählten Treibstoffe waren flüssiger Wasserstoff und Sauerstoff. Es stellt sich nun die Frage: Wie kann der weltgrösste Autohersteller, eine Firma, die an der Entwicklung eines elektrisch angetriebenen Mondfahrzeuges mitgearbeitet hat, eine solche Unfähigkeit demonstrieren? Wenn also Alternativen zum Explosionsmotor ernsthaft gesucht werden sollen, müssen, wie obige Schilderung zeigt, öffentliche Instanzen das Monopol der Industrie über technische Daten und Forschung auflösen. Das gleiche gilt für jedes andere Gebiet, auf dem die Öffentlichkeit eine Verbesserung ver-

Das Diktat der Autoproduzenten

Nichts von alledem ist aber unvermeidlich! Es wird sicher noch einiges gesagt werden über den unverminderten Wert des Autos und die Notwendigkeit einer Planung, die dessen unerwünschte Nebeneffekte ausschaltet. In den USA ist »Planung« weitgehend zu einem negativen Begriff geworden. Planung wird assoziiert mit undemokratischen Entscheidungen, welche den privilegierten Schichten zum Vorteil gereichen. Das ist aber ebenfalls nicht unvermeidlich.

Wenn eine Planung möglich werden soll, welche das Auto wieder an seinen richtigen Platz im Transportsystem zurückversetzt, müssen wir jedoch die Kräfte und Interessen kennen, welche sich dem entgegenstellen. Es sind die Kräfte, die zu suggerieren versuchen, diese Entwicklungen seien die direkte Folge des technischen Fortschritts, und verschweigen, dass das Resultat der Anstrengungen der wirtschaftlichen Machtkonzentrationen, ihre besondere Stellung an Macht und Wohlstand zu halten, sind. Millionen von Amerikanern ist jahrelang eingeredet worden, sie könnten ohne Auto einfach nicht überleben. Das ist ein gewaltiges Hindernis für Änderungen und bedeutet eine reale politische Macht in den Händen der Autoproduzenten und der verwandten Interessen. Die amerikanische Autoindustrie hat sehr eindrückliche Techniken entwickelt, um ihre wirtschaftliche Bedeutung zu verwehren und sich gegen die lästige Einmischung der Öffentlichkeit zu wehren. Betrachten wir einige dieser Techniken genauer:

Die praktizierte Marktmanipulation und die künstliche Schaffung von Nachfrage können als Wunder der angewandten Soziologie betrachtet werden. Stilländerungen können bis zu 1000 Dollar der Kosten eines neuen Autos ausmachen. Pervertierte Inge-

langt und die Gewaltigen der Industrie dies als nicht in ihrem wirtschaftlichen Interesse liegend ansehen.

Perpetuum mobile

Zusammen mit verwandten Branchen die die Autoindustrie ihre Macht dazu missbraucht, der Regierung Prioritäten vorzuschreiben, welche einen stets wachsenden Absatzbereich schaffen. Das wird deutlich am Beispiel des Strassenbauprogramms des Bundes und der Einzelstaaten. Ungefähr 18 Milliarden Dollar fliessen jährlich in den US-Strassenbau, nur ca. 400 Mio. hingegen in die öffentlichen Transportmittel. Das einzigartige Instrument, um dieses Missverhältnis zu verewigen, ist der Highway Trust Fund der Bundesregierung. Steuern auf Benzin, Pneus und Autokennzeichen werden von den übrigen Steuereinnahmen getrennt und fliessen in den Fonds. So erzeugt der Verkauf von Autos zusätzliche Mittel für Autobahnen, und diese Zunahme des Angebotes an Verkehrsraum bewirkt eine grössere Nachfrage nach Autos. Der Fonds ist im Grund das Herzstück eines Perpetuum mobile. Während die Mittel für Autobahnen somit immer greifbar sind, muss über das Geld für die öffentlichen Verkehrsmittel jedes Jahr abgestimmt werden. (Im Kanton Zürich sind die Verhältnisse ähnlich. Red.)

Dieses Ungleichgewicht ist natürlich kein Zufall. Die Leute, die vom Bau der Autobahnen profitieren, sind gleichzeitig von den Massentransportmitteln bedacht: Autogewerbe, Erdölförderung, Autobahngesellschaften, Produzenten und Lieferanten der Materialien, Automobilklub, Finanzinstitute, Ingenieure und Administrationen der Autobahnen. Sie alle haben sich zu mächtvollen nationalen Gesellschaften zusammengeslossen, um die Lobby für mehr Strassen und weniger öffentliche Transportmittel vorzutragen. Behörden und Planer müssen nicht notwendigerweise Teil einer Verschwörung sein. Shopping-Centers, Unternehmungen, Niederlassungen, kulturelle Aktivitäten werden mehr und mehr voneinander getrennt - letztlich, weil der Zugang jeder Familie zu einem Auto vorausgesetzt wird.

Macht und Ohnmacht

Wir haben die fundamentalen Fragen nach der Planung des Verkehrs und folglich auch jene nach dem Landverbrauch und der Umweltbelastung weitgehend der privaten, profitorientierten Seite unserer Wirtschaft überlassen.

Vor fünfzehn Jahren hat der Vizepräsident von Ford, ohne Widerspruch hervorzurufen, die Lage wie folgt beschrieben: »Die moderne Aktiengesellschaft ist eine wirtschaftliche und soziale Erschöpfung, die jeden Aspekt unseres Lebens berührt. In jeder Hinsicht ist sie ein institutionalisierter Ausdruck unseres Lebens. In den letzten fünfzig Jahren ist die Industrie von der Peripherie ins Zentrum unserer sozialen und wirtschaftlichen Existenz gerückt. In der Tat ist es nicht falsch zu sagen, wir leben in einer »Aktiengesellschaft.« Die drei grossen Gesellschaften General Motors, Ford und Chrysler verkaufen jedes Jahr Autos im »Wert« von 44 Milliarden Dollar. Diese Zahl ist, mit fünf oder sechs Ausnahmen, grösser als das Bruttozialprodukt beinahe aller Länder der Erde. General Motors allein weist nach Abzug der Steuern Profite von 1,5 bis 2 Milliarden Dollar jährlich auf. Diese Leute haben die Macht, den Lebensstil der Menschen in Amerika und der übrigen Welt zu beeinflussen - eine ungeheure Macht, die, wie ich glaube, in der nächsten Zeit nicht umgestossen werden wird.

Bürgerliche Bildungspolitik in Theorie und Praxis

»Die Ausbildung an den Berufsschulen und an den Universitäten soll überall unentgeltlich sein.« (Begegnung mit der Zukunft; Zielsetzungen 71 der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz; Kapitel 3c, Seite 26.) Die Abschaffung der Kolleggelder ist einer der Programmpunkte der Progressiven Studentenschaft (PSB) und des Studentenvorstandes. Die Kolleggelder von insgesamt 1,17 Mio. Franken im Jahr decken einen verschwindend kleinen Teil der Universitätskosten von bald einmal 100 Mio. Franken im Jahr. Ist auch ihr Nutzen gering, darf nicht unterschätzt werden, welchen Schaden sie anrichten.

Alter Zopf

Kolleggelder sind ein Relikt aus der feudalen Vergangenheit der Universitäten, als die Dozenten nämlich von ihren Studenten resp. von deren edlen Papas bezahlt werden mussten. Wie anachronistisch Kolleggelder in einem staatlichen Bildungswesen sind, mag man unter anderem daran ermassen, dass Professoren schon längst nicht mehr von Kolleggeldern leben, sondern - wie jeder andere Lehrer - im Rahmen eines normalen Besoldungsgesetzes vom Staat entlohnt werden.

Kolleggelder geben dem Universitätsstudium den Anspruch der Exklusivität und helfen mit, in weiten Teilen der Arbeiterschaft das Gefühl aufrechtzuerhalten, die Universität sei sowieso nur ein Tummelplatz für Herrenhöhnchen. Die Universität ist eine vom Staat

finanzierte Schule und soll nach innen und gegen aussen endlich auf ihre Insignien tausendjähriger Noblesse verzichten. Das würde gewiss dazu beitragen, dass mehr Arbeiterkinder als bisher ihre Hemmungen vor der »Bildungsstätte der oberen Zehntausend« verlieren und dass endlich die peinliche Tatsache überwunden wird, dass nur 6 Prozent aller Studenten Arbeiterkinder sind, wo doch - gemäss Eidgenössischem Statistischen Jahrbuch - die Arbeiterschaft 50 Prozent der Bevölkerung ausmacht.

Wahlen: Vorher und nachher

Von Zeit zu Zeit - besonders vor Wahlen - pflegen sich alle bürgerlichen Parteien an ihren Pestalozzi zu erin-

Fortsetzung Seite 10

Der Forscher als Arbeiter

Die Forschungspolitik des Bundes befindet sich in Revision. So arbeitet der Wissenschaftsrat immer noch an seinem Bericht über die Ermittlung der dringlichen Forschungsbedürfnisse (die er mit einer Umfrage zu erfassen glaubte), und die Kommission zur Förderung der wissenschaftlichen Förderung (Kommission Altemann) veröffentlichte kürzlich ihr neues Konzept für die wirtschaftlich motivierte Förderung der Forschung durch den Bund. An diesem Konzept ist vielerlei interessant und prägnant. Ein Detail - pars pro toto und bezeichnend - soll hier kurz beleuchtet werden: Die Stellung des Forschers in der Sicht der Kommission.

Der klassische Forscher war der erfindende Geist im Freiraum: auf sich selbst gestellt und geschützt von der Gesellschaft durch diverse Schutzrechte, die ihm sein Selbstverständnis als Freischaffender erleichterten. Ein solches Schutzrecht war (und ist) das Patent, das dem Forscher, war er einmal zum Erfinder geworden, für eine gewisse Zeit die alleinige Verfügungsmacht über seine Entdeckung einräumte. Eben dieses Patent(un)wesen nahm die genannte Kommission unter die Lupe. Eine eigens dafür eingesetzte Arbeitsgruppe »Schutzrechte« erarbeitete folgende Lösung: Träger des Schutzrechts, also Inhaber des Patents an einer Erfindung, die von einer geförderten Forschergruppe gemacht worden ist, sollen in Hinkunft »Institutionen

mit Rechtspersönlichkeit (sein), welche nach Möglichkeit eine Beziehung zum Forschungsprojekt haben sollten. Eine solche Instanz wäre freilich nur vorgeschobene Inhaberstelle. Sie würde die Schutzrechte zugunsten all jener Schutzrechtsnehmer verwalten, die sich am Projekt in irgendeiner Form beteiligt hatten, sei es durch Dienst- oder Naturalleistungen, sei es durch Geldbeiträge. Ein auffälliger finanzieller Ertrag aus dem Schutzrecht (Lizenzgebühren) sollten nicht dem Forscherteam, sondern - nach Rückzahlung des staatlichen Förderungsbeitrags - den Schutzrechtsnehmern zufließen. Unter diesen soll sogar jener Betrag verteilt werden, der über die Eigenleistung hinausgeht. Der Forscher wird allenfalls im Sinne der Stimulierung berücksichtigt.

In der klassischen Konzeption wurde das Verwertungsrecht aus der geleisteten Arbeit des Forschers abgeleitet. In der Konzeption der Kommission Altemann, eine Konzeption freilich, die nicht eine genuine Eigenleistung, sondern mehr ein Nachvollzug der normativen Kraft des Faktischen ist, darf der wertvollen, der investiert hat.

Der Freiraum des Forschers hat in diesem Sinne aufgehört zu existieren. Der Forscher forscht unter den gleichen Bedingungen, wie der Arbeiter arbeitet. Der Forscher ist zu einem - allenfalls privilegierten - Arbeiter geworden.

Peter Kurer

Polystudent, 24, 190 cm gross, wünscht intelligente, hübsche Partnerin kennenzulernen. Interessen: Filme, Theater, klassische Musik. Begeisterter Skifahrer. Offerten an Chiffre KON 721, Mosse-Annoncen, 8023 Zürich.

23jähr. Journalist aus Zürich sucht unkompliziertes, intelligentes, modernes, zärtliches Mädchen (18-23j.), wenn möglich gross, schlank und lange Haare. - Jede Bildzuschrift wird umgehend beantwortet. Chiffre KON 723, Mosse-Annoncen, 8023 Zürich.

ETH-Student, 23/163, politisch engagiert, sucht Genossin zum Genieszen. Daneben interessiere ich mich für Psychologie, Film, Literatur etc. Du auch? Dann schreibe mir unter Chiffre KON 722, Mosse-Annoncen, 8023 Zürich.

Student, 27/183, schlank, sucht jungen, sympathischen Freund für aufrichtige Freundschaft. Baum Aarau-Zürich. Zuschriften bitte mit Photo an Chiffre KON 723 Mosse AG, Postf., 8023 Zürich.

Neu ab dieser Nummer:

Kontakt-Inserate



Vergessen, der graue Alltag, nie mehr langweilige Ferien! Ihre neue Freundin, Ihren neuen Freund finden Sie unter den Lesern von »konzept«. Mit seinem Vertrieb an allen Hochschulen, Techniken und Lehrerseminarien, sowie an den Kiosken der deutschen Schweiz erreicht »konzept« jeden Monat rund 40 000 lebens- und kontaktfreudige junge Leute. Leser von »konzept« - Lehrerinnen, Architekten, Naturwissenschaftler, Aerzte, Psychologen, Übersetzerinnen usw. - sind vielseitig interessierte Partner. Ein Kontaktinserat in »konzept« befriedigt alle Ihre Erwartungen. Zum Inserieren einfach Talon ausfüllen (max. 10 Zeilen) und entsenden an MOSSE-ANNOYEN AG, Postfach, 8023 Zürich, und Fr. 15.- auf Postcheckkonto 80-1027, Mosse AG, 8023 Zürich, einzahlen, mit Vermerk »Kontaktinserat konzept«. Ihr Inserat erscheint nach Überweisung des Betrages. Eingehende Briefe werden wöchentlich per Post zugestellt.

Hier abtrennen

TALON entsenden an: MOSSE AG, Postfach, 8023 Zürich, und Fr. 15.- einzahlen auf Postcheckkonto 80-1027, MOSSE AG, 8023 Zürich, mit Vermerk »Kontaktinserat konzept« auf der Rückseite des Einzahlungsscheines.

Text:

A grid of empty boxes for writing the contact information, with 10 rows and 10 columns.

Adresse:

Name und Vorname:

Strasse mit Nr.:

Ort mit Postleitzahl:

Unterschrift:

SSR-Flugplan Weihnacht/Neujahr

Dez. von	nach	28. Zürich	London vv
11. Zürich	Athen	Basel	London vv
Zürich	London vv	Zürich	London vv
Zürich	Tel Aviv	30.	
Zürich	Bangkok	31.	E GUETS NEUS
12. Athen	Zürich	Jan.	
Tel Aviv	London	1. Zürich	Bangkok
	Zürich	2. Zürich	Athen
13.		Zürich	London vv
14.		Genf	London vv
15. Zürich	London vv	Tel Aviv	Zürich
Genf	New York	Bangkok	Zürich
London		3. Athen	Zürich
16.		Zürich	London vv
17. Zürich	Athen	Genf	Zürich
Zürich	Helsinki	Tel Aviv	London vv
Zürich	Kopenhagen vv	Zürich	Zürich
London	Zürich	4. Zürich	London vv
Zürich	Tel Aviv	Basel	London vv
London	New York	5. Zürich	Helsinki vv
18. Athen	Zürich	Zürich	Kopenhagen vv
Zürich	Helsinki vv	Genf	London vv
Zürich	London vv	Zürich	Oslo vv
Genf	Stockholm vv	Zürich	Stockholm vv
Zürich	Oslo	Rom vv	London vv
Zürich	Stockholm vv	Zürich	Stockholm vv
Tel Aviv	New York	Zürich	New York
Zürich	Bangkok	7. Delhi/Bombay	Zürich
19. Basel	London vv	London	London
London	New York	8. Zürich	Athen
20. Genf	London vv	Zürich	Helsinki vv
Zürich	London vv	Zürich	Kopenhagen vv
Zürich	Stockholm vv	Genf	London vv
21. Zürich	Athen	Oslo	London vv
Zürich	Helsinki vv	Zürich	Zürich
Zürich	Kopenhagen vv	Zürich	Rom vv
London	Zürich	Zürich	Stockholm vv
Basel	London vv	9. Athen	Tel Aviv
Zürich	Oslo	Zürich	Bangkok
Zürich	Stockholm vv	Basel	New York
Zürich	Tel Aviv	Tel Aviv	Zürich
London	New York	Bangkok	London vv
22. Athen	Zürich	New York	Zürich
Zürich	London vv	Zürich	London vv
Genf	Zürich	23. Basel	London vv
Tel Aviv	London vv	Zürich	Delhi/Bombay
23. Basel	London vv	24. Zürich	Bangkok
Zürich	Delhi/Bombay	25. Zürich	Zürich
24. Zürich	Bangkok	26. Athen	London vv
25. Zürich	London vv	Zürich	London vv
26. Athen	Tel Aviv	Zürich	Tel Aviv
Zürich	Zürich	Zürich	Zürich
Genf	Zürich	Zürich	London vv
Zürich	Zürich	27. Athen	Kopenhagen vv
Bangkok	Zürich	Zürich	London vv
Zürich	Zürich	Genf	London vv
27. Athen	Kopenhagen vv	Zürich	Rom vv
Zürich	London vv	Zürich	Stockholm vv
Genf	London vv	Tel Aviv	Zürich
Zürich	Rom vv	Zürich	Stockholm vv
Zürich	Stockholm vv	Tel Aviv	Zürich
Tel Aviv	Zürich		

vv = vice versa

... und die Preise:

Zürich - Athen	Fr. 181.-
- Helsinki	Fr. 243.-
- Kopenhagen	Fr. 121.-
- London	Fr. 99.-
- Oslo	Fr. 200.-
- Rom	Fr. 98.-
- Stockholm	Fr. 200.-
- Tel Aviv	Fr. 285.-
- Bangkok	Fr. 835.-
- Bombay	Fr. 1400.-
	retour
Genf - London	Fr. 99.-
Basel - London	Fr. 99.-
London - New York	Fr. 385.-

Bürgerliche Bildungspolitik ...

Fortsetzung von Seite 9

ner und die Unentgeltlichkeit aller Bildungswege zu postulieren. Höchst aufschlussreich ist die Konfrontation der Parteien mit ihren Wahlversprechen, wobei wir in Basel die erfreuliche Situation haben, dass unser Studentenschafts-Vizepräsident für Soziales, Willi Gerster, als Mitglied der Fraktion der Progressiven Organisation Basel (POB) im Grossen Rat die Gelegenheit hat, solche Konfrontationen zu erzwingen.

In einem Anzug postulierte Willi Gerster die Abschaffung der Kollegelder, wobei er offenliess, ob nur die Studenten von Basel und aus den Mitträgerkantonen von den Kollegeldern befreit oder ob sämtliche Studenten davon befreit werden sollten.

Der Chef des Erziehungsdepartements, der Freisinnige Arnold Schneider, war nicht einmal bereit, den Anzug zur Prüfung und Berichterstattung entgegenzunehmen. Konsequenterweise - gemäss den »Zielsetzungen« seiner

Partei - hätte Schneider den Anzug Gersters mit Kuss und Dank entgegennehmen müssen, hätte er nun doch endlich Gelegenheit gehabt, gemäss demVorstellung des Freisinnigen etwas für die Demokratisierung der Bildung zu tun. Doch Schneider, und mit ihm die gesamte freisinnige Fraktion und der Hauptharst der andern bürgerlichen Parteien inklusive Teilen der Sozialdemokratie, haben diesen Kelch an sich vorübergehen lassen. Als es zur Abstimmung über Ueberweisung oder Nichtüberweisung kam, standen den befürwortenden 34 Stimmen von POB, PdA, einigen Sozialdemokraten und vereinzelt Bürgerlichen 63 Stimmen der meisten bürgerlichen und - leider muss das festgestellt werden - vieler sozialdemokratischer Grossräte gegenüber.

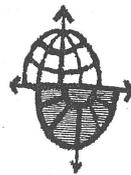
Was tun?

Zielsetzungen, mit denen man Wahlen gewinnen will, sind eben noch

lange nicht identisch mit den Vorstellungen, die man tatsächlich pflegt. Was die Bürgerlichen, zum Teil aber auch die Sozialdemokraten als ihre »Zielsetzungen« unters Volk werfen, sind gerade in Sachen Bildungspolitik nichts als Sprüche. Die sozialistische Opposition im Parlament hat ihre Aufgabe erfüllt, nämlich zu entlarven, welche tatsächlichen Interessen und Demokratieverhältnisse hinter der Imagepflege versteckt sind. Auch jene, welche gar zu gern als bare Münze nehmen, was ihnen in feinen Formulierungen und in sauberer Drucktechnik untergejubelt wird, müssen zur Kenntnis nehmen, wie die Karre in Wirklichkeit läuft.

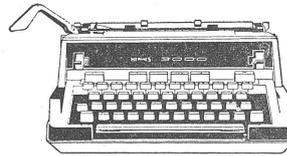
In der Öffentlichkeit und an der Universität wird der Kampf um Abschaffung der Kollegelder geführt werden. Wird dieser Kampf konsequent und hart genug geführt, so sind wir sicher, dass in Kürze sogar der Freisinn vor seinen eigenen »Zielsetzungen 71« wird zu Kreuze kriechen müssen: Peinlich zwar für den Freisinn - gewiss, aber durchaus demokratisch.

Peter Löttscher



Baggenstos
Büro- und Schreibwaren
Basel, Friedensgasse 2
Tel. 052 23 89 84

Hermes



Wir beraten Sie gerne.

Muggli
Büro- und Schreibwaren
Basel, Friedensgasse 10
Tel. 052 23 33 33

Fragen Sie uns.

Portable-Modelle ab: Fr. 310.-

Hermes Werten AG, Basel
Anschaffungspreis
Tel. 052 23 24 88



muggli & co
Büro- und Schreibwaren
Basel, Friedensgasse 10
Tel. 052 23 33 33

20 CLASS A CIGARETTES



KENT

What a good time for the good taste of a Kent.



Studenten arbeiten als Securitas-Wächter

Einsatzmöglichkeiten:

Nebenbeschäftigung im stundenweisen Einsatz an Veranstaltungen aller Art.

Nebenbeschäftigung während einzelner Nächte über längere Zeit.

Vollbeschäftigung als Nachtwächter während mindestens vier Wochen.

Kurzfristige Vollbeschäftigung im Ordnungs- und Kontrolldienst an Ausstellungen.

Unser Personalchef orientiert Sie gerne über unsere Anstellungsbedingungen.

SECURITAS AG

Schweizerische Bewachungsgesellschaft
Filiale Zürich Militärstrasse 24
8021 Zürich, Telefon (01) 39 33 11
(auch zuständig für Baden, Brugg, Rapperswil und Uster)

Filiale Luzern, Hirschenmattstr. 25
6000 Luzern, (041) 22 42 66
(auch zuständig für Glarus, Zug, Aarau und Olten)



Peru: Beispiel für den »dritten Weg«?

Als am 3. Oktober 1968 in Peru eine Gruppe von Offizieren der Streitkräfte den Präsidenten des Landes, Fernando Belaunde Terry, absetzte und wenige Tage nach dem erfolgreichen Staatsstreich die Bohrkonzeption der International Petroleum Company (IPC), einer Tochtergesellschaft der nordamerikanischen Standard Oil of New Jersey, nationalisierte und obendrein Nachzahlung von 690 Millionen Dollars nicht entrichteter Steuern seit 1924 forderte, schienen die Beobachter und Interpreten der lateinamerikanischen Szenerie vergeblich nach dem Termin zu suchen, der das Vorge-

hen und die sich abzeichnende politische Linie der Militärjunta in Lima zutreffend hätte beschreiben können. Wie ein gutes halbes Jahr später, am 24. Juni 1969, die vom General des Heeres, Juan Velasco Alvarado, angeführte Regierung zum »Tag des Indio« ein Agrarreformgesetz dekretierte, das die traditionelle peruanische Agrarwelt zu erschrecken und das Lob Fidel Castros aus Kuba zu entlocken wusste, wurde auch der neue Termin geboren: jener der »links-nationalistischen Regierung des dritten Weges«.

Max Seelhof

Nun hat es seit manchen Jahrzehnten in den meisten lateinamerikanischen Ländern an Militärcoups nicht gemangelt, und die Mehrzahl dieser Staatsstreichs hat sich immer das Attribut des »Revolutionären« verliehen. Eine Betrachtung der politischen Konstellation, unter der die meisten lateinamerikanischen Militärcoups zustande gekommen sind, zeigt, dass die Militärs, nach einer Phase der relativen Demokratie, immer dann eingegriffen haben, wenn die Immobilität der die ökonomische Macht verkörpernden bürgerlichen Parteien den Grad erreichte, der von

den Streitkräften als nicht mehr zur Regierung befähigend betrachtet wurde. Damit im Zusammenhang muss auch erwähnt werden, dass zur Ideologie des Staatsstreichs das Sendungsbewusstsein der Armee im Kampf gegen eine subvertierte oder tatsächlich sich abzeichnende Machtübernahme linkspopulistischer, sozialistischer oder kommunistischer Gruppen gehört.

Es stellt sich also die erste Frage, ob der Putsch der Generale in Lima vom Oktober 1968 in dieses Schema passt oder nicht.

Kuba: der gewaltsame Weg zur Macht

Mit dem Sieg der von Fidel Castro geführten Rebellen auf Kuba (Januar 1959) und der allmählichen Konsolidierung der kubanischen Revolution wurde das festgelegt, was in Lateinamerika, im bezug auf politische Nomenklatur, als der »erste Weg« definiert wird. Er beinhaltet den gewaltsamen Weg zur Macht, dazu anschließend die radikale Verstaatlichung allen ausländischen Kapitals, die rücksichtslose Durchsetzung einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die in allererster Linie die soziale Unterschicht und die einen verhältnismäßig niedrigen Entwicklungsgrad aufweisenden ländlichen Gebiete favorisiert und damit sowohl den Zorn des entmachteten ausländischen Kapitals und der entmachteten einheimischen Ober- und Mittelklasse auf sich zieht. Die Ablehnung gegenüber Regimes solcher Art konkretisiert sich in bewaffneten externen oder internen Aktionen, in einfacher Sabotage oder, wenn die Gelegenheit dazu geboten wird, in einem Massenexodus der ökonomisch von einer solchen Revolution betroffenen Schichten; die kubanische Erfahrung der sechziger Jahre bietet hierzu einen beinahe vollständigen Katalog von Beispielen.

Programm »Revolution in der Freiheit«

Der »zweite Weg«, der sich vom »dritten Weg« peruanischer Prägung abhebt, ist die chilenische Erfahrung der Präsidentschaft Eduardo Frei aus den Jahren 1964 bis 1970. Mit beträchtlichen Vorschulsoberlebens und als konkrete Alternative zu Castros Radikalismus, der das lateinamerikanische Bürgertum und seine politischen Repräsentanten nachhaltig erschreckt hatte, entwarf der Christdemokrat Frei das Programm der »Revolution in der Freiheit«. Doch nach sechs Jahren Amtszeit stellte sich heraus, dass die relative Freiheit der einen und die relative Unfreiheit der anderen sich nicht wesentlich verändert hatten, dass eine partiellen Nationalisierung der nordamerikanischen Kupferminen die vermehrte Durchdringung der verarbeitenden Industrie mit ausländischem Kapital gegenüberstand und dass das Freische Prestigeunternehmen, die Agrarreform, als verhältnismässiger Misserfolg zu Buche geschrieben wurde. Der zweite Weg, die »Revolution in der Freiheit«, schien durch die chilenische Erfahrung empfindlich diskreditiert.

Wasser oder Tod

»Wir sind Revolutionäre, aber keine Marxisten«, so hatte Präsident Velasco die Position der peruanischen Militärjunta umrissen; die Probleme des Landes seien »peruanische Probleme«, und deshalb sei eine »peruanische Revolution« vonnöten. Peru mache, dank dem Eingreifen der Militärs, das »grandiose Erlebnis seiner Umwandlung« durch. Die Art, die eigene Position zu identifizieren und die Problemlage des Landes zu identifizieren, ist insofern bemerkenswert, als sie versucht, die Entwicklungsproblematik Perus von seiner Position in der Unterschicht des internationalen Systems von Nationen und von seiner internen sozialen Stratifizierung abzurücken und sie auf einer mehr technischen Ebene zu diskutieren: Bewältigung der Unterentwicklung als Wiederherstellen der nationalen Ehre

Domianz der Küstengebiete

Dieser APRA-Slogan, der dem »Patria o muerte« (Vaterland oder Tod) oder dem »Tierra o muerte« (Land oder Tod) gegenübersteht, verweist nicht ganz zu Unrecht auf die Rolle der Natur, auf den geographischen Rahmen, dessen Wahrnehmung für das Verständnis der peruanischen Entwicklungsproblematik und der sozialen Situation, die den Putsch der Militärs von 1968 ermöglicht hat, nicht unwichtig ist. Peru lässt sich ziemlich deutlich in drei geographische Zonen aufgliedern, in den Küstenstreifen (costa), in die Berggebiete der Anden (sierra) und in das Tiefland des Amazonasbeckens (selva); zwischen die »sierra« und die »selva« schiebt sich der schmale Streifen der östlichen Andenabdachung, die »ceja de selva« oder »montaña«.

Obwohl die Zone des Küstenstreifens nur rund 11% des Gesamtterritoriums ausmacht, beherbergt sie doch rund

Folgen der geographischen Segregation: Stadt-Land-Gefälle...

Diese ziemlich scharfe geographische Segregation (die dritte Zone, die »selva«, mit annähernd zwei Dritteln des Gesamtterritoriums aber nicht einmal 10% der Gesamtbevölkerung des Landes wird in der folgenden Diskussion nicht berücksichtigt) ist der Rahmen eines verhältnismässig abstrakten Satzes, der nicht nur im Hinblick auf Peru, sondern für praktisch alle Länder Lateinamerikas, mit Ausnahme Kubas, formuliert werden kann. Ein erstes Ungleichgewicht, durch das sich Peru charakterisieren lässt, liegt im unterschiedlichen Entwicklungsgrad zwischen den Städten (hier sind Lima-Callao und die Städte der nördlichen Küste zu nennen) auf der einen und den ländlichen Gebieten auf der anderen Seite. Die Einkommensstatistik, aufgeschlüsselt nach Departementen, weist deutlich auf das erwähnte Stadt-Land-Gefälle hin, ebenso die geographische Verteilung der getätigten Investitionen.

Währendem bis Mitte der fünfziger Jahre vor allem in die Minenwirtschaft und in die sogenannten traditionellen Sektoren (Ackerbau, Viehzucht) investiert wurde, hat sich in der Dekade der

Im nächsten »konzept«:

**Dritte-
Welt**

Chile

45% der Einwohnerzahl des Landes; die wichtigsten Agrarprodukte, meist für den Export bestimmt, wie Zucker oder Baumwolle, werden in den über 50 künstlich bewässerten Oasen der Küstenseitentäler angebaut. Rund zwei Drittel aller peruanischen Städte befinden sich im Küstengebiet; allein die Hauptstadt Lima-Callao produzierte im Jahr 1961 schon 65% der gesamten nationalen Industrieproduktion. Die sprunghafte Entwicklung der Fischereindustrie während der sechziger Jahre hat den Konzentrationsprozess gegen die Küste hin noch verstärkt, so dass heute die Städte der »costa« annähernd 100% der gesamten Industrieproduktion des Landes hervorbringen.

Sierra: Vorherrschende Landwirtschaft

Die zweite geographische Region des Landes, die »sierra«, umfasst 27% der Gesamtoberfläche des Landes und beherbergt etwa gleich viele Einwohner wie die »costa«, also rund 45%. Währendem im Küstenabschnitt eine Mehrzahl der Bevölkerung in Städten lebt und auch urbanen Berufen – in der Industrie und in Dienstleistungsbetrieben – oder Beschäftigungen in der intensiven Plantagenwirtschaft der Fluss-oasen nachgeht, ist die Beschäftigungsstruktur der »sierra« geprägt vom Vorherrschen von Ackerbau und Viehzucht. Die soziale Organisation der Landwirtschaft der »sierra« äussert sich im Prinzip in zwei Formen: erstens in der sogenannten »indianischen Komunität«, einem kollektiven Zusammenschluss von Bauern, die den zur Verfügung stehenden Boden gemeinsam bebauen und auch die daraus resultierende Produktion gemeinsam veräußern. Der Kooperationsgrad und die faktische Unabhängigkeit solcher Gemeinschaften kann aber sehr unterschiedlich sein. Zweitens existiert der Grossgrundbesitz, das Latifundium. Die für das Latifundium charakteristische Form der Abhängigkeit des Bauern vom Grundeigentümer erstreckt sich von Formen der Quasileihegesellschaft über verschiedene Stufen von Lohnarbeit oder Pachtvertrag kurz- oder mittelfristiger Natur.

sechziger Jahre das Bild zugunsten der Industrie geändert. Die massive Expansion im Industriesektor ist ebenfalls bedingt durch umfangreiche ausländische – vor allem nordamerikanische, westdeutsche und japanische – Kapitalinvestitionen. Was die Beherrschung von ausländischem Kapital anbelangt, ist der Minensektor an erster Stelle zu nennen; die Cerro de Pasco Corporation, die Southern Peruvian Corporation und die Marcona Mining Company sind beispielsweise ausschliesslich von nordamerikanischen Geldern finanziert.

Der im Hinblick auf die Gesamtwirtschaft stattfindende Relevanzverlust der ländlichen Gebiete wird ebenfalls durch die Statistik der sektoriellen Beschäftigung und der Zusammensetzung des Bruttosozialprodukts belegt. Mit diesem Relevanzverlust in Zusammenhang wären evidenterweise eine Reihe von Problemen zu diskutieren, die in Perioden eines relativ umfangreichen sozialen Wandels, wie er in Peru während der letzten fünfzehn Jahre stattgefunden hat, auftreten. Erwähnt sei hier lediglich das Phänomen der Land-Stadt-Wanderung, die Verstumung der Grossstädte und die damit einhergehende Arbeitslosigkeit vieler Teile der Neuuzwanderer. Währendem im Jahr 1955 noch rund 10% der Gesamtbevölkerung Limas (110 000 von rund 1,1 Millionen) in Slumvierteln lebten, sind es heute rund 40% (900 000 von 2,3 Millionen Einwohnern).

... und extrem ungleiche Einkommensverteilung

Das zweite Ungleichgewicht, durch das sich die peruanische Gesellschaft



Haciendarbeiter, Pampa de Anta (Dep. Cuzco).

beschreiben lässt, ist die ungleichmässige Verteilung des Einkommens. Basierend auf dem Zensus von 1961, veröffentlichte die CEPAL, die Wirtschaftskommission der Uno für Lateinamerika, eine Aufgliederung über die Verteilung der in Peru ausgeschütteten Löhne und Gehälter. Weniger als 3000 Soles jährlich, zwischen 3000 und 5000 Soles und zwischen 5000 und 10 000 Soles verdienen 65% aller Lohnbezügler; diese drei Lohnklassen sind etwa das, was in der Soziologie mit »Unterschicht« bezeichnet wird. (1961: 100 Soles = ca. 16 Fr.) der Anteil dieser Unterschicht an der Gesamtlohnsomme des Landes umfasste 18%. Auf der anderen Seite bezieht die oberste Lohnkategorie (über 100 000 Soles im Jahr) 42% der gesamten Salärsumme, umfasst aber nur 2% der Lohnbezügler. Der Rest, also die Jahreslohnkategorien zwischen 10 000 und 100 000 Soles, umfasst 34% der Salärbezügler, die 40% der Gesamtlohnsomme des Landes beziehen.

Zwei Faktoren ziehen diese Zahlen jedoch nicht in Betracht. Erstens, dass ein grosser Teil der ländlichen Unterschicht, Plantagenarbeiter, Latifundientagelöhner etwa, neben dem Bareinkommen, so klein es auch sein mag, oft noch die Möglichkeit der partiellen Selbstversorgung kennt. Und zweitens, dass die Schicht der wirklich Reichen und Begüterten des Landes ihr Einkommen sicherlich nicht auf Salärbasis, sondern auf Zinsbasis bezieht. Durch ihre Tendenz heben sich diese beiden Korrekturfaktoren gegenseitig auf, die durch die oben aufgeführten Zahlen dargestellte ungleiche Salärverteilung bleibt also evident.

Eine ähnliche Struktur zeigen auch die Eigentumsverhältnisse im Industriesektor und in der Landwirtschaft. Aufgrund der Angaben des INP (Instituto Nacional de Planificación del Perú) sind 80% der in der Industrie getätigten Investitionen ausländischer Herkunft; gemäss der gleichen Quelle besaßen im Jahr 1966 rund 3700 Betriebeinheiten mit 500 Hektaren und mehr Betriebszüssen (0,4% aller Betriebe des Landes) zusammen schon 74% des zur Bewirtschaftung angemeldeten Bodens. Das Phänomen der Ungleichheit ist auch hier offensichtlich.

Nun lassen sich aber praktisch alle lateinamerikanischen Länder als Gesellschaften beschreiben, auf die das Stadt-Land- und das Einkommensungleichgewicht tendenziell zutrifft, das revolutionäre Kuba ausgeschlossen. Die Probleme der Unterentwicklung, von der in jedem lateinamerikanischen Land viele Teile der Bevölkerung betroffen werden, wie ungenügende oder einseitige Ernährung, geringe Lebenserwartung, Arbeitslosigkeit, schlechte Wohnbedingungen etc., sind auch in Peru anzutreffen, sie sind verknüpft mit den beiden erwähnten Ungleichgewichten. Die »peruanischen Probleme« sind also nur bedingt die partikulären Probleme eines Landes.

Die Vorgeschichte des Coups

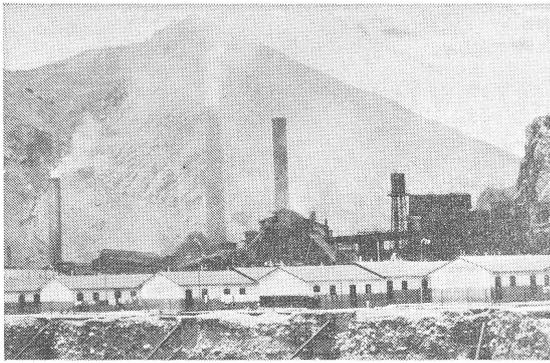
Die politische Geschichte Perus in den Zwischenkriegsjahren und in den zweieinhalb Jahrzehnten nach 1945 kann, vereinfachend gesagt, als die Konsequenz des Kräftespiels zwischen der politischen Kraft der Militärs und der APRA Haya de la Torre betrachtet werden. Und auch die unmittelbare Vorgeschichte des Coups vom Oktober 1968 ist mit einem Ereignis, an dem die APRA und ihr heute 76jähriger Chef als Hauptakteur beteiligt waren, verbunden. Im Jahr 1962 nämlich hatte Haya de la Torre mit knappem Vorsprung gegenüber dem Kandidaten der »Acción Popular«, Fernando Belaunde, mit einem relativen, aber nicht absoluten Mehr die Präsidentschaftswahlen gewonnen. Die Armeeführung liess daraufhin die APRA wissen, dass sie sich auf jeden Fall einer Amtsübernahme Hayas widersetzen werde.

Die Militärs ergriffen daraufhin selber jedoch nicht in Betracht. Erstens, dass ein grosser Teil der ländlichen Unterschicht, Plantagenarbeiter, Latifundientagelöhner etwa, neben dem Bareinkommen, so klein es auch sein mag, oft noch die Möglichkeit der partiellen Selbstversorgung kennt. Und zweitens, dass die Schicht der wirklich Reichen und Begüterten des Landes ihr Einkommen sicherlich nicht auf Salärbasis, sondern auf Zinsbasis bezieht. Durch ihre Tendenz heben sich diese beiden Korrekturfaktoren gegenseitig auf, die durch die oben aufgeführten Zahlen dargestellte ungleiche Salärverteilung bleibt also evident.

Anti-Status-quo-Bewegungen

Nicht nur die Angst vor einem möglichen APRA-Sieg bei den Wahlen von 1969 und nicht nur der Skandal um ein Vertragswerk mit der IPC, der dem Putsch vom Oktober 1968 vorangehen war und deutlich die Immobilität der Regierung Belaundes zeigt, auch die Tatsache, dass Peru im Laufe der sechziger Jahre von Anti-Status-quo-Bewegungen erschüttert worden war, liess den Streitkräften ihr Eingreifen als opportun erscheinen. Dem Trotzisten Hugo Blanco etwa gelang es, in den Jahren 1961 und 1962, bis zu seiner Festnahme, im Tal von Convencion über 150 Landarbeitersyndikate zu bilden, wobei es auch zu wiederholten spontanen Besetzungen der Tee- und Kaffeeplantagen gekommen war; der

APRA-Dissident Luis de la Puente und die KP-Absplittler unter der Führung von Hector Bejar Rivera bildeten in den Jahren 1964 und 1965 Gruppen von Landguerilleros, denen es gelang, gewisse Teile der Landbevölkerung gegen die traditionelle Agrarelite zu mobilisieren. Wohl waren diese Bewegungen, deren Ausstrahlung und Wirkung nicht ihre geographische Isolation überwinden konnten, in keinem Augenblick eine effektive Gefahr für die damalige Regierung, doch trugen sie durch ihre Existenz dazu bei, dass bei den Streitkräften ein neues Selbstverständnis entstand, das Bewusstsein, Wegbereiter der wirtschaftlichen und sozialen Modernisierung zu sein, die Einsicht, dass »nationale Entwicklung« am ehesten in der Lage wäre, revolutionären Bewegungen die operationelle Basis zu entziehen.



La Oroya: Erzverarbeitungscenter der Cerro de Pasco Corporation.

**Reformmassnahmen:
Landreform ...**

Die Frage stellt sich also, ob und inwieweit die von der Regierung Velasco ergriffenen Massnahmen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich Bruch oder Kontinuität gegenüber der Vergangenheit darstellen. Das Agrarreformgesetz vom 24. Juni 1969 und seine begonnene Anwendung haben den vorwiegend ausländischen Zuckergesellschaften Nordperus das Eigentum am Produktionsfaktor Boden entzogen und der traditionellen Agrarelite des Landes das Rückgrat gebrochen, allerdings erst in einem Zeitpunkt, als der Agrarsektor, wie gezeigt worden ist, seine absolute Dominanz für die Gesamtwirtschaft bereits verloren hatte. Durch die Entschädigungsmodalitäten – die von der Nationalisierung betroffenen Grundbesitzer werden zum Teil bar entschädigt, zum grössten Teil jedoch in Staatspapieren, die sie zu Mitinhabern von schon bestehenden oder noch zu gründenden Industrien machen – wird der Anspruch Velascos, »die Oligarchie zu bekämpfen«, fragwürdig, die »Landoligarchie« wird in eine »Industrioligarchie« umgewandelt.

Die nationalisierten Grossgrundbesitze werden in Bauernkooperativen unter staatlicher Leitung umgewandelt; den von der Agrarreform nicht betroffenen selbständigen Klein- und Mittelbesitzern wird die Bildung von Genossenschaften oder ähnlichen Zusammenschlüssen empfohlen. Dass, aber auf

den Gütern der zu solchen Föderationen zusammengeschlossenen Grundbesitzer nach wie vor Landarbeiter zu Löhnen, die je nach Gegend zwischen drei und sieben Franken liegen, beschäftigt sind, lässt den Anspruch der peruanischen Junta, mit dem Agrarreformgesetz soziale Gerechtigkeit zu schaffen, in sein Gegenteil umkehren,

... und Industriegesetze

Mit den Industriegesetzen, die die Junta zwischen 1970 und Januar 1971 dekretiert hatte, wird klar, dass die Regierung ihre Position und ihr Selbstverständnis gegenüber ausländischem Kapital neu definiert hat, wiewohl Präsident Velasco mehr als einmal den Imperialismus, vor allem den nordamerikanischen, in Pauschalklärungen als einen der Hauptverantwortlichen der peruanischen Unterentwicklung gebremst hatte.

Der Industriesektor wurde durch die neue Gesetzgebung in vier Prioritätskategorien eingeteilt, über deren erste, die »Basisindustrie«, der Staat volle Kontrolle ausübt, während die übrigen drei Sektoren sowohl inländischem wie auch ausländischem Privatkapital offenstehen. Bemerkenswert sind die Bemühungen der Militärregierung, vermehrt nicht nur nordamerikanische Investitionen für den Industriesektor heranzuziehen, sondern vor allem auch

westdeutsche und japanische Gelder, um damit der Gefahr einer einseitigen Abhängigkeit zu entgegen.

Das Gesetz der »comunidad industrial« (was sinngemäss etwa mit »Gemeinschaft der Arbeitenden« wiedergegeben werden könnte) vom September 1970 sieht vor, dass sowohl nationale – seien es staatliche oder private – wie auch ausländische Industrieunternehmen jährlich 15% des ausgewiesenen Reingewinns auf einem Fonds akkumulieren, bis dieser Fonds die Höhe von 50% des einbezahlten Aktienkapitals der Unternehmung erreicht. Mit diesen Mitteln ist nun die Belegschaft berechtigt, die Hälfte der Aktien von den bisherigen Eigentümern zu erwerben; gleichzeitig sieht die »comunidad industrial« eine den Löhnen und Gehältern proportionale Beteiligung der Arbeiter und Angestellten am Unternehmungsgewinn vor.

Es wird aber Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte dauern, bis die »comunidad industrial« in einer bestimmten Unternehmung in Kraft treten kann, und die Möglichkeiten des Managements und der übrigen »white collars« sowie der Grossaktionäre, auch mit erfolgter Inkraftsetzung den Unternehmungswillen nach wie vor selbst zu bestimmen, sind vielfältig; das Gesetz wird denn auch von der Linken in Peru in dem Sinne kritisiert, dass es die Macht nicht den Arbeitern gebe, sondern lediglich ein

bestehendes Ausbeutungsverhältnis auf eine andere Stufe stelle und dadurch widersprüchliche Klasseninteressen zu harmonisieren trachte.

Im Fischereindustriesektor und im Bergbausektor hat die staatliche Hand Zwischenunternehmen gegründet, die die Ausfuhr der von den privaten ausländischen Gesellschaften erzeugten Produktion regeln. Im Erdölsektor hat die einleitend erwähnte Nationalisierung der IPC dazu geführt, dass die staatliche Petroperu zur grössten Unternehmung dieser Branche wurde, nicht aber zur vollständigen Nationalisierung der Ölproduktion. Der Petroperu stehen zumindest sieben weitere Kompanien gegenüber, die u.a. wie etwa die Standard-Oil-of-California-Tochter »Conchan-California«, umfangreiche Bohrkonzessionen in Nordostperu erhalten haben.

**Ziel: Modernisierung der
Landwirtschaft und
Expansion der Industrie**

Werden all die Massnahmen, die die peruanische Regierung in den dreieinhalb Jahren ihrer Existenz ergriffen hat, betrachtet – neben den kurz dargestellten Sektoren wären noch die Massnahmen auf dem Gebiet des Bankwesens, des Handels und der Kommunikation zu erwähnen –, so lässt sich deutlich eine bestimmte Richtung feststellen. Nämlich dass die Militärjunta offenbar daran ist, einen Prozess, der vor rund 15 Jahren eingesetzt hat – die Ablösung der Landwirtschaft als wirtschaftlich dominierenden Sektors durch die Expansion der Industrie –, unter ihre Kontrolle zu bringen und gleichzeitig den »zurückgebliebenen« Sektor, die Landwirtschaft, zu modernisieren. Mit andern Worten: Soziale und ökonomische Transformationen und Prozesse, die bisher in »natürlicher« Art sich abgewickelt hatten, werden von einem neuen Akteur, der sich neue Machtmittel und Kompetenz verliehen hat, in einer Politik der Rationalisierung kontrolliert.

Die Kritik der Linken in Peru an der Militärjunta richtet sich denn auch gegen diese Politik der Rationalisierung und Modernisierung. Diese Politik bezwecke, so lautet die Argumentation, nicht die fundamentale Umwandlung der peruanischen Gesellschaft, einen Ausgleich zwischen Land und Stadt, zwischen Armen und Reichen, zwi-

schen den verschiedenen sozialen Klassen, sondern nur eine effizienter gestaltete Organisation der bereits bestehenden Struktur. Weder Perus abhängige Stellung, würde dabei angetastet, noch würde seine interne Klassenstruktur bestritten.

Der mit dem Erlass des Agrarreformgesetzes und dem Gesetz der »comunidad industrial« verbundene Effekt der Mobilisierung der peruanischen Unterschicht könnte sich aber auch gegen die Militärjunta richten. Möglicherweise wird der Lebensstandard dieser Volksschichten in den nächsten Jahren und Jahrzehnten tatsächlich angehoben werden; nicht erfüllt sein wird, und dies lässt sich schon jetzt definitiv aussagen, das Postulat der sozialen Gerechtigkeit. Die Nichterfüllung dieser Aspiration aber könnte ein politisches Potential schaffen, das nicht für, sondern gegen die Militärs mobilisiert werden kann. Abgesehen von diesen Zukunftsspekulationen, besteht schon heute kein Zweifel über die Wichtigkeit der peruanischen Erfahrung im Sinne eines Modells der Redefinition, die sich eine abhängige und unterentwickelte kapitalistische Struktur gibt, um ihre Ueberlebenschance zu erhöhen.

Max Seelhofer

Nachtrag:

Die im Text angeführten Zahlen sind in ihrer Mehrzahl folgenden Darstellungen entnommen:

Anbal Quijano Obregón, Tendencies in Peruvian Development and Class Structure. (Aus: James Petras, Maurice Zeitlin, Latin America, Reform or Revolution? New York, 1968.)

Julio Cotler, The Mechanics of Internal Domination and Social Change in Peru. (Aus: I.L. Horowitz, Masses in Latin America, New York 1970.)

Emilio Romero, Geografía Económica del Peru, Lima 1966.

Im nächsten »konzept«:

REPORT

Gespräch mit Bundesanwalt Walder

Neue Zürcher Zeitung

für Leute,
die mitreden
wollen

Sie sind Student und haben die Chance, später einmal in Führungspositionen zu kommen.

Sie werfen Ihren kritischen Blick auf die Welt, in der Sie leben, und bereiten sich darauf vor, von solchen Positionen aus die Zukunft mitzugestalten.

Dazu braucht es nicht nur Charakter und Fachkenntnisse, sondern auch Information über die Ereignisse und Probleme des Tages.

Die »NZZ« gilt – nach dem Urteil maßgebender ausländischer Kenner – als eine der besten Tageszeitungen überhaupt. Sie bietet – so wird gesagt – mit einer Fülle an Stoff ein Optimum an Sachlichkeit.

Was nicht heißt, daß wir keine eigene Meinung haben. Doch sind wir gerade darin liberal, daß wir der Meinung der anderen auch Raum geben.

Sie werden sicherer mitreden und mitbestimmen können, wenn Sie sich ein verbilligtes Studentenabonnement auf die »NZZ« schenken lassen oder aus Selbstverdienstem leisten. Sie erhalten zu relativ bescheidenem Preis ein Wissen ins Haus geliefert, das Bücherbände füllen könnte.

Wir geben Ihnen gerne die Möglichkeit, unser Blatt über längere Dauer kennenzulernen:

mit einer Gratislieferung während 3 Wochen oder mit einem um 30% verbilligten Studentenabonnement:
für 3 Monate Fr. 15.40 (statt Fr. 22.—)
für 6 Monate Fr. 29.40 (statt Fr. 42.—)
für 1 Jahr Fr. 56.— (statt Fr. 80.—)

Werbeabteilung
Neue Zürcher Zeitung
Hauptpostfach, 8021 Zürich

Hier abtrennen

Coupon

Ich bitte Sie um unverbindliche Gratislieferung der »Neuen Zürcher Zeitung« während 3 Wochen

Ich bestelle ein Studentenabonnement auf die »NZZ«

für 3 Monate zu Fr. 15.40
für 6 Monate zu Fr. 29.40
für 1 Jahr zu Fr. 56.—

Nichtgewünschtes bitte streichen

Name und Vorname: _____

Adresse: _____

Postleitzahl/Ort: _____

Hochschule: _____

Semester: _____

Coupon bitte einsenden an die Werbeabteilung der Neuen Zürcher Zeitung, Hauptpostfach, 8021 Zürich

Z.St.

Numerus clausus in der Psychologie und andere Geschichten zur bernischen Hochschulpolitik

Erstmals wurde dieses Semester in Bern der offene Numerus clausus über das Psychologiestudium verlängert. 39 von 101 angemeldeten Bewerbern erhielten Mitte Oktober (!) ein Schreiben, in dem zu lesen stand, Bern könne sie nicht mehr aufnehmen (die Auswahl war nach regionalen Kriterien getroffen worden). Nach monatelangem Tauziehen zwischen Regierung und Institutsleitung, begleitet von einer grossangelegten Kampagne der Psychologiestudenten im letzten Wintersemester (Parole: »Kein Geld für Psychologen«), ist es nun dieses Semester zur offenen Beschränkung der Neuaufnahmen auf 50 Einheiten (eine Einheit =

1 Hauptfach- bzw. 2 Nebenfachstudenten) gekommen. Die Regierung begründete diese Massnahme mit finanziellen Schwierigkeiten des Kantons, die ein weiteres sprunghaftes Aufblähen des »Modelfaches Psychologie« nicht zuliesse. Obschon inzwischen für beinahe alle der Abgewiesenen eine einigermassen »tragbare« Lösung gefunden werden konnte, entlarven sich angesichts des Numerus clausus Postulate wie das »soziale Grundrecht auf Bildung«, zu dem sich die eidgenössischen Räte ebenso mühsam wie knapp durchgerungen haben als zynische Farce.

W. Brugger

Dieser Eindruck verstärkt sich noch, wenn höhere Universitätsbeamte öffentlich verlauten lassen, der Numerus clausus werde in den nächsten 5-10 Jahren »noch für viele Studienrichtungen nicht zu umgehen« sein (Universitätssekretär Thomann anlässlich eines von der Psychologenfachschaft organisierten Diskussionsabends am 16. Nov. 72). Die im Universitätsgesetz verankerte »Lernfreiheit« existiert also offenbar nur als schönes Paraphrasenwerk weitab von aller Wirklichkeit.

Stipendienkürzungen

Der Charakter der bernischen Stipendienpolitik sollte sich nach unseren ständigen Informationen wohl langsam herumgesprochen haben: vermehrter gesellschaftlicher Nachfrage nach Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten begegnet die Regierung - wieder unter Verweis auf die prekäre Finanzlage des Kantons - mit Kürzungen der Stipendien und Ausbildungsbeiträge. Hier seien bloss noch einmal kurz die wichtigsten Punkte der neuen Stipendienverordnung vom vergangenen Juli aufgeführt: **1. Bildungsweg:** Der den Freibetrag des elterlichen Vermögens übersteigende Teil wird neu mit -8 Punkten/10 000 Fr. bewertet (bisher -2 P.). Elterliche Einkommen werden mit +3 P./1000 Fr. unter dem nichtbewerteten Einkommen von 25 000 Fr., maximal aber mit +30 P. taxiert (grobe Ungerechtigkeit gegen unterste Einkommensklassen unter 15 000 Fr.). Zudem wurde die Punkteskala zur Stipendienberechnung geringfügig verändert: Die Maximalpunktzahl für ein Vollstipendium (6000 Fr. im Jahr, wie bisher) wurde von 46 auf 48 Punkte erhöht; 1 Punkt entspricht nun 125 Fr. (bisher 130 Fr.). Da nach der Neuregelung

höchstens gleich viele oder weniger Punkte zu erreichen sind, bedeutet diese unscheinbare Skalaänderung für jeden Bezüger je nach Höhe des Stipendiums einen Abzug zwischen 20 Fr. und 250 Fr.

2. Bildungsweg: Durch Wiedereinbezug der elterlichen Verhältnisse bei der Beurteilung der Stipendienanwärter und mit Einführung des Kriteriums der 25-Jahr-Altersgrenze konnte der Bezügerkreis um zirka 50% eingeschränkt werden. Die Elternunabhängigkeit wurde im Bereich der Zweitausbildungen wieder zu Grabe getragen.

3. Zusätzlich wurde der Bezügerkreis der Ausländerstipendiaten mit unhaltbaren Begründungen (fremdenpolitische Weisungen usw.) stark verkleinert. So erhielten z.B. 16 ausländische Kommilitonen kurz vor Semesterbeginn die kurze Mitteilung, ihr Stipendium könne nicht mehr weiter ausbezahlt werden - dies, obwohl sich die betreffenden Leute senerzeit vertraglich verpflichtet hatten, nach dem Studium mindestens 5 Jahre in der Schweiz zu arbeiten. Die ED teilte ihnen nun plötzlich mit, sie könnten mit keiner Arbeitsbewilligung rechnen und wären folglich nicht in der Lage, ihren Vertrag einzuhalten; deshalb sähe man sich gezwungen, ihnen die Stipendien zu streichen. - Dies nur eine kleine Kostprobe der formaljuristischen Akrobatik, deren sich die Behörden bisweilen zwecks Durchsetzung ihrer Interessen bedienen...

Die Auswirkungen dieser fragwürdigen Neuerungen sind z.T. beträchtlich. Mehreren Studenten wurden nach der neuen Berechnung die Stipendien um mehrere tausend Franken pro Jahr gekürzt. Krasserer Fall: ein Student erhielt bisher 6000 Fr. pro Jahr (Maxi-

malstipendium) - nach der neuen Berechnung kommt er auf 0.00 Fr.!

Neues Zulassungsreglement

Weitere charakteristische Beispiele für die aktuelle bernische Bildungspolitik wären etwa das letztes Semester verabschiedete neue Zulassungsreglement, das laut ED »die rechtlichen Grundlagen für die Verfügung von Zulassungsbeschränkungen an unserer Universität enthält, oder auch der Verlauf der Diskussion um das neue Universitätsgesetz (vergleiche »Berner Student Nr. 1, WS 72/73«).

Widersprüche noch und noch

Ohne besonderen Scharfblick springen einem etwa die folgenden offensichtlichen Gegensätze ins Auge:

- Der Gegensatz zwischen derartigen Massnahmen des Kantons einerseits und gewissen sozialen Grundprinzipien wie Recht auf Bildung andererseits, die heute bereits auf eidgenössischer Ebene Fuss zu fassen beginnen.
- Der Gegensatz zwischen dem gesamtgesellschaftlich steigenden Bedarf an Hochschulabsolventen (auch und gerade an Psychologen!) einerseits und der Erschwerung der Zulassungs- und Studienbedingungen - siehe oben - andererseits.
- Für Bern: Der Gegensatz zwischen den Thesen der NUGAPEK (freier Zugang zur Uni, LM-Studienfinanzierung, interdisziplinäre Lehre und Forschung usw.) einerseits und der realen Entwicklung an unserer Uni (NC, Stipendienkürzungen, Zulassungsschwerungen usw.) andererseits.
- Generell: Der Gegensatz zwischen privatem Wohlstand (Schlagwort: Kon-

sumgesellschaft) einerseits und öffentlicher Armut (kein Geld für öffentlich-soziale Aufgaben wie Bildung, Umweltschutz, öffentlicher Verkehr usw.) andererseits.

Erklärungsversuch: Zwischen Rücksritt und Technokratie

Ich kann hier keine Analyse geben, sondern nur einige Anhaltspunkte zum Verständnis der Situation unserer Berner Alma mater und der zugehörigen Bildungspolitik.

Ausgangspunkt meiner Betrachtung ist die Feststellung, dass mehrere verschiedene, z.T. widersprüchliche gesellschaftliche Kräfte und Interessen auf die Hochschule einwirken. Das ist nicht anders möglich in einer Gesellschaft, die in sich zutiefst widersprüchlich und irrational ist. Grob gesehen, scheint mir, sind vor allem zwei **Haupttendenzen** feststellbar und für unsere Problematik wichtig:

1) Eine kurzfristig-reaktionäre, welche die heute auftretenden Schwierigkeiten lieber mit einem Schritt zurück als mit einem Schritt vorwärts - und sei es auch ein technokratischer - lösen möchte. Diese Tendenz trägt den Stempel völliger Willkür, sie baut auf keinem längerfristigen Konzept für die Entwicklung der Hochschule auf. Ihre Argumentation erschöpft sich in der Aufzählung von offenbar gottgegebenen sogenannten »Sachzwängen«, de-

Was ist in dieser Situation zu tun?

Was ist nun für uns - wenn meine Einschätzung mindestens in den Grundzügen richtig ist - in dieser Situation zu tun? Grundsätzlich bin ich der Ansicht, dass wir sowohl den reaktionären Notbremsemassnahmen - diesen sowieso! - als auch etwaigen zu erwartenden Managementreformen eine Alternative entgegenstellen müssen, weil beide Tendenzen fundamentalen studentischen Interessen zuwiderlaufen: Weder die Rückkehr zur alten feudalen Ordinariatsuniversität noch der Schritt zur durchtechnokratisierten und -kapitalisierten Fachidiotenfabrik entsprechen den erklärten emanzipatorischen Forderungen der Studenten- und Arbeiterbewegung. Weder wollen wir uns den Willkürkuren reaktionärer Regierungsbosse noch den entfremdeten Zwängen durchrationalisierter Untertanenproduktion ausliefern. Sowohl die »harte« Schule kleinbürgerlicher Prägung als auch die modern verschulte Arbeitskraft - Qualifizierung - widerspricht den Interessen der grossen Masse der Studierenden und der grossen Masse der Ausbildungswilligen überhaupt.

Von den kurzfristigen . . .

Wir können deshalb nicht isoliert nur den NC am psychologischen Institut bekämpfen. Wir müssen unsere Inter-

PERSPEKTIVEN

nen sich die Uni zu fügen hat. Die Mittel zur politischen Durchsetzung sind kurzzeitige »Notbremsen« (Beispiel: NC Psychologie) und unbeholfen-radikale Rosskuren (Beispiel: Stipendienkürzungen).

Ich glaube, diese erste Tendenz ist in Bern ziemlich stark, stärker jedenfalls als etwa in Zürich oder Basel (man vergleiche in diesem Zusammenhang auch etwa die unterschiedlichen Linien der entsprechenden regionalen SP-Fraktionen).

2) Für die zweite Haupttendenz würde ich die Stichworte »Management« und »Technokratie« anführen. Diese Tendenz denkt längerfristig und in dem Sinne fortschrittlich, als sie überalterte Strukturen der feudalen Ordinariatsuniversität durch »angemessene«, »moderne« Organisationsformen eines modern-technokratischen Managements, verbunden mit einem relativ »weichen« Führungsstil in den unteren Kompetenzstufen, ersetzen will. Diese Tendenz zieht für ihre Argumentation statistische Trendanalysen, Bedarfs- und Kapazitätsprognosen usw. heran und entwirft daraus organisatorische Modelle für die »moderne Hochschule«. Im politischen Kampf bedient sie sich weit subtilerer Mittel als die erste Tendenz: Statt offener NC vermehrte Berufsberatung und Leistungskontrolle, statt offene Stipendienkürzung längerfristige Modelle zur Studienfinanzierung mit integrierender Wirkung usw.

Beispiele für Bern sind etwa das neue Zulassungsreglement, das Prüfungsreglement an der Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Abteilung oder gewisse Reformen der Studiengänge, zum Beispiel bei den Medizinern. Gesamthaft gesehen, scheint mir diese zweite Tendenz in Bern noch relativ schwach zu sein, so schwach, dass sie häufig sogar noch als Opposition in Erscheinung tritt.

Beide Tendenzen haben ihre Entsprechung in den vorherrschenden gesellschaftlich-wirtschaftlichen Kräften ausserhalb der Universität. Sie spiegeln die widerspruchsvolle Umstrukturierung der Schweizer und Berner Wirtschaft bzw. den damit zusammenhängenden Kampf zwischen dem langsam ertrinkenden Kleingewerbe und Kleinunternehmertum einerseits (entspricht der ersten Tendenz) und den erstarkenden marktmächtigen Monopolen andererseits (entspricht der zweiten Tendenz). Vom Ausgang dieses Kampfes zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen wird wesentlich abhängen, welche Tendenz an der Hochschule sich politisch durchzusetzen vermag.

Zusammenfassend würde ich also sagen, dass wir es beim Numerus clausus Psychologie mit einer kurzzeitig-reaktionären Massnahme vom Typ der ersten geschilderten Tendenz zu tun haben. Die wahrhaft technokratische Offensive steht uns m.E. noch bevor. Sie wird viel raffinierter, weniger willkürlich-plump - und zumindest scheinbar argumentierender! - vorgehen als die Berner Regierung im Fall des Numerus clausus am Psychologischen Institut.

sen gemeinsam und organisiert in allen Bereichen in- und ausserhalb der Hochschule formulieren und durchsetzen. Unsere kurzfristigen Forderungen:

- 1) Sofortige Zulassung der abgewiesenen Bewerber für ein Psychologiestudium (inzwischen zum grossen Teil erfüllt).
 - 2) Sofortige Aufhebung des NC am Psychologischen Institut
- müssen sich deshalb notwendig ausweiten und zu einem umfassenden gesamtuniversitären Programm vereinen, das - in Ansätzen - zumindest die folgenden Punkte enthalten muss:

. . . zu den langfristigen Forderungen

- Für eine elternunabhängige Studienfinanzierung für alle Bevölkerungsschichten.
- Für Demokratie, Transparenz und öffentliche Kontrolle in allen universitären Gremien.
- Gegen jegliche soziale Selektionsmechanismen wie NC, selektive Zwischenprüfungen, verschärfte Zulassungsbedingungen usw.
- Gegen Verschulung und Technokratisierung der Studiengänge, für Projektstudien, Tutorienwesen und interdisziplinäre Anlässe.
- Gegen einseitiges Lehrangebot, für alternative Wissenschaftsauffassungen (dazu würde hier und da auch ein Marxist gehören).
- Für Öffentlichkeit und wirkliche studentische Mitbestimmung bei allen Entscheidungen, auch in Berufsfragen.

Kurz: Für eine Universität im Dienste und unter der Kontrolle der werktätigen Bevölkerung und nicht nur im Dienste der privaten Profitinteressen einer herrschenden Minderheit!

Solche Forderungen können wir, wenn wir sie wirklich ernst meinen, nicht mittels Briefprotesten und Communiqué-Kriegen durchsetzen, weil sie - wie ich zu zeigen versuchte - gesellschaftlich vorherrschenden Kräften und Interessen zum Teil diametral entgegenstehen. Diese Kräfte werden erst nachgeben, wenn wir sie dazu zwingen, das heisst, wenn wir entschlossen und solidarisch unseren Willen kundtun. Wir müssen zeigen, dass wir auf diese Weise nicht weiterhin mitzumachen bereit sind. Dazu gilt es entsprechende eigene Kampfformen und Druckmittel zu entwickeln. Sicher müssen wir unseren Kampf ausweiten und die Zusammenhänge zwischen allen Bereichen inner- und ausserhalb der Hochschule aufzuzeigen versuchen.

Eine Universität ohne Studenten gibt es nicht - es liegt an uns zu entscheiden, wie sie aussehen und in wessen Dienst sie stehen soll.

Hansjörg Brügger
Präsident der Studentenschaft der Universität Bern

»konzept«-Umfrage:

Braucht die Schweiz (noch) eine Armee?

Die Fronten lockern sich auf: auf der einen Seite versucht man die Armee »technisch-sachgerecht« zu modernisieren und lässt dabei diesen und jenen »alten Zopf« fallen; auf der andern Seite steht das Postulat nach einer umfassenden soziopolitischen Verteidigung (und damit auch der Armee) dem Postulat auf Ab-

schaffung der Armee gegenüber. Gerade die »armee- und sicherheitspolitischen« Konzeptionen dieser zu letzt erwähnten Gruppen möchten wir mittels einer kleinen Umfrage eruieren. Viele Personen haben wir angefragt - wenige wollten sich zu diesem »heissen« Thema äussern.

Kurt Marti, Pfarrer und Schriftsteller

Die Schweiz braucht eine Armee. Weshalb sollte ausgerechnet ein Kleinstaat mit der Abrüstung vorgehen? Solange die grossen und kleinen Staaten Armeen haben, steht ein gewisses Misstrauen dem Kleinstaat wohl an. Vietnam ist ein Beispiel, das zur Wachsamkeit mahnt. Der Vietnam und Nordvietnam demonstrieren, dass ein Defensivkampf selbst gegen eine technologisch weit überlegene Supermacht mit totaler Luftherrschaft keineswegs aussichtslos sein muss und dass einer Erpressung mit Effektivität widerstanden werden kann.

Doch was für eine Armee? Eine Armee, die nicht »ein Instrument weniger« (Bundesrat Celio), sondern eine Volksarmee ist und nicht einen einseitigen politischen Rechtsstreifen in ihrer Führung aufkommen lässt; die deshalb auch keinen Militarismus als Ideologie erzeugt, vielmehr als Dienstleistungsbetrieb für den Katastrophenfall - wie die Feuerwehr für den Brandfall - kon-

zipiert ist. Ihre Einsatzdoktrin darf nicht eine Minikopie ausländischer Grossarmeen sein, sondern muss haargenau unseren Verhältnissen und Möglichkeiten angepasst werden. Nur das wird effizient sein können. Ich denke nicht an eine Partisanenarmee zum vornherein, aber immerhin an eine Armee, die sich in eine Partisanenarmee verwandeln kann und daraufhin vorbereitet wird. Das setzt allerdings voraus, dass der einzelne Soldat die Überzeugung hat, dass er wirklich sein Land verteidigt - und nicht ein Land, das Immobilienfirmen gehört, und eine Industrie, in der er weder Mitbestimmender noch Miteigentümer ist. Die militärische Verteidigung setzt den Willen zur Verteidigung der sozialen Institutionen voraus. Soll dieser Wille erhalten bleiben, so muss dem derzeitigen Feudalisierungsprozess (Konzentration des Besitzes an den Produktionsmitteln in immer weniger Händen) rechtzeitig und dezidiert Einhalt geboten werden.

Helmut Hubacher, SP-Nationalrat

Die allgemeine Weltlage lässt vorläufig noch keinen Verzicht auf die Armee zu. Finanziell kann sich die Schweiz die dafür nötige Prämie leisten. Moralisch ist unsere Defensivarmee zu verantworten - die Schweiz wird nieman-

den, nicht einmal Liechtenstein, angreifen. Nötig sind neue Prioritäten. Das (zu) häufige Gerede vom Bekenntnis zur Landesverteidigung gehört ersetzt vom Bekenntnis zur Schweiz. Ich bekenne

nich zu diesem Staat - nicht zur Armee. Und wenn die Schweiz als Folge ihres Sicherheitsbedürfnisses eine Armee benötigt, kostet diese einen gewissen Preis. Abzulehnen ist eine Armee als Staat im Staate. Abzulehnen ist eine Armee für den inneren Einsatz, abzulehnen ist die militärische Sondergerichtsbarkeit, abzulehnen ist die Gleichstellung von Dienstverweigerern mit Kriminellen. Und schliesslich kann es nicht Aufgabe der Armeeführung sein, sogenannt geistige Landesverteidigung zu betreiben, effektiv aber unser Volk zu spalten. Das rechtsunversive Zivilverteidigungsbuch kann als Exempel für diese völlig verfehlte Verkettung eines Teils unseres Volkes gelten. Die vorrästigen 300 000 Exemplare gehören eingestampft.

Eine absolute Sicherheit gibt es nicht - nicht einmal für den Gross-, schon gar nicht für den Kleinstaat. Warum denn noch eine Armee? Die Gesellschafts- und Sozialpolitik, die Konfliktforschung, die Katastrophenhilfe in Friedenszeiten, die Entwicklungshilfe, die Aktivierung der Aussenpolitik, die Armee u.a.m. gehören zum Konzept der friedensstrategischen Sicherheitspolitik der Schweiz. Die Armee, um nur darauf näher einzugehen, ist waffentechnisch auf die kleinstaatliche Selbstbeschränkung, operativ auf Verteidigung nach dem Motto »Sie muss kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen, strategisch auf Friedens- und Sicherheitspolitik auszurichten.

Auszug aus dem neuen Aktionsprogramm des VSS

»Ansatzpunkt sind die Tagesinteressen«

Wir gehen von der Einschätzung aus, dass dem VSS die Legitimationsbasis bei denen, die ihn materiell tragen, d. h. die Studierenden einiger Hochschulen (und nicht die Studentenschaften), weitgehend fehlt. Von den Studierenden der nicht im VSS vertretenen Hochschulen kann das analog vermutet werden. Dies hängt

einerseits damit zusammen, dass der VSS, nachdem er aufgehört hatte, studentische Vergünstigungspolitik und ständische Interessenpolitik zu betreiben, funktionslos geworden war. Er entsprach nicht mehr dem Bedürfnis der meisten inzwischen politisierten Studentenschaftsvorstände,

immer, in nächster Zukunft eine Funktion. Der lokale Rahmen der politischen Aktivität wird zusehens von der nationalen Ebene her determiniert. Die »Hochschule Schweiz« schafft in den Studentenschaften das Bedürfnis nach einem nationalen Dachverband, der organisatorisch eine Informationsbeschaffung der nationalen Entwicklung im Hochschulsektor und Koordinationsfunktion für Aktivitäten mit gesamt-schweizerischem Horizont erfüllt.

Das Gwatter-Seminar

Eine gewisse Bedeutung für den Verband hat das im Januar 1972 stattgefundene Gwatter-Seminar. Dort konnte man sich nach dem desolaten Zustand der vorausgegangenen Semester in einigen zentralen Fragen einigen.

Im Arbeitsgruppenpapier Bildungspolitik wurde gemeinsam festgehalten: »Die massgebenden Kreise in der schweizerischen Bildungspolitik zeigen immer mehr zentralisierte Tendenzen. Falls die einzelnen Studentenschaften nicht völlig isoliert die technokratische Offensive hinnehmen wollen, brauchen sie einen starken Dachverband, der sich auf ein politisches Minimalprogramm einigen kann.«

Es wurden auch einige Klarheiten betreffs Arbeitsweise des Verbandes geschaffen, die allerdings im vergangenen Semester nicht unbedingt durchgehalten werden konnten.

Es wurde dazu gesagt: Der Delegiertenrat kann beim aktuellen Zustand des Verbandes nicht der Ort sein, wo die Delegierten sich vor allem über theoretische Aspekte der Bildungspolitik streiten. Die Diskussion um die an-

sich notwendige Analyse über die Entwicklung des schweizerischen Kapitalismus und deren Auswirkung auf die schweizerische Bildungspolitik haben gezeigt, dass eine solche Arbeit vom VSS nicht geleistet werden kann, wenn wir nicht in Kauf nehmen wollen, dass der VSS als Verband dabei beschlussunfähig wird. Heute besteht die einzige Möglichkeit darin, dass die Strategien der einzelnen Studentenschaften im politischen Rahmen des VSS zu einem Kompromiss gebracht werden.

Das Aktionsprogramm als Rahmen

Das Aktionsprogramm ist ein Ausdruck des politischen Rahmens, innerhalb dessen sich die einzelnen Fraktionen und Studentenschaften im DR finden. Mit dem Aktionsprogramm mandatiert und kontrolliert der DR die Exekutive während mindestens eines Semesters.

Bei der jetzigen Lage des Verbandes, in der die Intentionen der einzelnen Gruppierungen und Studentenschaften z. T. immer noch kontrovers sind, ist eine deutliche Mehrheit von linksgerichteten und liberalen Kräften feststellbar.

Es ist damit gewährleistet, dass keine Richtung oder Studentenschaft den VSS für ihre politischen Ziele instrumentalisieren kann, sei es im Sinne einer konservativen ständischen Interessen- oder Vergünstigungspolitik, sei es im Sinne eines politischen Kampfform- und Propagandainstrumentes (dies wird durch die Pluralität der Linken verhindert).

Ebenso ist gewährleistet, dass der

Verband nicht länger als bildungspolitisches Spezialgremium verstanden werden kann, das periodisch vor dem Problem steht, die sogenannte Basis nicht für seine Anliegen gewinnen und mobilisieren zu können.

Richtlinien

Die Erkenntnisse aus dem Situationsbericht müssen dazu führen, die Aktivitäten des Verbandes unter ein einigermaßen umschriebenes Ziel zu stellen. Die Zielsetzung beruht auf einem optimalen Konsens der im Verband vertretenen Gruppierungen.

Wo rigider Numerus clausus herrscht, wo die Studienbedingungen ans »Lebige« gehen, wo nationale Bildungspolitik die soziale und politische Lage der Studierenden unmittelbar bestimmt, erfüllt ein nationaler Dachverband einsichtige Funktionen. Dann können im breiten Rahmen, abgesichert durch eine grosse Zahl der Studierenden, Interessen vertreten und wiederum mobilisiert werden (siehe etwa die Kampagne des Verbandes deutscher Studentenschaften gegen das Hochschulrahmengesetz der BRD).

Wir gehen davon aus, dass auch der VSS in Zukunft entsprechend der bildungspolitischen Entwicklung eine solche Interessenpolitik betreiben kann und muss. Mit Interessenvertretung auf Verbandsebene ist gemeint:

Das Aktionsprogramm setzt bei den politischen und sozialen »Tages-Interessen der Studierenden ein und vermittelt diese mit der objektiven Lage der Studierenden in der Studienorganisation und in der Gesellschaft. Diese wie-



derum ist bestimmt durch die objektive Zukunftssituation der zunehmenden Zahl der Studierenden als zukünftigen Lohnabhängigen, d. h. im wachsenden Masse den kapitalistischen Interessen Untergeordneten.

Diese sozialpolitische Funktion muss der Verband erfüllen, soll sein Dasein überhaupt noch objektive Berechtigung behalten. Daraus resultieren aber einige Konsequenzen für die Gewichtung der Arbeit nach aussen, aber auch Konsequenzen auf die Arbeitsweise des Verbandes.

»Bildungspolitik« wird demnach ein integrierter Bestandteil der sozialpolitischen Funktion des VSS sein. So hat z. B. unsere Beteiligung an der Diskussion um das Hochschulrahmengesetz nur dann eine Perspektive, wenn es uns gelingt, uns über die soziale und politische Relevanz des neuen HFG für die Studierenden ein Bild zu machen, aufgrund dessen erst eine Information der Basis gewährleistet ist, die nicht im Belanglosen verläuft, und aufgrund dessen der Entscheid gefällt werden kann, inwiefern eine breite Aktivität nach aussen überhaupt möglich ist. Vorstand VSS

1972: Wehrpolitische Wende?

1. »Die Zukunft der Schweiz hängt nicht von ihrer Armee ab.«

Dieser Satz ist gar nicht neu. Die Landesverteidigungskonzeption von 1966 ist davon ausgegangen, dass nicht die Armee allein, sondern das gesamte Volk zur Sicherheit und damit zur Zukunft unseres Landes beitragen muss. Allerdings muss deutlich festgehalten werden, dass die Armee das in einer möglich bleibenden ersten Krise in Europa nach wie vor wesentlichste Mittel zur Bewahrung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Schweiz ist.

2. »Die Armee wird immer mehr Gegenstand der politischen Auseinandersetzung.«

Die Armee war immer ein Gegenstand der politischen Diskussion in der Schweiz. Sie musste es sein, weil sie auf den Bürgern dieses Staates aufgebaut ist. Woran nicht gedeutet werden darf und woran seitens der Armee nie auch nur der kleinste Zweifel laut geworden ist, ist die Tatsache, dass die Armee keine andere Aufgabe hat, als die Sicherheit unseres Landes zu gewährleisten. Dass immer mehr Leute sich ernsthaft Gedanken über die Art und Weise machen, wie diese Aufgabe optimal gelöst werden kann, ist begrüssenswert.

3. »Innerhalb der Truppe sind kritische Soldaten mit »offensiv« und Aktionen zur Offensive übergegangen.«

Wie oben schon angedeutet, ist Kritik notwendig und erfreulich, sofern sie in sachlicher Weise darauf abzielt, die bestehende Institution »Armee« zu verbessern und effektiver zu machen. Was hingegen bekämpft werden muss, ist die systematische Agitation gegen die Armee durch Organe wie »offensiv« oder »focus«. Hier von Kritik zu sprechen ist ungläubig, weil es die erklärte Absicht dieser Kreise ist, die Armee in den Dreck zu ziehen. Besonders augenscheinlich wird dies, wenn der Armee, wie im »Bieler Manifest«, vorgeworfen wird, »sie sichere heute nicht den Frieden, sondern die bestehende Friedlosigkeit«. Tatsache ist, dass die Armee seit 1848 mitgeholfen hat, unsere Unabhängigkeit nach aussen und unsere Rechte nach innen zu bewahren. Zweifellos fühlen sich auf gewaltsamen Umsturz tendierende Gruppen durch die mögliche Präsenz der Armee irritiert.

4. »Heute verunsichern selbst Etablierte die eidgenössische Militärszene.«

Der Verfasser hat recht, wenn er darauf hinweist, dass die politische Führung unseres Landes in diesem Jahr alles andere als eine glückliche Hand bei den wehrpolitischen Entscheidungen hatte. Bei dem Verzicht des Bundesrates auf die geplante Flugzeugbeschaffung im jetzigen Zeitpunkt hat weniger der Entscheid an sich als die abgegebenen Begründungen Beunruhigung hervorgerufen. Weder der Hinweis auf die prekäre Finanzlage noch die später zurückgezogene Ankündigung einer Überprüfung der Landesverteidigungskonzeption sind stichhal-

tig. Schweden, seit über 40 Jahren von Sozialdemokraten regiert, erbringt doppelt soviel seines Bruttosozialproduktes für die Landesverteidigung. Dass die Einsatzdoktrin der Flugwaffe neu for-



muliert werden muss, dürfte der speziellen Aufgabenstellung innerhalb der militärischen Landesverteidigung entsprechen. Die Landesverteidigungskonzeption als Ganzes ist angesichts der weiterhin feststellbaren militärischen Aufrüstung in Europa – in Nord- und Mitteleuropa stehen 24 Nato- und 67 Warschaupaktdivisionen – auf absehbare Zeit hinaus richtig. Die Schweiz darf ihre Politik ja nicht auf die vielleicht vermutete Absicht eines potentiellen Gegners stützen, sondern muss sich nach dessen realen Möglichkeiten richten.

5. »Eine dritte Gruppe, für die Celio und die SPS als Beispiel stehen, bildet sich neu: Sie will die Armee der Politik des Gesamtsystems unterordnen. Das ist das Gegenteil der »Gesamtverteidigung...« (Diese) will die Schweiz am Tag X mit Waffen verteidigen.«

Das Konzept der »Gesamtverteidigung« will in der Tat die Schweiz am Tag X verteidigen. Das ist aber nicht ihr primäres Ziel. Dieses ist vielmehr darauf ausgerichtet, es gar nicht zu einem Krieg kommen zu lassen. Diese Strategie des »hohen Eintrittspreises« soll den potentiellen Gegner davon überzeugen, dass der Aufwand im Verhältnis zum möglichen Erfolg viel zu gross ist. Dazu braucht es unter anderem eine modern ausgerüstete, gut ausgebildete Armee. Zweifellos ist die Ansicht der SPS richtig, dass man sich nicht allein darauf verlassen soll. Aber dies hat der Bundesrat schon am 30. Oktober 1968 festgestellt: »Die Aussenpolitik als einer der wesentlichsten Pfeiler unserer Landesverteidigung umfasst alle Bestrebungen zur friedlichen Durchsetzung unserer staatlichen Ziele.« (Botschaft zum Bundesgesetz über die Leitorganisation und den Kat für Gesamtverteidigung, S. 8.) Aber es wäre ebenso falsch, sich nur auf die Aussenpolitik verlassen zu wollen. Zweifellos wirkt ein solches Programm populärer, weil es weniger kostet, aber es vermag den wirksamen Schutz in Form der Armee nicht zu ersetzen. Zudem sei die Frage erlaubt, so jedenfalls muss aus der Formulierung des Verfassers geschlossen werden, ob denn die Celio-SPS-Gruppe die Schweiz am Tag X gar nicht mehr verteidigen will, da sie ja offenbar das »Gegenteil der Gesamtverteidigung« anstrebt.

6. »Die Befürworter der militärischen Landesverteidigung werden sich in den nächsten Jahren immer häufiger der Forderung nach Abschaffung oder Umwandlung der Armee (zum Beispiel in

Fortsetzung Seite 15

SANDOZ — ein in aller Welt bekannter Chemie-Konzern mit Stammhaus in der Chemie-Metropole Basel. Farbstoffe, Chemikalien, Pharmazeutika, Agrochemikalien und Diätetika sind seine hauptsächlichsten Produktionsgebiete.

SANDOZ

SANDOZ beschäftigt 32 000 Personen. Davon arbeiten 9000 im Hauptsitz Basel.

Auf 3030 Millionen Schweizer Franken belief sich der Konzernumsatz im Jahr 1971. In der Forschung wurden 279 Millionen Schweizer Franken angelegt. 261 Millionen Schweizer Franken wurden in neue Anlagen investiert.

Rund um den Erdball spannt sich ein Netz von rund 90 Tochtergesellschaften — kein Wunder, dass man den Namen SANDOZ weltweit kennt.

SANDOZ
SANDOZ AG BASEL

Das Lernen verlernt

Von Walter Matthias Diggelmann

Wir schreiben und reden heute viel über Strafvollzugsreformen, über Erziehungsprobleme, und das ist gut und richtig. Zu überlegen ist, worüber wir schreiben und reden in diesem Zusammenhang und worüber wir nicht schreiben und nicht reden. Ich möchte für einmal über einen Aspekt des Strafvollzuges, bzw. der Heimerziehung (vor allem Arbeitserziehungsanstalten) schreiben, der meines Erachtens in katastrophalem Ausmass übersehen wird.

Martin, 22jährig, kam Anfang dieses Jahres zu uns. Er kam aus einer Strafanstalt, obwohl er »nur« in eine Erziehungsanstalt gehört hätte. Doch, nebenbei bemerkt, hätte er auch nicht in eine Erziehungsanstalt gehört. Es war für die geschiedenen Eltern, die Amtsvormundschaft und am Ende für die Justizdirektion die einfachste Lösung, den intelligenten, jedoch schwierigen Martin loszuwerden. Ein völlig unnötiges Dossier konnte somit ad acta gelegt werden.

Martin hat drei Jahre in Erziehungsanstalten und Zuchthäusern verbracht. Seine Vorgeschichte zu kennen ist wichtig. Martin ist das Kind einer Muss-Ehe. Diese Ehe hätte freilich nicht sein müssen, wenn nicht nur die Frauen, sondern auch die Männer, mit anderen Worten, wenn unsere Gesellschaft emanzipiert wäre. Diese Muss-Ehe ging bereits in den ersten Monaten in die Brüche, aber die Bruchstücke wurden zusammengelimit, und erst als auch der Leim nicht mehr hielt, ging sie wieder in die Brüche, und zwar radikal. Es wurde geschieden, und wie das in gutbürgerlichen Kreisen zumeist der Fall ist, suchten die ehemaligen Partner Schuld. Einer von beiden musste ja der Schuldige sein. So will es schliesslich der Scheidungsrichter. Ueber die Frage, wer den Schuldigen spielen solle, konnte man sich schliesslich einigen. Vor Gericht. Doch als die Scheidung rechtskräftig geworden war,

suchten die ehemaligen Partner hartnäckig nach einem dritten Schuldigen und fanden ihn endlich in der Person Martin. Martin war damals sechzehn Jahre alt und besuchte die Oberrealschule. Von seiner Mutter, bei der er nun lebte, erfuhr er zunächst, dass sie »lie-

Walter Matthias Diggelmann, 1927 in Zürich geboren, war in den verschiedensten Berufen tätig: Bauhandlanger, Fabrikarbeiter, Hotelbursche, Redaktor, Radioregisseur, Journalist, Werbefachmann. Vor kurzem zu Gast bei Dr. Eibels »Trumpf Buur«: »W. M. Diggelmann, insbesondere bekannt geworden durch, dass er an den schweizerischen Einrichtungen keinen guten Faden lässt...«

sen Mann nur geheiratet habe, weil sie ein Kind (Martin) erwartet hätte. Durch seinen Vater erfuhr Martin, dass er der zwingende Grund für diese Ehe gewesen sei. Als Martin antwortete, man hätte ihn ja auch abtreiben können, bekam er drei kräftige Ohrfeigen von seinem Vater. Als Martin seiner Mutter das gleiche sagte, fing sie an zu weinen und nannte ihn einen undankbaren Sohn.

Die zweite Phase: Nun war nicht mehr Martin allein der Sündenbock.

Der Vater sagte: Die Mutter hat alle Schuld. Die Mutter: Dein Vater war zu ehrgeizig, seine Karriere war ihm wichtiger. Der Vater: Deine Mutter wollte, dass ich Karriere mache, sie war ehrgeizig, sie wollte Geld und Geld und Geld.

Dritte Phase: Martins Leistungen in der Schule lassen so eklatant nach, dass sich der Rektor »genötigt« sieht, der Mutter Mitteilung davon zu machen. Die Mutter verspricht Martin Ferien in Rom oder Paris, wenn er inskünftig gute Noten hereinhole. Aber Martin schafft das nicht. Er hemst weiterhin miserable Noten ein. Der Klassenlehrer rügt ihn vor versammelter Klasse: Du könntest, wenn du wolltest, aber du bist ein Faulpelz, du hast keinen Willen, dir geht es zu gut, warte nur, bis der Ernst des Lebens an dich herantritt... (Natürlich wird mir nun die versammelte Lehrerschaft zornig vorwerfen, das gebe es heute nicht mehr. Schön, was es nicht geben sollte, gibt es einfach nicht!)

Vierte Phase: Martin haut ab. Der Vater ist entsetzt und verständigt von sich aus die Polizei. Martin wird durch Radio Schweiz als vermisst gemeldet. Sachdienliche Meldungen usw. Martin wird nach zehn Tagen gefunden. Die Mutter sucht Rat bei der Vormundschaftsbehörde. Der Rat: Psychiatrische Begutachtung. Da man nur das Beste will und über genügend Mittel verfügt, wird Martin in eine Klinik eingewiesen. Die Psychiater ermitteln bei Martin einen Intelligenzquotienten von etwa 100 und psychosomatische Entwicklungsstörungen.

Fünfte Phase: Die Aerzte empfehlen, Martin sollte die Schule für eine gewisse Zeit unterbrechen und inzwischen handwerklich arbeiten. Martin will eine Lehre machen. Sagt er. Und er will von Zuhause weg. Die Mutter ist einverstanden, der Vater frohlockt. Er schreibt seinem Sohn: Ich habe es dir ja schon immer gesagt, deine Mut-



ter sei eine Versagerin. Wenn du bloss nicht ihr nachschlägst.

Sechste Phase: Martin versucht sich von allen Bindungen zu lösen und sucht eine andere, neue Gemeinschaft. Er findet Anschluss bei Kommunarden, bei Bärtigen und Langhaarigen, bei Revoltierenden und so weiter.

Siebte Phase: Martin kommt mit Haschisch in Berührung und später mit LSD. Martins Intelligenz erwacht wieder, und er wird Führer einer kleinen Kommune, und als solcher findet er auch bald heraus, auf welchen Wegen man sich Stoff verschafft. Er fährt einige Male nach Amsterdam und kauft dort Stoff ein für sich und seine Freunde. Natürlich will er nichts daran gedeckt werden.

Achte Phase: Beim fünften oder sechsten Grenzübertritt bei Basel wird er geschnappt, eingesperrt, vor Gericht gestellt, als Drogenhändler zu sechs Monaten unbedingt verurteilt, das Urteil wird umgewandelt in Verwahrung auf unbestimmte Zeit. Martin wird in eine Arbeitserziehungsanstalt eingewiesen. Tableau.

Als Martin nach drei Jahren bedingt entlassen wurde, war er also zweizehnjährige Jahre alt. Er kam für die ersten Monate zu uns, lebte in unserer Familiengemeinschaft weitab von seinen früheren Kumpanen. Beide Elternteile hatten inzwischen »ihre groben Fehler« eingesehen und baten Martin um Verzeihung. Sie waren sofort bereit, ihm so gut als möglich zu helfen. Für viel Geld wurden ihm Fernkurse gekauft. Zuviel, sagten die Psychologen und Sozialarbeiter, dürfe man für Martin nicht tun. Der Start sei wichtig, aber er müsse jetzt lernen, auf eigenen Füssen zu stehen, mit eigenen Füssen zu gehen.

Martin ist ein liebenswürdiger, stiller und williger junger Mann. Er hat in sechs Monaten gelernt, einermassen auf eigenen Füssen zu stehen und mit den eigenen Füssen zu gehen. Er ist durchaus instande, seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Als Hilfspfleger zum Beispiel. Er hatte die ganzen drei Jahre immer im Garten gearbeitet. Weil er sich geweigert hatte, einen Beruf zu erlernen, der ihm nicht zusagte, wurde seine Entlassung auch immer wieder hinausgezögert. Er sei trotz, eigensinnig und sozial, las ich in verschiedenen Berichten der Anstaltsleitung an die Strafvollzugsbehörden. Doch Martin ist weder trotzig noch sozial. Sozial im grössten Ausmass sind unsere Erziehungs- und Strafvollzugsanstalten. Martin nämlich wünschte, auch während seiner Verwahrungzeit die unterbrochene Mittelschulbildung nun fortsetzen zu können. Erst aber musste er sich sagen lassen, dazu sei es nun eben zu spät.

das hätte ihm früher einfallen müssen, jetzt müsse er sich halt nach der Decke strecken.

Martin streckte sich nach der Decke, und als er seinen Wunsch nach Weiterbildung wieder vorbrachte, bedauerte der Anstaltsdirektor, dass es in unseren Anstalten nicht möglich sei, sich weiterzubilden. Fernkurse seien allenfalls noch drin. Also versuchte es Martin mit Fernkursen. Aber damit kam er nicht voran. Martin hätte zumindest partiell Lehrer gebraucht. Martin stand zu oft vor Rätseln, die er allein nicht lösen konnte. Martin sagte mir: Ich habe so oft verzweifelt versucht, »dahinter zu kommen«, aber niemand war da, der mir hätte helfen können. Die Vollzugsbeamten wissen selber nichts und hätten auch gar keine Zeit gehabt, und die wenigen Fürsorger haben Klügleres zu tun...

Heute ist Martin zweizehnjährige Jahre alt und kann noch immer nicht mit Fernkursen umgehen. Und während den drei Jahren Anstaltsaufenthalt ist seine Lernfähigkeit in einem entsetzlichen Ausmass geschrumpft. Und nun stellt sich für uns die entscheidende Frage: Müssen wir im Rahmen der Strafrechtsreform nicht auch die Forderung stellen, dass die schulische Weiterbildung in Erziehungs- und Strafanstalten gewährleistet wird? Der Inhaftierte soll nicht gezwungen werden, sich schulisch weiterzubilden, aber er soll Gelegenheit dazu haben, und jener, der von sich aus nicht will, soll wenigstens dazu animiert werden. Konkret liesse sich das Problem lösen. Ich stelle mir nicht vor, dass wir Strafanstalten in Mittelschulen oder Universitäten umfunktionieren können oder gar sollten. Aber pädagogische und fachmännische Lernhilfen sind möglich. Es ist denkbar, dass sich zum Beispiel Studenten als sporadische Lehrkräfte, als eigentliche Gastdozenten zur Verfügung stellen würden, etwa in dem Sinn und Ausmass, wie wir unsere Volkshochschulen betreiben.

Zum Schluss: Ich habe bewusst den Lebenslauf eines »Versagers« gewählt, denn ihnen, nicht den »Tüchtigen« muss geholfen werden. Des weiteren erwarte ich zum vornherein den Einwand, man könne auch ganz positive Beispiele aus unseren Anstalten anbringen. Daran zweifle ich nicht, aber auch hier gilt nach meiner Meinung der Grundsatz, eine Kette sei so stark wie ihr schwächstes Glied. Resozialisierung ist eine Frage des Bewusstseins, Bewusstsein ist eine Frage der Bildung, auch der schulischen Bildung. Wenn Martin heute über Strafvollzug spricht und über seine Fehlentwicklung, ist es nicht viel mehr als dampfendes Gemurre, denn selbst das Lesen hat er inzwischen verlernt. Das sollten wir bedenken.

Maiglöckchengefühle

Unter dem Titel »Die Sonne bringt es an den Tag« schlägt der SSR in der letzten »konzept«-Nummer die Werbetrömmel für sein neues Winter-/Frühlingsprogramm. Einiges bringt sie an den Tag, meine ich nach Lektüre dieses Hefts, das für mich eine Herausforderung ist, die nicht unbeantwortet bleiben darf. Dabei beginnt es ganz prosaisch:

»Froschti litt schon bei seiner Geburt unter dem Dilemma, wie man bei ergötlichen Wintersportfreunden die bereits schon bunt sprissenden Maiglöckchengefühle befriedigen könnte.« Doch dann führte ihn das Schicksal zum SSR, der ihn »in der hohen Schule des Reisens vom Winter in den Frühling« unterweist.

Recht frostig geht's dann auch auf den ersten Seiten des Programms zu und her. Da werden Hotels und Chalets angepriesen, in denen man, miede vom monotonen Vorlesungsbetrieb, überdrüssig der vollen Hörseite, Weihnachts- und Neujahr verbringen kann. Selbstverständlich mit Hausbar, Diskotheken etc. Aber da es auf Helvetiens Skipisten nicht mehr so richtig schön individuell zu und hin geht, kann man den Silvester auch anderswo, abseits der skifahrenden Masse, verbringen. »Neujahr in London« wird zum Beispiel angepriesen, das »Neujahrs-Gala-Diner mit anschliessendem Ball« lässt wohl auch jedermanns Herz etwas höher schlagen. Oder Silvester auf

hoher See: »Feine Musik, pralle Sonne, salzige Meerluft, Spiele, duftige Girls, späte Parties, Deckromane, Beats und Hits, alte Gitarren, ausgefallene Kostüme- und andere Feste, einmaliger 31. 12. 72, grosse Pause, ewiger Wellengang.«

So ewig dürfte dieser nun auch wieder nicht sein. Nach zwei Wochen des Konsums und der ausschweifenden Genüsse geht's zurück in den Alltag. Dann wird auch »Mies Ipinia« wieder arbeiten gehen - und sich auf die nächste Miss-Wahl freuen.

Misswahl? Sicher nicht, wenn man sich für Indien entscheidet. Das ist ja schliesslich Mode. Dort erwarten den Kulturbegeisterten Höhlentempel, Grotten, Säulen, Kapellen, und mancher hofft auf eine persönliche Gurubekanntschaft. 3000 Jahre indische Kultur werden in zwei Wochen unter kundiger Führung angeschaut - und fotografiert. Fritz in Indien, im Hintergrund der Taj Mahal. Was man gesehen hat, wird von der Liste gestrichen, das Programm ist ohnehin übervoll.

Kurz: Konsumtourismus von der Sorte, den schon genügend andere Reisebüros anpreisen. Ob dann auf hoher See »duftige Girls« oder in Indien Kultur konsumiert wird, ist Nebensache. Hauptsache, die Kasse stimmt. Schlamm ist allerdings, was dann im Programm zu lesen ist: »Hier (in Benares) treffen wir heilige Träumer, lästige Bettler, schreiende Kinder, sterbende

Alte, Sünder und Reingewaschene, sie alle spielen ihre Rolle im indischen Alltag.«

Konsumgewohnt wird man sie anschauen gehen - und dann vom Programm, die absolvieren, strichen. Das Elend wird zur Sehenswürdigkeit gemacht. Aber spätestens hier wird der Kontrast klar: Der Gegensatz zwischen einer armen und einer reichen Welt, der sich im SSR-Programm schonungslos widerspiegelt, der sogar zur widerlichen Propaganda umgenutzt wird. Es

ECHO

ist der Gegensatz zwischen Oben und Unten ein und derselben Erdkruste, den zu entdecken auch der Massentourismus des SSR nicht mehr vermag.

So gehen sie denn hin, die modernen Ferienreisenden, und fotografieren und filmen lästige Bettler, schreiende Kinder und sterbende Alte. Und sie können beruhigt sein, denn am Diabend im trauten Heim wird nur noch das Rot der Bilder schreien. Sie glotzen sie an, die Hungernden und Sterbenden, weil sie in ihrer seltenen Zufriedenheit Hunger nicht kennen. Das Elend erscheint ihnen farbig und pittoresk und - gottgewollt, denn das SSR-Programm suggeriert ja, diese Bettler und Sterbenden spielten alle nur ihre Rolle im grossen Welttheater. Aber nach dem Gott zu fragen, der solche Schicksale verteilt, daran denken sie nicht. Und ein Hinweis auf das »Neujahrs-Gala-Diner mit anschliessendem Ball«, das gleichzeitig in London stattfindet, könnte ihnen den Appetit am Indientrip rauben. Da hätten sie ja am Schluss gar nicht mehr so recht Lust zum »Einkaufen und Ausruhen«.

»Vielleicht führt einem dieses Schicksal à la SSR in das Land oder zu der Bekanntheit, heisst es in der Einleitung des Programms. Die Paras in Indien scheinen allerdings nicht mehr zu den Bekanntschaften zu zählen. Sie gehören zu den Sehenswürdigkeiten, mit denen kräftig Propaganda zu machen sich auch der SSR nicht scheut. So braucht denn auch nicht hingeworfen zu werden auf wirtschaftliche und soziale Verhältnisse, die solche Ungleichheiten produzieren. Das sei doch Sache der Politiker, nicht der Reisebüros, höre ich die Verantwortlichen sagen.

Und stelle mir im stillen schon vor, wie es in einem der nächsten SSR-Programme vielleicht heissen könnte: »In der wunderschön gelegenen Stadt Ankara, auf der anatolischen Hochebene, haben wir vielleicht Gelegenheit, dem Henken einiger aufreißerischer Studenten beizuwohnen.«

Um allfällige Maiglöckchen-Gefühle zu befriedigen...

Bernhard Rigling



1972: Wehrpolitische Wende?

Fortsetzung von Seite 4

eine Partisanentruppe) gegenübersehen.«

Die Idee der Partisanenarmee ist in letzter Zeit vor allem innerhalb der SPS laut geworden. Eine Partisanenarmee ist zweifellos billiger als eine modern ausgerüstete konventionelle Armee mit Flugwaffe, Flab, Panzern usw. Das macht sie offenbar so sympathisch. Aber man muss sich im klaren sein, dass eine solche Armee einem modern bewaffneten, vollmechanisierten Gegner überhaupt keinen erfolgversprechenden, zum vergossenen Blut (vor allem auch unter der Zivilbevölkerung) und zu den Opfern in einem verantwortbaren Verhältnis stehende Wirkung erzielenden Widerstand leisten kann. Die Schweiz würde trotzdem zur Durchgangsstasse fremder Heere. Gerade das, was die heutige Landesverteidigungskonzeption unter allen Umständen zu verhindern sucht, nämlich ein Kampf fremder Heere auf unserem Boden, wäre die Konsequenz. Zudem würde eine Partisanenarmee zur Folge haben, dass wir unseren durch die Neutralität auferlegten Pflichten nicht mehr nachkommen könnten. Im weiteren impliziert der Begriff »Partisanenarmee« von Anfang an, dass wir uns

einer Besetzung des Landes gar nicht widersetzen wollen, sondern sogar damit rechnen. Die psychologischen Folgen einer solchen Zielsetzung sind unabsehbar. Die Partisanenarmee soll nichts anderes als die letzte Rückzugslinie unserer Feldarmee sein.

7. »Ein Volksbegehren zur Abschaffung der Armee scheint lediglich eine Frage der Zeit.«

Der Verfasser hat hier offenbar jedes Mass für richtige Proportionen verloren. Dass Teile der politischen Führung dem Geschrei weniger radikaler Kreise nachgeben, sollte nicht dazu verleiten, den gesunden politischen Instinkt des Volkes zu unterschätzen. Wer will denn die paar Dutzend Dienstverweigerer im Jahr und die Sympathisanten des Friedensrates etc. gegen die Hunderttausende zählenden schweizerischen Wehrmänner aufwiegen, die alljährlich ohne Aufsehen ihren Dienst leisten? Von einer wehrpolitischen Wende 1972 zu sprechen ist absolut unrichtig. Dass die kritische Beschäftigung mit der Armee zunimmt, gereicht dieser nur zum Vorteil und wird das Bewusstsein ihrer Notwendigkeit nur stärken. W. Spanni

Auch wenn Sie schon alles wissen sollten: Mit dem Tages-Anzeiger können Sie es sich noch einmal überlegen.



Viele Leser des Tages-Anzeigers haben manches von dem, was im Tages-Anzeiger steht, schon anderswo irgendwie vernommen. Dass sie den Tages-Anzeiger trotzdem lesen, liegt daran, dass es ihnen nicht genügt, vielerlei Neues erfahren zu haben. Sie möchten über vielerlei Neues noch viel Genaueres erfahren.

Deshalb wiederholt der Tages-Anzeiger nicht einfach Nachrichten. Er analysiert sie, stellt sie in Zusammenhänge und kommentiert sie. Er ordnet sie nach ihrem Gewicht und wertet sie nach ihrer Bedeutung.

So, dass seine Leser die Möglichkeit haben, sich zum Gelesenen den eigenen Gedanken und den eigenen Vers zu machen. Nichts macht ja mehr Spass am Lesen als die Freude am gründlichen Verstehen. Am Begreifen von Dingen, die nicht gleich auf der Hand liegen.

An der besseren Kenntnis von Ereignissen und Personen. Mit anderen Worten: Der Tages-Anzeiger ist so gemacht, dass jeder Leser etwas mehr herauslesen kann, als eigentlich drin steht: nämlich sein persönliches Urteil.

So kommt es, dass es eigentlich ein Vorteil des Tages-Anzeigers ist, Ereignisse nicht unmittelbar, sondern meistens aus der Distanz eines Tages zu schildern. Das gibt den Abstand, den es braucht, um nicht nur Tatsachen, sondern auch deren Ursachen zu sehen.

Damit Sie sich das einmal anschauen können, können Sie mit dem Coupon den Tages-Anzeiger und das Tages-Anzeiger-Magazin zu sich nach Hause bestellen. Drei Wochen lang. Gratis.

Das sollten Sie sich nicht noch einmal überlegen.

Freut Euch des Lesens.

- Ich möchte Ihr Sonderangebot benützen. Bitte schicken Sie mir den Tages-Anzeiger und sein Magazin drei Wochen lang gratis ins Haus.
- Ich möchte ein Abonnement für den Tages-Anzeiger und sein Magazin. (Die ersten drei Wochen sind gratis.) Die Abonnementspreise sind:
- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Fr. 4. — statt Fr. 5.70 für 1 Monat | <input type="checkbox"/> Fr. 22.80 statt Fr. 32.60 für 6 Monate |
| <input type="checkbox"/> Fr. 11.55 statt Fr. 16.50 für 3 Monate | <input type="checkbox"/> Fr. 45.20 statt Fr. 64.60 für 12 Monate |

Name: _____

Fakultät: _____ Semester: _____

Strasse: _____ PLZ/Ort: _____

Tages-Anzeiger

7088

Einsenden an:
Tages-Anzeiger, Vertriebsabteilung, Postfach, 8021 Zürich.

